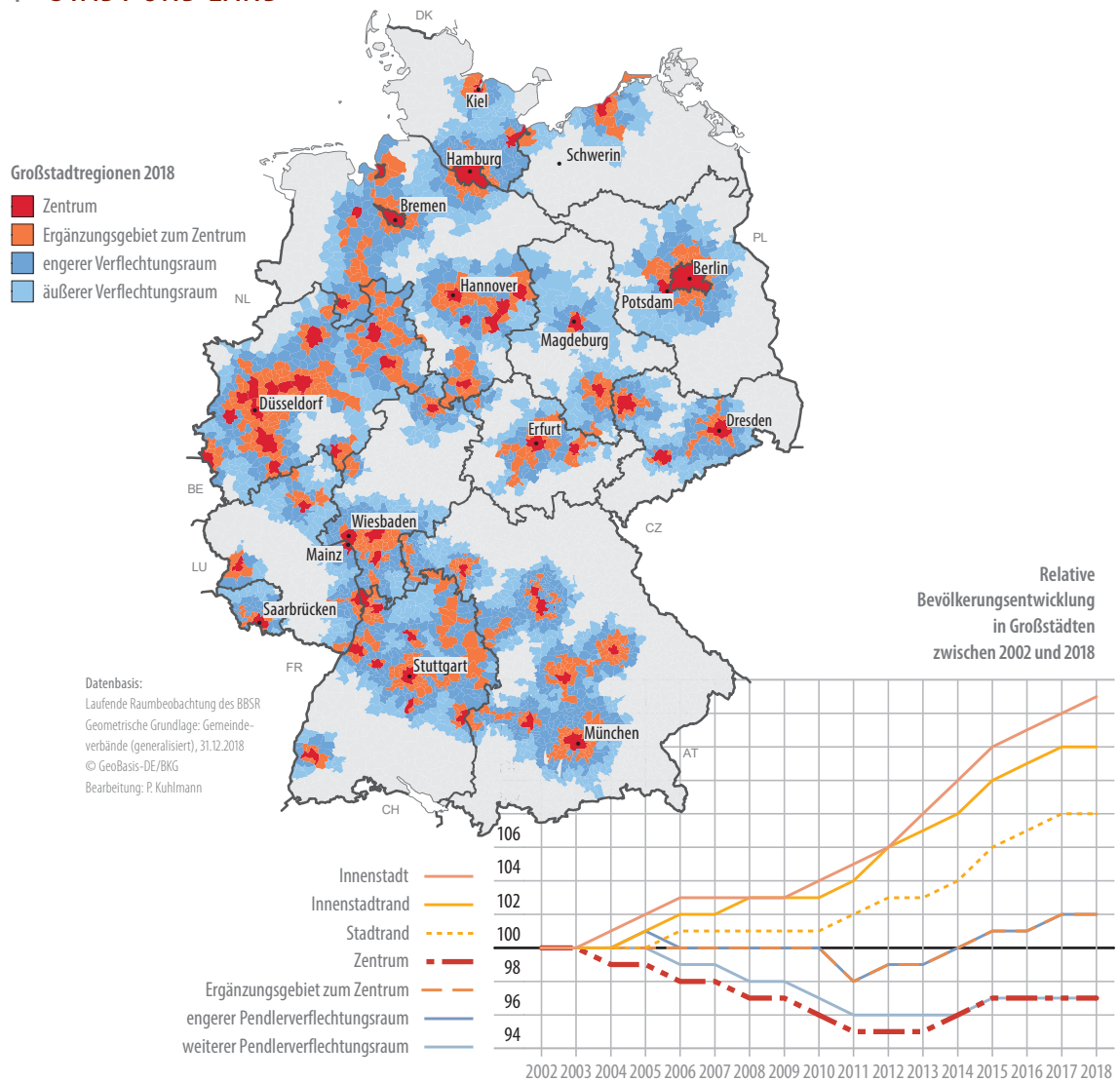


▯ **STADT UND LAND**



Weitere Themen: ▯ **Räumliche Disparitäten in Deutschland, Bevölkerungsprognose Berlin, Zensus 2022**

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**
15. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Steinstraße 104–106
14480 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Redaktion
Nicole Dombrowski (Leitung),
Dr. Holger Leerhoff (Verantwortlicher
Redakteur i. S. d. BbgPG),
Anja Malchin,
Dr. Thomas Troegel,
Dr. Ramona Voshage
zeitschrift@statistik-bbb.de

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
TASTOMAT GmbH, Strausberg

© **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2021**
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Steinstraße 104–106
14480 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben



Die aktuelle Ausgabe finden Sie online
unter <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen>.
Alle Ausgaben seit 2007 stehen in der
Statistischen Bibliothek unter https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/BBSerie_mods_00000025.

Kurzberichte

- ▮ ESSnet WIN –
Web Scraping in der amtlichen Statistik **3**
- ▮ Stadt.Land.Zahl –
statistisches Regionen-Ranking **3**
- ▮ Tourismusatlas –
georeferenzierte Tourismusdaten kartiert **4**
- ▮ Netzwerken digital
auf der KOSIS-Gemeinschaftstagung **5**
- ▮ Das AfS präsentiert sich
mit neuem Internetauftritt **6**

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▮ Neue Rechtsgrundlage für die
Konjunkturstatistik im Bereich Handel,
Gastgewerbe und Dienstleistungen **8**
- ▮ Was bedeutet die Verschiebung des
Zensusstichtages für das Projekt
Zensus 2022 im AfS? **12**

Neuerscheinungen

- ▮ Kommunalatlas Berlin **7**
- ▮ LOR-Atlas Berlin **7**
- ▮ Neue Bevölkerungsvorausberechnung
für Brandenburg **11**

Historisches

- ▮ Berlin Ende der 1980er Jahre:
mehr als dreimal so viele Hotelbetten und
Gaststätten im Westteil der Stadt **46**

Save the date

- ▮ Statistische Woche **48**
- ▮ EU Open Data Days **48**

Fachbeiträge

Bevölkerung

- ▮ **Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2018–2030** **18**
Jörn Ehlert
- ▮ **Entwicklungsdynamiken in Großstadtregionen**
Eine Betrachtung ausgewählter Indikatoren auf Basis der
Innerstädtischen Raubeobachtung und der Laufenden Raubeobachtung **22**
Jürgen Göddecke-Stellmann, Teresa Lauerbach
- ▮ **Ein gutes Leben in Stadt und Land**
Besonderheiten, politische Strategien und ihr Monitoring anhand
ausgewählter Beispiele vor und während der Covid-19-Pandemie **30**
Susanne Schnorr-Bäcker

Fachgespräch mit Rolf Fischer

- ▮ **„Ich bin mir sicher, dass die amtliche Statistik die Herausforderungen
durch die Digitalisierung erfolgreich bestehen wird.“** **16**



Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Ausgabe der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg in diesem Jahr trägt den Titel „Stadt und Land“. Drei Fachbeiträge nehmen Sie mit auf eine Reise durch Deutschland und unsere Region.

Der Beitrag von Jörn Ehlert beleuchtet die anzunehmende Entwicklung der Einwohnerzahlen in der Metropole Berlin bis zum Jahr 2030. Er zeigt die zu erwartenden Veränderungen bei Zahl und Altersstruktur sowie räumlicher Verteilung der Bevölkerung innerhalb der Stadt. Die vorgestellte Bevölkerungsprognose dient als Arbeitsgrundlage für Sozialplanung und Politik, die entsprechenden Handlungsbedarf ableiten.

Fortzüge aus Berlin in die angrenzenden Kreise und Gemeinden Brandenburgs bescheren dem Berliner Umland seit Jahren steigende Bevölkerungszahlen. Dieses Phänomen betrifft Ballungsgebiete und deren unmittelbares Umfeld in ganz Deutschland, während ländliche Räume zunehmend kritische Entwicklungen aufgrund abnehmender Bevölkerung verzeichnen. Jürgen Götdecke-Stellmann und Teresa Lauerbach widmen sich den strukturellen Veränderungen der Bevölkerungsverteilung zwischen Kern, Umland und Peripherie 50 deutscher Großstadregionen und deren Umland.

Politische Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung haben weltweit an Bedeutung gewonnen. Vor allem die Unterschiede zwischen verstäderten und ländlichen Gebieten stellen besondere Anforderungen an die Politik. Für eine Betrachtung der räumlichen Disparitäten in Deutschland bietet die amtliche Statistik eine Vielzahl von Indikatoren.

Dr. Susanne Schnorr-Bäcker unternimmt einen umfassenden Stadt-Land-Vergleich für Deutschland auf Kreisebene. Sie nutzt dazu ausgewählte Indikatoren und aktuelle Daten überwiegend aus der amtlichen Statistik, schlägt einen Bogen zur aktuellen Pandemiesituation und zeigt, dass die amtlichen Daten eine solide Grundlage für ein dauerhaftes Monitoring für das Wohlbefinden der Bevölkerung wären.

Das aktuelle Fachgespräch wurde mit Senatsdirigent Rolf Fischer geführt. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des AfS erläutert dabei seine Tätigkeit und die Rolle des AfS in der Landschaft der Statistikproduzenten.

In eigener Sache: Vielleicht haben Sie unsere neue Homepage bereits entdeckt, die am 15. Juni 2021 online gegangen ist. Mit ansprechendem Design, übersichtlicher Gliederung und einer Suchfunktion präsentieren wir Ihnen ein umfangreiches Angebot von Abbildungen, Publikationen und Ergebnissen. Schauen Sie gern einmal vorbei!

**Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.
Bleiben Sie gesund!**

Jörg Fidorra
Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Kurzbericht

ESSnet WIN – Web Scraping in der amtlichen Statistik

von **Holger Leerhoff**

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) hat als Teil eines Konsortiums den Zuschlag für das auf vier Jahre angelegte Eurostat-Projekt ESSnet *Web Intelligence Network* erhalten. Das vom polnischen Statistikamt geleitete Konsortium umfasst 17 Partnerinstitutionen aus 14 Staaten. Ziel des Projektes ist, den Einsatz von Web Scraping – der automatisierten Datengewinnung durch das Auslesen von Web-Seiten – in der amtlichen Statistik voranzutreiben. Dies soll durch das Etablieren gemeinsamer technischer und methodologischer Standards und das Ausräumen rechtlicher Hürden vorangebracht werden. Vier Arbeitsbereiche widmen sich dieser Aufgabe aus unterschiedlichen Perspektiven:

1. Aufbau einer zentralen technischen Infrastruktur (*Web Intelligence Hub*), die im Nachgang von allen Produzenten amtlicher Statistik genutzt werden kann,
2. Ausbau der Statistikproduktion in den Bereichen Online-Stellenanzeigen und Online-Unternehmensmerkmale,
3. Erschließen neuer Use-Cases in Verbindung mit der Produktion experimenteller Statistiken,
4. Festlegen von Qualitätsstandards und methodologischer Vorgaben.

Abgerundet wird diese inhaltliche Arbeit durch die Einrichtung eines externen Nutzergremiums – der *Web Intelligence User Group* (WISER), das sicherstellen soll, dass die Anforderungen der späteren Nutzenden des Systems bei der Konzeption und Durchführung hinreichend Beachtung finden.



Das AfS beteiligt sich in zwei Use-Cases des zweiten Arbeitspakets und wird sich vorrangig mit neuen Anwendungsfällen von Web-Scraping-Techniken im Bereich des Immobilienmarkts auseinandersetzen – einem Thema, das nicht nur in der Hauptstadtregion von größtem Interesse ist. Mittelfristig ist ein Ausbau des Portfolios der amtlichen Statistik um experimentelle Statistiken aus diesem Bereich möglich, in dem etwa Aspekte des regionalen Wohnungsmarkts beleuchtet werden. Gerade in einem so volatilen Bereich wie dem Neubau von Immobilien könnten auf diese Weise objektive Daten und damit wertvolle Steuerungsinformationen für Politik und Wirtschaft sehr viel früher als bisher bereitgestellt werden. Langfristig könnte durch den Einsatz von Web Scraping in diesem Bereich zudem die Produktion der einschlägigen amtlichen Statistiken beschleunigt und qualitativ verbessert werden – und das bei einer gleichzeitigen Entlastung der Auskunftgebenden.

PD Dr. Holger Leerhoff leitet die Stabsstelle *Querschnittsanalysen und Digitale Transformation* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Kurzbericht

Stadt.Land.Zahl – statistisches Regionen-Ranking

Wo ist in Deutschland die Bevölkerungsdichte am niedrigsten (Landkreis Prignitz: 36 Einwohner/km²) und wo am höchsten (München: 4 777 Einwohner/km²)? Diesen und andere Vergleiche zwischen allen Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands ermöglicht die Anwendung Stadt.Land.Zahl der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Wesentliche Kennzahlen, wie zum Beispiel die Bevölkerungszahl, das Bruttoinlandsprodukt oder die Arbeitslosenquote sind für Kreise und kreisfreie Städte übersichtlich auf einer Seite abrufbar. Die Ergebnisse können direkt mit anderen Kreisen und kreisfreien Städten deutschlandweit verglichen werden. Ein Ranking hilft dabei, die eigene Region einzuordnen.

Stadt.Land.Zahl bietet die Möglichkeit, die Ergebnisseite für die ausgewählte Region zu teilen und zu drucken. Diagramme lassen sich über die Downloadfunktion in verschiedenen Dateiformaten exportieren. Datenquelle ist die Regionaldatenbank Deutschland (www.regionalstatistik.de). Die Ergebnisse werden fortlaufend automatisiert aus dieser Datenbank aktualisiert. Alle in Stadt.Land.Zahl dargestellten Daten stehen dort auch zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Mehr unter: www.statistikportal.de/stadt-land-zahl

Kurzbericht

▮ Tourismusatlas – georeferenzierte Tourismusdaten kartiert

Für welche Teile der Hauptstadtregion war der Auslandstourismus in den Jahren 2017 bis 2019 besonders wichtig? In welchen Brandenburger Reisegebieten dominierte das Geschäft mit Gästen aus dem Inland? Wie verteilten sich die Übernachtungen ausländischer Gäste aus besonders wichtigen Herkunftsländern in den letzten Jahren auf Berlin und Brandenburg? Diese und weitere Fragen beantwortet der neue Tourismusatlas – ein interaktives Geodatenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

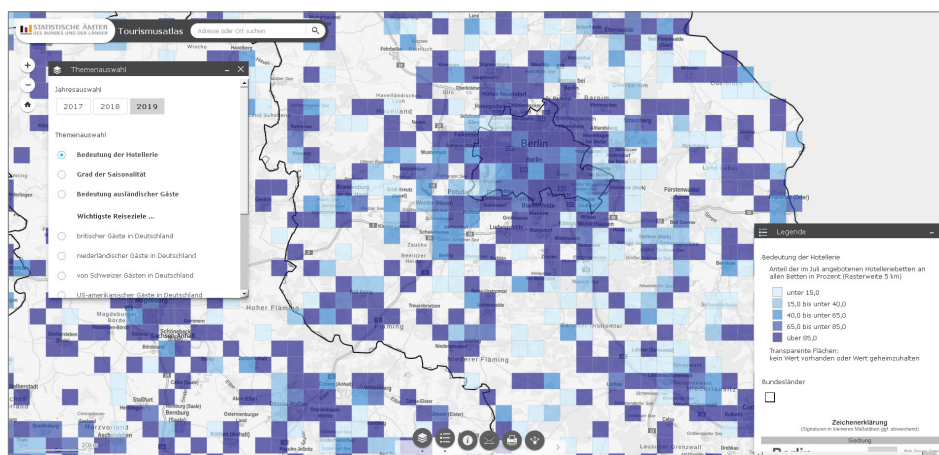
Nutzerinnen und Nutzer können sich bundesweit georeferenzierte Beherbergungsdaten der Jahre 2017, 2018 und 2019 regional tief gegliedert visualisieren. Die interaktive Karte dient als Informationsquelle, um Beherbergungsmuster und -potenziale zu identifizieren. Zum Beispiel können die touristische Verdichtung, die beliebten Reisegebiete der Gäste aus den Top-Herkunftsländern oder die saisonale Abhängigkeit untersucht werden.

Die im Atlas präsentierten Karten basieren auf den aggregierten Daten der Statistik „Monatserhebung im Tourismus“ für Beherbergungsbetriebe mit zehn und mehr Schlafgelegenheiten. Mit dem Anteil der Hotelleriebetten an allen Betten, jeweils für den Juli eines Jahres, kann das Angebot von Hotels, Hotel garnis, Gasthöfen und Pensionen abgebildet werden. Auf der Nachfrageseite können die

Übernachtungen je Region über das Jahr hinweg unterschiedlich stark schwanken. Mit der Kennziffer „Grad der Saisonalität“ (Variationskoeffizient) wird diese Schwankung deutlich. Eine weitere Auswertungsmöglichkeit bietet der Anteil Übernachtungen ausländischer Gäste an allen Übernachtungen. Dieser erlaubt umgekehrt, den Inlandstourismus zu beurteilen. Die Gäste aus den für Deutschland wichtigsten Herkunftsländern Niederlande, Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika und Vereinigtes Königreich können bezogen auf ihre Reiseziele untersucht werden.

Für die Kartierung wurden die Kennziffern mit Rasterzellen verschnitten. Beim Hereinzoomen in die Karte werden sukzessive feinere Raster (10 km x 10 km, 5 km x 5 km, 1 km x 1 km) angezeigt. So lässt sich der Beherbergungsmarkt kleinräumig für Bundesländer, Landkreise und kreisfreie Städte sowie Reisegebiete untersuchen. Weitere räumliche Informationen, wie zum Beispiel das Straßen- und Bahnnetz oder Gewässer, können zusammen mit den Beherbergungsdaten betrachtet werden.

Erweiterungen wie eine Aktualisierung um das Berichtsjahr 2020 sind geplant, sodass auch die Folgen der Corona-Pandemie mit Reisebeschränkungen und Schließungen von Beherbergungsbetrieben analysiert werden können.



Der Tourismusatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann unter <http://tourismusatlas.statistikportal.de> aufgerufen werden. Über den QR-Code gelangen Sie direkt dorthin.

Kurzbericht

Netzwerken digital auf der KOSIS-Gemeinschaftstagung

von **Katja Niemann-Ahrendt**

Coronabedingt musste die geplante 16. KOSIS-Gemeinschaftstagung 2020 in Nürnberg abgesagt werden. Und auch 2021 ist alles anders. Dem Digitalisierungsanspruch folgend, lud der KOSIS-Verbund seine Gemeinschaften und alle Mitglieder und Interessenten zur digitalen KOSIS-Gemeinschaftstagung ein. Etwa 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Statistischen Ämtern der Länder, Städten und Gemeinden nahmen vom 14. bis 18. Juni an verschiedenen digitalen Sitzungen teil, um sich zu informieren, zu diskutieren und auszutauschen.

Wolf Schäfer, Vorsitzender des KOSIS-Verbundes, übernahm die Begrüßung der Teilnehmenden und verabschiedete sich gleichzeitig in der KOSIS-Mitgliederversammlung von diesem Amt. Als Nachfolger wurde Erik Feßler aus Göttingen gewählt. Stellvertretender Vorsitzender bleibt Dr. Uwe Meer aus Wolfsburg.

Auch in diesem Jahr stellten sich die mittlerweile 12 KOSIS-Gemeinschaften ihren Mitgliedern und Interessenten vor und vermittelten einen kurzen Einblick in die Gemeinschaftsarbeit sowie in ihr digitales Tagungsangebot. Mit zusätzlichen digitalen Konferenzräumen wurden weitere Möglichkeiten des gemeinsamen Austauschs geboten.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) ist seit Jahren festes Mitglied des KOSIS-Verbundes und in vielen Gemeinschaften vertreten. In diesem Jahr war vor allem die jüngste Gemeinschaft KO.R von besonderem Interesse. Im Workshop „Werkstattbericht“ wurde ein auf Kennzahlen des Arbeitsmarktes fokussiertes Dashboard mit entsprechenden Visualisierungsmöglichkeiten vorgestellt. Das mit der Statistiksoftware R entwickelte Tool wird allen Mitgliedern der KO.R-Gemeinschaft kostenfrei zur Verfügung gestellt und kann entsprechend den eigenen Vorstellungen bzw. individuellen Nutzerwünschen angepasst werden.

Als langjähriges Mitglied in den KOSIS-Gemeinschaften SIKURS und HHStat beteiligte sich das AfS ebenfalls an den jeweiligen Mitgliederversammlungen und ihren Abstimmungsprozessen. Zudem wurden die Lenkungsgruppenmitglieder von HHStat gewählt. Neben Nürnberg, Dresden, Münster, Wolfsburg und anderen engagierten Städtevertretungen ist auch das AfS vertreten.

Neuigkeiten aus der HHStat-Gemeinschaft bezogen sich vorrangig auf Anpassungen im Datensatz sowie Programmupdates und neue Features der Programme EwoPEak (Plausibilisierungsprogramm), MigraPro (Programm zur Ableitung des Migrationshintergrunds), HHGen (Haushaltegenerierung) und Gizeh (Programm zur Erstellung von Bevölkerungspyramiden). Ergänzend wurden weitere Änderungswünsche von der betreuenden Stelle aufgenommen.

Die Neu-Mitglieder aus Österreich und der Schweiz stellten im digitalen Sikurs-Workshop ihre erstmals mit diesem Programm berechneten Bevölkerungsvorausberechnungen vor und teilten im regen Austausch ihre Erfahrungen mit den anderen Sitzungsteilnehmenden. In Kooperation mit der Gemeinschaft KO.R wurde zudem ein auf R basierter Sikurs-Viewer zur Visualisierung der Prognose-Daten entwickelt und vorgestellt. Auch dieser steht allen Mitgliedern auf Wunsch zur Verfügung und soll zukünftig auch nicht R-versierten Anwenderinnen und Anwendern als APP angeboten werden.

Als erste Stadt stellte Berlin 2016 sein Einwohnerverfahren von Meso auf VOIS um. Seitdem ist das AfS fachlicher Ansprechpartner für das VOIS-Verfahren. Mit der Umstellung weiterer Städte auf VOIS stehen zukünftig auch Ansprechpersonen aus Münster und Wolfsburg den Mitgliedern beratend zur Seite. Im HHStat-Workshop „Erfahrungsaustausch Einwohnerverfahren“ hatten die Mitglieder der Gemeinschaft die Möglichkeit, sich über Probleme und Herausforderungen mit den Datenbeständen der Einwohnerregister sowie zur Kommunikation mit den Datenlieferanten und dem Verfahrenshersteller auszutauschen.

Nach einem Jahr Pause war die digitale KOSIS-Gemeinschaftstagung eine gelungene Alternative zur Präsenzveranstaltung. Netzwerken ist unumstritten auch digital möglich, jedoch lebt die KOSIS-Tagung vom präsenten lebendigen Austausch und somit freuen wir uns im nächsten Jahr auf ein hoffentlich persönliches Wiedersehen.

Katja Niemann-Ahrendt ist Referentin im Referat *Bevölkerung, Kommunal- und Wahlstatistik* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und vertritt das AfS in der Lenkungsgruppe der KOSIS-gemeinschaft HHStat.

Kurzbericht

Das AfS präsentiert sich mit neuem Internetauftritt

von **Steffi Kuß**

Am 15. Juni 2021 relaunachte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) seine neue Website unter www.statistik-berlin-brandenburg.de. Sie verfügt nun über eine intuitive Navigationsstruktur, ein klares Design und neue interaktive Angebote, die sich an den Bedürfnissen der Nutzenden orientieren. Grundlage war eine Befragung im Herbst 2020, um herauszufinden, welche Funktionen unseren Kundinnen und Kunden besonders wichtig sind. Entstanden ist ein modernes Informationsangebot, mit dem Besuchende schnell und unkompliziert alle gewünschten Informationen finden. Hierbei unterstützt vor allem eine neue Suchfunktion. Gleichzeitig wurde das Melden von Daten vereinfacht. Das Hauptmenü umfasst die drei großen Themen „Bevölkerung“, „Gesellschaft“ und „Wirtschaft“. Sie sind jeweils in thematisch passende Untertiteln aufgeteilt, wodurch Kundinnen und Kunden einen guten Überblick über das allgemeine Datenangebot erhalten. Alle weiteren Informationen zu den einzelnen Statistiken und deren Daten befinden sich auf der Ebene der Detailseiten. Dazu zählen zum Beispiel Basisdaten und Zeitreihen oder die Statistischen Berichte.

Ein weiteres Menü zeigt die nicht direkt zu den Statistiken gehörenden Bereiche „Über Uns“, „Presse“, „Service“ und „Publikationen“. Ganz neu ist die Karriereseite, mit der sich das AfS als attraktiver und moderner Arbeitgeber präsentiert. Besonders hervorgehoben wird der Menüpunkt „Daten melden“, um auch Berichtspflichtige unmittelbar auf der Startseite „abzuholen“. Über die Startseite gelangen Besuchende außerdem per Schnellzugriff zu den häufig nachgefragten Datenformaten „Daten und Karten“, „Regionaldaten“ sowie „Schwerpunkte“.

Gewünschte Daten und Informationen lassen sich jetzt noch schneller finden, denn die Website verfügt nun über eine kluge Suchfunktion, die Suchergebnisse zu allen Inhalten – unabhängig vom Format – in einer übersichtlichen Liste anzeigt. Die Suchbegriffe werden in den Ergebnissen farblich hervorgehoben, um die Orientierung zu erleichtern. Zudem kann die Suche über eine Filterfunktion individuell angepasst werden.

Die neue vereinfachte Struktur erleichtert das Finden aller Informationen. So stehen die vielfältigen Daten der amtlichen Statistik aus Berlin und Brandenburg sowohl für professionell Nutzende als auch für Laien in einer unterschiedlichen Detailtiefe bereit. Dabei ist die Website nach dem Prinzip, alle Informationen vom Allgemeinen ins Spezielle anzubieten, aufgebaut.

Ein erstes Feedback der Nutzenden zeigt, die Website kommt gut an: „Gegenüber der vorherigen Version ist der neue Auftritt [...] viel zeitgemäßer und mit vielen neuen Funktionen ausgestattet, die es nun heißt zu entdecken.“ „Stilvoller Seitenaufbau, schnell und unkompliziert findet man, was gesucht wird [...]“ „Ich finde die neue Internetseite sehr informativ. Die Möglichkeit für die Berichtspflichtigen, Daten zu übermitteln, ist gut sichtbar und wird bestimmt genutzt. Die Seite ‚Über uns‘ ist sehr gut gelungen.“ Und Feedback ist ausdrücklich erwünscht. Es kann über das neue Kontaktformular „Feedback geben“ ganz einfach direkt übermittelt werden.

Steffi Kuß ist Referentin für *Interne Kommunikation* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.



Neuerscheinungen

▣ Kommunalatlas Berlin

Im Zuge der Neugestaltung des Internetauftritts des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg wurde ein eigener Bereich für die Kommunalstatistik Berlin aufgebaut. Unter der Rubrik „Meine Region“ finden Nutzende ein breites Angebot an kleinräumigen Informationen, Tabellen und Visualisierungen zu den vielfältigen Themen der Kommunalstatistik.

Schwerpunkte bilden der Einwohnerbestand und die Einwohnerbewegung mit Auskünften zur Einwohnerzahl, zu den abgeleiteten Merkmalen Haushalte und Migrationshintergrund sowie zu den Geburten, Sterbefällen und Wanderungen. Der Kommunalatlas als interaktives kleinräumiges Kartentool ergänzt dieses Angebot und visualisiert Daten zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in Berlin. Neben allgemeinen demografischen Grunddaten können Indikatoren, wie die zusammengefasste Geburtenziffer, der Jugendquotient oder der Greying-Index abgefragt werden. Die Darstellung der Daten erfolgt in Form von Tabellen, Diagrammen und Karten, die kostenfrei heruntergeladen und weiterverarbeitet werden können.



Der Kommunalatlas ist über <https://instantatlas.statistik-berlin-brandenburg.de/instantatlas/interaktivekarten/kommunalatlas/atlas.html> oder den QR-Code aufrufbar.



▣ LOR-Atlas Berlin

Die Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) bilden die räumliche Grundlage für die Planung, Prognose und Beobachtung demografischer und sozialer Entwicklungen in Berlin. Der LOR-Atlas dokumentiert die Änderungen, die mit Einführung der neuen LOR-Systematik an der bisherigen Gliederung von 2006 vorgenommen wurden.

Die erstmals 2006 festgelegten Räume wurden aufgrund der dynamischen Bevölkerungsentwicklung Berlins sowie städtebaulicher Neu- bzw. Umstrukturierungen in einem gemeinsamen Projekt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg überarbeitet. Zahlreiche Planungsräume wurden geteilt, zusammengelegt oder bei Entstehung neuer Stadtquartiere neu aufgenommen. Die überarbeiteten LOR sind seit dem 1. Januar 2021 gültig. Die Systematik der LOR besteht nach der Modifikation aus 542 Planungsräumen (PLR) als unterste Ebene, 143 Bezirksregionen (BZR) als mittlere Ebene und 58 Prognoseräumen (PGR) als oberste Ebene.

Ausgangspunkt der Darstellung im LOR-Atlas sind die Modifikationen, die bis zum 31. Dezember 2020 gültig waren. Wird der Mauszeiger über einen bestimmten Planungsraum bewegt, werden alter und neuer Name sowie alte und neue ID eines Planungsraums angezeigt. Über die Tabellen kann ein bestimmter Planungsraum ausgewählt und in der Karte herangezogen werden. Mithilfe der Filterfunktion kann eine bestimmte Modifikation ausgewählt werden. Beispielsweise können nur diejenigen Planungsräume angezeigt werden, die im Zuge der Überarbeitung geteilt wurden. Auch die Ansicht je Bezirk ist möglich.



Der LOR-Atlas ist über <https://instantatlas.statistik-berlin-brandenburg.de/instantatlas/interaktivekarten/planungsraum/atlas.html> oder den QR-Code aufrufbar.



Entwicklungen in der amtlichen Statistik

Neue Rechtsgrundlage für die Konjunkturstatistik im Bereich Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungen

von Robert Koch

Hintergrund zur Umsetzung von EU-Anforderungen

Die amtliche Statistik in Deutschland ist Teil des Europäischen Statistischen Systems (ESS). Das ESS gewährleistet, dass die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) erstellten europäischen Statistiken aktuell und zuverlässig sind, auf einheitlichen Kriterien und Definitionen beruhen und zwischen den verschiedenen EU-Ländern vergleichbar sind. Durch Modernisierung werden Datenlücken kontinuierlich gefüllt und z. B. neue Wirtschaftsbereiche statistisch erschlossen.

Innerhalb dieses EU-weit abgestimmten statistischen Berichtswesens stellen die Unternehmensstatistiken neben den Sozialstatistiken und den Agrar- und Umweltstatistiken eine der drei zentralen Säulen dar (Abbildung a). Mittels eines einheitlichen und integrativen Rechtsrahmens sollten möglichst alle Unternehmensstatistiken der einzelnen EU-Mitgliedstaaten so harmonisiert und rechtlich konsolidiert werden, dass jeder Mitgliedstaat ohne Vorgaben für die Datengewinnung auf den sich ändernden Datenbedarf flexibel und „output-orientiert“ reagieren kann. Auf EU-Ebene wurde die Modernisierung zunächst unter dem Namen „Framework Regulation Integrating Business Statistics (FRIBS)“ verhandelt. Am 27. November 2019 wurde schließlich die EBS-Verordnung¹ offiziell verabschiedet. EBS steht dabei für European Business Statistics. Die Verordnung ist im Januar 2020 in Kraft getreten und seit dem 1. Januar 2021 von allen EU-Mitgliedstaaten anzuwenden. Daraufhin wurden auf nationaler Ebene rechtliche Anpassungen notwendig, die Deutschland mittels EBS-Umsetzungsgesetz² vom 22. Februar 2021 ebenfalls erfüllt hat.

Handels- und Dienstleistungsstatistikgesetz – HdIDStatG tritt in Kraft

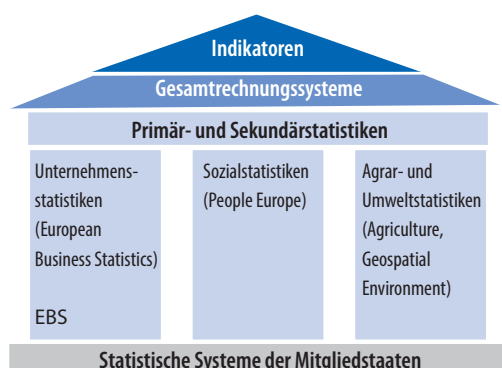
Aufgrund des EBS-Umsetzungsgesetzes trat am 4. März 2021 das neue Handels- und Dienstleistungsstatistikgesetz – HdIDStatG³ in Kraft. Es vereint eine Reihe von bisher nach Wirtschaftsbereichen getrennt vorliegenden Statistikgesetzen. Vor allem die Wirtschaftsbereiche des Handels, des Gastgewerbes und der Dienstleistungen stehen dabei im Vordergrund. Das HdIDStatG regelt umfassend die Konjunktur- und Strukturstatistiken. Erstere liefern in kürzeren Abständen Aussagen über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung. Letztere stellen jährlich detailliertere Informationen zu den betreffenden Unternehmen und rechtlichen Einheiten in Deutschland bereit. Die bisherigen Erhebungen der Bereiche Handel und Gastgewerbe nach dem Handelsstatistikgesetz (HdStatG)⁴ einerseits sowie des Dienstleistungsbereiches nach dem Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz (DLKonjStatG)⁵ andererseits basieren ab sofort auf einer gemeinsam geregelten Rechtsgrundlage.

Die ersten Neuerungen aus dem HdIDStatG betreffen zunächst die Konjunkturstatistiken und werden hier dargestellt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden weitere Änderungen bei den Struktur- und Konjunkturstatistiken umgesetzt.

Änderungen in den Konjunkturstatistiken bezüglich Periodizität, Erfassungsbereichen und Methodik

Mit der neuen Gesetzesgrundlage werden ab Januar 2021, wie bereits bisher in den Bereichen Handel und Gastgewerbe, nun auch im Bereich Dienstleistungen die Angaben zum Umsatz und zu den tätigen Personen monatlich erhoben. Erstmals

a | Europäisches Statistisches System



Quelle: Waldmüller/Weisbrod, S. 35 (bearbeitet)

- 1 Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 327 S. 1).
- 2 Gesetz zur Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Unternehmensstatistiken und zur Änderung anderer Statistikgesetze vom 22. Februar 2021 (BGBl. I S. 266).
- 3 Gesetz über die Statistik im Handels- und Dienstleistungsbereich vom 22. Februar 2021 (BGBl. I S. 266).
- 4 Handelsstatistikgesetz vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3438), das zuletzt durch Artikel 272 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.
- 5 Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 930), das durch Artikel 274 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

werden auch die Wirtschaftszweige (WZ) Grundstücks- und Wohnungswesen (WZ L 68), Vermietung von beweglichen Sachen (WZ N 77), Hausmeisterdienste (WZ N 81.1) und Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen (WZ N 81.3) nach der aktuellen Wirtschaftszweigklassifikation⁶ herangezogen. Auf der anderen Seite werden die Unternehmen auch von Auskunftspflichten entlastet. Kleine Unternehmen unterhalb der in Tabelle 1 dargestellten Meldeschwellen werden nicht befragt. In den Wirtschaftsbereichen Großhandel, Kfz-Handel und Dienstleistungen werden Mix-Modelle eingesetzt; hier werden für die kleineren Unternehmen unterhalb der Abschneidegrenzen monatlich Daten aus dem Verwaltungsdatenspeicher gewonnen. Auf Basis anerkannter

mathematisch-statistischer Verfahren wird sichergestellt, dass höchstens 45 % der Unternehmen des gesamten Erfassungsbereichs deutschlandweit zur stichprobenbasierten Konjunkturerhebung befragt werden. In den verschiedenen Bundesländern und Wirtschaftsbereichen kann der Stichprobenanteil variieren.

Des Weiteren wurde jeweils die Meldeschwelle (Jahresumsatz und/oder tätige Personen) für bestimmte Wirtschaftsbereiche angehoben: beim Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (WZ G 45) auf 11 Mill. EUR bzw. 250 tätige Personen, im Einzelhandel (WZ G 47) auf 450 000 EUR und im Gastgewerbe (WZ I) auf 165 000 EUR. Alle Unternehmen mit Niederlassungen in anderen Bundesländern müssen

⁶ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

1 | Übersicht der Änderungen bei den Konjunkturstatistiken ab 2021 durch das HdIDStatG

	Bisher	Neu
Rechtsgrundlagen	HdlStatG DLKonjStatG	HdIDStatG
in Kraft	vor 04.03.2021 und für Übergang	ab 04.03.2021
Gültigkeit	bis Dezember 2020	rückwirkend ab Januar 2021
Erfassungsbereich nach WZ 2008	G, I nach HdlStatG H, J, M (ohne 70.1, 72, 75), N (ohne 77, 81.1, 81.3) nach DLKonjStatG	G, H, I, J, L, M (ohne 70.1, 72, 75), N nach HdIDStatG
Periodizität	Vierteljährlich/monatlich	Monatlich
Erhebungseinheiten	Rechtliche Einheiten (Unternehmen und freiberuflich Tätige)	Rechtliche Einheiten und freiberuflich Tätige (nur Marktproduktion)
Merkmale	Umsatz Tätige Personen (TP)/Beschäftigte Teilzeit (für WZ G und I) Wirtschaftliche Haupttätigkeit Länderaufteilung	Umsatz Tätige Personen (TP) Wirtschaftliche Haupttätigkeit Länderaufteilung (TP einmalig im Jahr) Erstmalige Teilnahme (Vorjahresangaben)
Auskunftspflicht	Ja, durch Inhaberinnen/Inhaber oder Leiterinnen/Leiter	
Meldeschwellen (Jahresumsatz/ tätige Personen) nach WZ 2008		max. 45 % der WZ-Abschnitte G-N
G 45	≥10 Mill. EUR / ≥100 TP	≥11 Mill. EUR / ≥250 TP
G 46	≥20 Mill. EUR / ≥100 TP	
G 47	max. 8,5 % und ≥250 000 EUR	≥450 000 EUR
I	max. 5 % und ≥150 000 EUR	≥165 000 EUR
H	≥15 Mill. EUR / 250 TP	
J	≥15 Mill. EUR / 250 TP	
L	nicht erfasst	≥15 Mill. EUR / ≥250 TP
M	≥15 Mill. EUR / 250 TP	
N	≥15 Mill. EUR / 250 TP	

die Aufteilung der tätigen Personen nur noch einmal jährlich, zum Berichtsmonat Januar, vornehmen. In den übrigen Berichtsmonaten genügt eine Meldung der Gesamtzahl der tätigen Personen. Zudem gibt es keine Erfassung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung mehr im Bereich Handel und Gastgewerbe. Tabelle 1 stellt die Neuerungen aus Sicht der Konjunkturstatistiken noch einmal übersichtlich dar.

Die Unternehmen wurden im Rahmen der letzten Erhebungen vorab über die Neuerungen informiert. Darüber hinaus wurden die Änderungen u. a. im Rahmen der Sitzungen des Fachausschusses „Handels- und Dienstleistungsstatistiken“ an die teilnehmenden Akteure aus Wirtschaftsverbänden, Ministerien, Behörden und der Wissenschaft weitergegeben.

Das HdIDStatG sieht im Rahmen der Konjunkturerhebungen zu einem späteren Zeitpunkt für bestimmte Einheiten zusätzlich die Erfassung von Geschäftsfeldern vor. Die Vorbereitungen dazu laufen.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung belastbarer und aktueller statistischer Wirtschaftsdaten deutlich gemacht. Die amtliche Statistik in Deutschland stellt mit der Umstellung auf das neue HdIDStatG sicher, dass zukünftig die statistischen Informationen zur konjunkturellen Lage im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich umfassender, schneller und vergleichbarer für alle Nutzenden zur Verfügung stehen.

Robert Koch ist Referent im Referat *Dienstleistungen, Handel, Tourismus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Quellen:

- Herzog, Natascha (2020): Auswirkungen der neuen europäischen Verordnung für Unternehmensstatistiken auf das nationale statistische System, erschienen in: WISTA – Wirtschaft und Statistik, 5/2020, S. 47 ff.
- Waldmüller, Bernd und Weisbrod, Joachim (2015): Neuere Entwicklungen in den Unternehmensstatistiken, erschienen in: WISTA – Wirtschaft und Statistik, 5/2015, S. 33 ff.

Neuerscheinung

▣ Neue Bevölkerungsvorausberechnung für Brandenburg

Wie entwickelt sich die Bevölkerungszahl in Brandenburg in den kommenden Jahren? Eine wichtige Frage, denn Verschiebungen in der Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung haben praktische Konsequenzen für nahezu alle Lebens-, Wirtschafts- und Politikbereiche – von der Kita bis zur Verkehrsplanung. Deshalb hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gemeinsam mit dem Brandenburger Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) im Juni 2021 eine aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt.



Ergebnisse für die Ämter und amtsfreien Gemeinden wurden nur in der mittleren Variante berechnet und werden vom LBV als Bevölkerungsvorausschätzung veröffentlicht:
lbv.brandenburg.de/5319.htm

Gemäß den Berechnungsergebnissen wächst die Brandenburger Bevölkerung noch kurzfristig weiter, da die Wanderungsgewinne das wachsende Geburtendefizit übertreffen. Die Bevölkerungszahl steigt noch bis 2025 und geht erst danach leicht zurück. Allerdings liegt sie selbst im Jahr 2030 mit 2,54 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern um 0,7 % respektive 17 000 Personen über dem Ausgangsjahr 2019 mit 2,52 Mill. Personen.

Die Nettozuwanderung kompensiert zunächst den weiter ansteigenden Sterbeüberschuss. Zwar werden eine konstante Geburtenrate und eine steigende Lebenserwartung angenommen, aber das demografische Echo der 1990er Jahre hallt nach. Wegen der Geburtenausfälle der Nachwendejahre steht heute und in der nahen Zukunft nur eine vergleichsweise kleinere Altersgruppe von Frauen im Familiengründungsalter bereit. Ihr gegenüber steht eine zahlenmäßig große Gruppe hochbetagter Menschen.

Die Wanderungsgewinne im Land Brandenburg dürften sich auf einem relativ hohen Niveau bewegen. Denn zum einen steigt die Nettozuwanderung aus Berlin wieder. Zum anderen bringt die Auslandszuwanderung erhebliche Wanderungsgewinne. Wie die Wanderungszahlen tatsächlich ausfallen werden, ist jedoch die unsicherste Komponente im Vorausberechnungsmodell. Die untere und die obere Variante der Vorausberechnung zeigen deshalb auf Landesebene einen Entwicklungskorridor auf, welcher sich zwischen einem Bevölkerungsrückgang von 1,8 % und einem Zuwachs von 3,3 % verläuft.

Die Unterschiede zwischen Berliner Umland und Weiterem Metropolitanraum wachsen nicht mehr ganz so stark. Für den Weiteren Metropolitanraum werden größere Wanderungsgewinne als in früheren Jahren angenommen. Die Bevölkerungszahl schrumpft zwar noch immer, der Rückgang wird jedoch deutlich abgemildert. In den äußeren Landesteilen sinkt die Bevölkerungszahl wegen des steigenden Geburtendefizits um 4,4 % bis zum Jahr 2030. Mit einem allein wanderungsbedingten Bevölkerungszuwachs von voraussichtlich 8,4 % ist dagegen im Berliner Umland zu rechnen. Die Bevölkerungsverteilung innerhalb des Landes Brandenburg verschiebt sich damit weiter zugunsten des Berliner Umlandes.

Die Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Brandenburg schreibt demografische Strukturen der Vorjahre auf statistischer Basis ausgehend vom Jahr 2019 bis zum Jahr 2030 fort. Sie veranschaulicht anhand der statistisch beobachteten Strukturen der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen und deren Fortschreibung, wie sich die Bevölkerungszahlen für verschiedene Altersgruppen im zeitlichen Verlauf und der räumlichen Verteilung entwickeln.

Die möglichen Folgen der Covid-19-Pandemie für die demografische Entwicklung sind noch nicht absehbar. Sie konnten in der vorliegenden Vorausberechnung nicht berücksichtigt werden.



Die Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Brandenburg ist abrufbar unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/a-i-8>
 Über den QR-Code gelangen Sie direkt dorthin.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

Was bedeutet die Verschiebung des Zensusstichtages für das Projekt Zensus 2022 im AfS?

von **Olaf Burkhardt, Juliane Deecke, Mark Hoferichter, Dorett Jenkel, Ralf Mädler, Verena Staib, Lars Wagenknecht, Michele Warschofsky** und **Kersten Klemm**

Am 30. April 2020 wurde zwischen dem Chef des Bundeskanzleramts und den Chefs der Staatskanzleien vereinbart, dass der Zensusstichtag aufgrund der Pandemielage verschoben werden soll. Das Statistische Bundesamt hatte gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder mehrere Szenarien erarbeitet, welche die Durchführung des Zensus und die Bereitstellung von relevanten, genauen und zuverlässigen Ergebnissen entsprechend dem Verhaltenskodex für europäische Statistiken unter Berücksichtigung der aktuellen Situation sicherstellen sollen. Als weitere Maßnahme erfolgte durch das Statistische Bundesamt ein Austausch mit Eurostat. Es wurden mehrere Terminvarianten diskutiert. Die Annahmen basieren auf Kalkulationsberechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder:

- Eine Verschiebung des Stichtags um einige Monate in den Herbst oder Winter 2021 wurde aufgrund der geplanten Bundestagswahl im September 2021 und den damit verbundenen Rekrutierungsengpässen von Erhebungsbeauftragten durch die Kommunen und unter Berücksichtigung der Witterungsverhältnisse für eine Vor-Ort-Befragung als nicht umsetzbar eingeschätzt. Ebenso führt eine unterjährige Verschiebung des Zensus-Stichtags zu erheblichen Anpassungen der Arbeits- und Zeitplanung.
- Bei einer Verschiebung des Zensus-Stichtags um zwölf Monate in den Mai 2022 werden sowohl die Qualitätsziele eingehalten als auch die Mehrkosten vergleichsweise gering gehalten.
- Bei einer Verschiebung um 24 Monate steigen die Mehrkosten erheblich.

Am 13. Mai 2020 informierte das Statistische Bundesamt die Ländervertretungen in der Referentenbesprechung Zensus, dass auf Bundesebene dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Nachgang dieser Besprechung ein erster Entwurf eines Gesetzes zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 vorgelegt wird. Dabei handelt es sich um eine rein technische Verschiebung ohne inhaltliche Änderungen. Eine Überarbeitung der Gesamtplanung wurde bis Ende August 2020 durch das Statistische Bundesamt angestrebt. Es folgten verschiedene Stellungnahmen aufgrund der Beteiligungsrechte. Einer Rechtsverordnung, wonach die ursprüngliche Melderegister-Lieferung der Einwohnermeldeämter an die Statistischen Ämter der Länder zum Stichtag 15. November 2020 ausgesetzt wird, wurde am 18. September 2020 im Bundesrat zugestimmt. Nachdem der Deutsche Bundestag am 5. November 2020 das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes beschlossen hatte, wurde es am 27. November 2020 vom Bundesrat gebilligt. Am 10. Dezember 2020 trat es schließlich in Kraft. Neuer Stichtag für den Zensus 2022 ist nun der 15. Mai 2022.¹

¹ Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2675).



Da die Länder die Durchführungshoheit besitzen, waren auch die Zensusausführungsgesetze entsprechend anzupassen. In Berlin wurde die Vorbereitung des Zensusausführungsgesetzes im Jahr 2020 ausgesetzt und in einer Senatsitzung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport als Senatsvorlage angemeldet. Angestrebt wird eine erste Lesung im Abgeordnetenhaus nach der parlamentarischen Sommerpause. Im Land Brandenburg wurden wichtige Rollen und Aufgabenstellungen in der Änderung des Gesetzes über die Statistik im Land Brandenburg vom 1. April 2020 bereits geregelt.² Daher bedarf es „lediglich“ einer Zensusverordnung 2022. Diese hat die Landesregierung Brandenburg auf ihrer Sitzung am 2. März 2021 beschlossen. Mit der Verkündung am 23. März 2021 ist die Verordnung seit dem 24. März in Kraft.³

Auswirkungen auf die Personenerhebung

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) hat mit dem Schreiben vom 24. Juni 2020 die Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg nach einer bereits erfolgten Vorabinformation am 3. April 2020 über eine beabsichtigte Verschiebung des Zensusstichtages informiert.

Durch die Zensusverschiebung wurden die fortgeschrittenen Planungen der Erhebungsstellen im Land Brandenburg im April 2020 ausgesetzt. Erst mit dem im Dezember 2020 verabschiedeten Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 konnten die Standorte der Erhebungsstellen erneut abgefragt und die Kommunikation mit den für die Erhebungsstellen Verantwortlichen wieder aufgenommen werden. Aktuell erfolgt die notwendige Koordinierung der IT-Einrichtung und

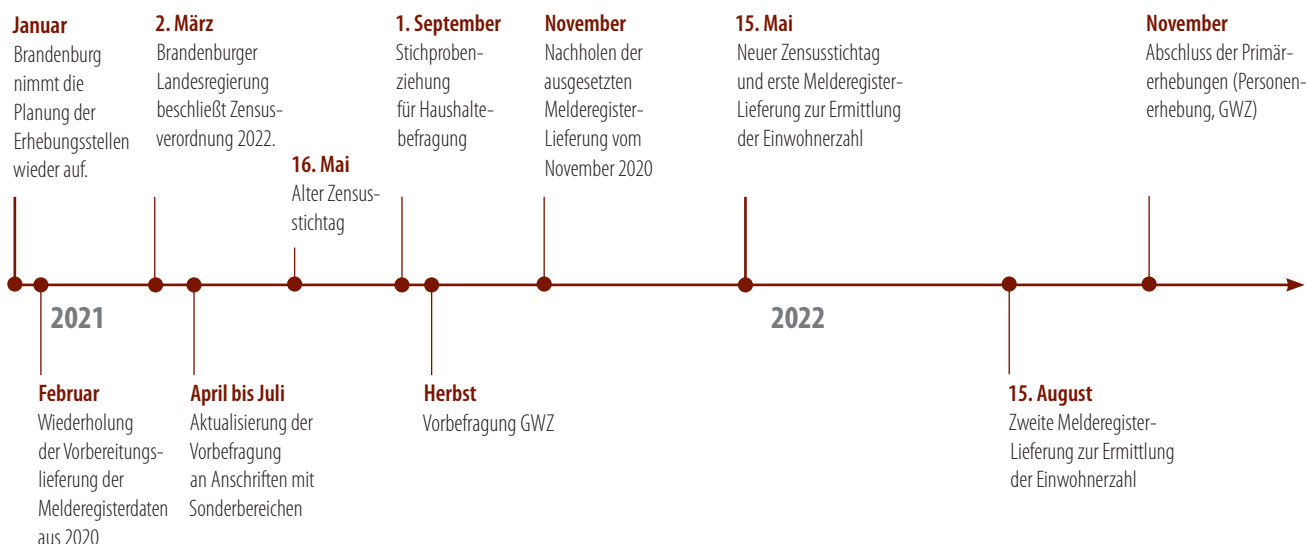
Anbindung an das Landesverwaltungsnetz (LVN) an den Standorten der Erhebungsstellen. Auch nach der Verschiebung plant das Land Brandenburg, den Zensus 2022 weiterhin mit 18 Erhebungsstellen und einer Zweigstelle in den kreisfreien Städten und Landkreisen zu unterstützen.

Der zum Zeitpunkt der Verschiebung des Stichtags schon weit fortgeschrittene Aufbau der Erhebungsstelle Berlin, die ohne Verschiebung des Stichtags fristgerecht hätte eröffnet werden können, wurde weiter vorangetrieben. Die Arbeitsabläufe in der größten Erhebungsstelle Deutschlands können durch das nunmehr größere Zeitfenster noch besser geplant und die Prozesse weitaus tiefgreifender durchdacht und beschrieben werden. Auch müssen die möglichen Auswirkungen etwaiger Verfahrensvariationen auf den Betriebsablauf bei einem Fortbestehen der Corona-Pandemie konkretisiert und vorbereitet werden. Hier muss sichergestellt sein, dass der neue Erhebungsmodus und die neuen Rahmenbedingungen ohne Reibungsverluste Anwendung finden können.

Die konzeptionellen Arbeiten zur Durchführung der Personenerhebung wurden im Statistischen Verbund in mehreren Unterarbeitsgruppen fortgesetzt. Dabei mussten stets die Bedingungen der Corona-Pandemie berücksichtigt und diskutiert werden. Dies betrifft in erster Linie die Erstellung von Musterunterlagen zur Einrichtung, Betreuung und Auflösung der Erhebungsstellen, Unterlagen für die Erhebungsbeauftragten und Schulungsunterlagen. Mit der Verschiebung wurde auch die Zensuskostenverordnung Brandenburg inhaltlich angepasst und korrigiert. So wurden unter anderem die Erstattungen der Personalkosten für die Jahre 2022 bis 2024 angepasst, Portokosten korrigiert und Interviewer-Kosten neu prognostiziert. Szenarien zu den Varianten der Personenerhebung in einer jeweils unterschiedlich stark ausgeprägten Pandemie-Situation werden stetig kalkuliert und angepasst.

² Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg (Brandenburgisches Statistikgesetz – BbgStatG) vom 1. April 2020 (GVBl. I/20, [Nr. 10]).

³ Verordnung zur Durchführung des Zensus im Jahr 2022 im Land Brandenburg (Zensusverordnung 2022 – ZensV 2022) vom 17. März 2021 (GVBl. II/21, [Nr. 29]).



Weiterhin mussten Anpassungen bezüglich eines sogenannten „Plan B“ bei der Personenerhebung vorgenommen werden. Unter diesem werden alle notwendigen Verfahrensmodifikationen verstanden, die bei einem Andauern der Corona-Pandemie bis in das Jahr 2022 hinein Anwendung finden. Flankiert von einem Hygienekonzept werden die Interviews zur Existenzfeststellung – statt wie bisher vornehmlich durch einen direkten Kontakt von Angesicht zu Angesicht – ausschließlich auf telefonischem Wege durchgeführt. In diesem Konzept werden aktuell sowohl die genauen Verfahrensweisen der Umsetzung und die Adaption aller bisher geplanten Dokumente als auch verschiedene Varianten der Online-Schulung überlegt und konzipiert.

Auswirkungen auf die Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen

Aufgrund der Stichtagsverschiebung wurde im Statistischen Verbund beschlossen, die bereits erhobenen Informationen an Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften aus der Vorbefragung im Jahr 2020 zu aktualisieren. Im Zeitraum April bis Ende Juli 2021 werden in Berlin und Brandenburg Einrichtungsleitungen und Träger gebeten, bereits übermittelte Informationen zu prüfen und zu ergänzen sowie Änderungen mitzuteilen. Neue Einrichtungen werden erstmalig angeschrieben und um Auskunft gebeten. Abgefragt werden unter anderem der Name und die Anschrift der Einrichtung, Besonderheiten an der Anschrift und ob es Veränderungen bis zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022 geben könnte. Es werden keine personenbezogenen Daten von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtung erhoben.

Auswirkungen auf die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ)

Um die GWZ durchführen zu können, werden aktuelle Anschriften von Eigentümerinnen und Eigentümern von Gebäuden und Wohnungen beziehungsweise von Verwaltungen benötigt. Durch die Verschiebung des Zensusstichtags um ein Jahr war es notwendig, die Eigentümerdaten noch einmal zu aktualisieren. Alle Änderungen, die seit Februar 2020 stattfanden, konnten so berücksichtigt werden. Dazu zählen Verkäufe, Abrisse, Umzüge, aber auch Neubauten. Die Berliner Ver- und Entsorgungsbetriebe übermittelten noch einmal ihre Daten. Im Land Brandenburg wurden Daten der Grundsteuerstellen und des Technischen Finanzamts erneut abgerufen. Beide Länder erhielten zudem die neuesten Geobasisdaten. Die rechtliche Grundlage für diese Datenlieferungen bildet das Zensusvorbereitungsgesetz, das zuletzt am 3. Dezember 2020 geändert worden ist.

Derzeit werden im AfS-Teilprojekt GWZ die Daten, die im Jahr 2020 an das AfS übermittelt wurden, mit den Daten von 2021 abgeglichen. Alle Änderungen werden aufbereitet und weiterverarbeitet. Ziel ist es, diese Aktualisierungen bis zum Sommer dieses Jahres einzupflegen. Somit kann zur Vorbefragung im Herbst 2021 mit den aktuellsten Daten gearbeitet werden. In der Vorbefragung wird jedoch nur ein

kleiner Teil der Auskunftgebenden angeschrieben. Dies dient dazu, noch unklare Fälle, die sich aus den unterschiedlichen Quellen ergeben, gegebenenfalls zu bereinigen.

Auswirkungen auf den Referenzdatenbestand (RDB) und die Melderegisterdaten

Die Verschiebung des Zensusstichtags um ein Jahr bedeutet unisono eine einjährige Verschiebung der Stichprobenziehung für die Personenerhebung, welche etwa acht Monate vor dem Zensusstichtag durchgeführt wird. Die Arbeiten im Bereich RDB konzentrieren sich im Vorfeld dieses Termins auf den Aufbau und die Pflege des Steuerregisters. Diese Anschriftenbasis des Zensus bildet die Auswahlgrundlage für die Haushaltstichprobe. Ein wichtiges Ziel dabei ist, alle Anschriften ohne Wohnraum zu identifizieren und auszusortieren. Aus der Verschiebung resultiert demnach ein um ein Jahr verlängerter Zeitraum für die Aktualisierung und Pflege der Anschriften sowie für die sehr umfangreiche Wohnraumprüfung.

Die dafür notwendigen Datengrundlagen mussten nur zum Teil angepasst werden. Während die jährlichen Anschriftendatenlieferungen aus dem Vermessungswesen (Georeferenzierte Adressdaten und Daten aus dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem) wie geplant weiterlaufen und lediglich um eine weitere Jahreslieferung am Ende des Zensus ergänzt werden, bedarf es bei den Melderegisterdaten aufgrund ihrer Grundlagenfunktion für die Stichprobenziehung einer Wiederholung der ersten Vorbereitungslieferung vom Februar 2020. Diese Extralieferung mit exakt dem gleichen Merkmalsumfang erfolgte im Februar 2021. Hierfür musste ein Lieferkonzept erstellt, die Spezifikationen mussten angepasst und die Datenanforderungen verfasst und den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Eine besondere Herausforderung war diese zusätzliche Lieferung für die Verfahrenshersteller, die in kurzer Zeit die Abzüge der Melderegisterdaten bei den Berichtspflichtigen sicherstellen mussten. Eine weitere Lieferung von Melderegisterdaten im November 2020 wurde per Verordnung ausgesetzt und – ebenfalls um ein Jahr – auf November 2021 verschoben.

Die Lieferung der Melderegisterdaten vom Februar 2020 wurde aufgrund des nicht mehr vorhandenen Nutzens für die Stichprobenziehung nicht in den Referenzdatenbestand integriert. Die Ressourcen des Statistischen Bundesamtes wurden auf die Integration der neuen Datenlieferung vom Februar 2021 konzentriert. Da die Melderegisterlieferungen aber stets auch einen elementaren Beitrag zur Aktualisierung der Anschriften und Wohnraumprüfungen leisten, wurden auf ausdrücklichen Wunsch der Statistischen Ämter der Länder nur die Anschriftendaten der Lieferung vom Februar 2020 außerhalb des Systems bereitgestellt.

Im Zuge der Zensusverschiebung wird es auch eine erneute Datenlieferung der Microdialogdatei der Deutschen Post geben. Mit ihren adressscharfen Informationen zu Wohnungen und Haushalten dient sie als wichtige Referenzdatei für die Arbeiten zur

Wohnraumprüfung. Aus diesem Grund wird sie nach 2019 und 2020 auch 2021 noch einmal angefordert.

Auswirkungen auf die Projektorganisation

Durch die Zensusverschiebung um ein Jahr musste in kurzer Zeit die gesamte Personal- und Finanzplanung für das Projekt Zensus 2022 im AfS überarbeitet werden. Erschwerend kam hinzu, dass es bis in den Spätherbst 2020 keine verbindliche Arbeits- und Zeitplanung im Statistischen Verbund gab. Zeitgleich mussten bereits Verhandlungen über neue Servicevereinbarungen mit den Ländern Berlin und Brandenburg geführt werden, um das Projekt weiter auskömmlich zu finanzieren. Auch die im Rahmen der Verschiebung notwendigen Anpassungen von Gesetzen und Rechtsverordnungen machten Neukalkulationen der finanziellen Folgen notwendig.

In der Projektplanung laufen derzeit Vorbereitungen, um die Arbeits- und Zeitplanung für das Zensus-Projekt deutlich zu vereinfachen und zu konzentrieren. Beruhte diese bisher auf dem gesamten Arbeits- und Zeitplan des Statistischen Verbunds mit mehr als 2600 Vorgängen, wird nun ein deutlich reduzierter Plan mit weniger als 600 Positionen durch die Projektsteuerung vorgehalten.

Olaf Burkhardt, Juliane Deecke, Mark Hoferichter, Dorett Jenkel, Ralf Mädler, Verena Staib, Lars Wagenknecht und Michele Warschofsky leiten im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die verschiedenen Teilprojekte im Projekt *Zensus 2022*.

Kersten Klemm leitet das Projekt *Zensus 2022* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Fachgespräch mit Rolf Fischer

▣ „Ich bin mir sicher, dass die amtliche Statistik die Herausforderungen durch die Digitalisierung erfolgreich bestehen wird.“



Rolf Fischer leitet die Abteilung Zentraler Service der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin und ist Vorsitzender des Verwaltungsrates des AfS.

Anders als die meisten Statistischen Ämter der Länder ist das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) eine Anstalt des öffentlichen Rechts und hat aus diesem Grund einen Verwaltungsrat. Was sind seine Aufgaben? Gibt es Unterschiede zu anderen Aufsichtsbehörden?

| Das Amt für Statistik ist in der Verwaltungslandschaft von Berlin und Brandenburg schon etwas Besonderes. Es ist eine Anstalt öffentlichen Rechts, die von den Ländern Berlin und Brandenburg paritätisch getragen wird. Dieses Grundprinzip setzt sich auch im Verwaltungsrat fort. Er setzt sich zusammen aus jeweils zwei von Berlin und Brandenburg benannten Vertretern.

Der Verwaltungsrat ist ein Organ der Anstalt. Er hat nicht nur eine überwachende Funktion, sondern auch eine strategisch gestaltende Aufgabe. Er beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Anstalt. Dies unterscheidet ihn von der Rechtsaufsicht, die beide Länder gemeinsam ausüben.

Sie sind seit 2017 Verwaltungsratsvorsitzender. Was war Ihre erste Aufgabe nach der Ernennung? Welche Themen liegen Ihnen als Vorsitzender besonders am Herzen?

| Es galt einige wichtige Personalentscheidungen vorzubereiten und zu treffen. Das AfS agiert in einer Metropolregion; für die Stadt Berlin und für das Land Brandenburg. Da gibt es manchmal auch unterschiedliche Interessen, Anforderungen und Sichtweisen. Der Staatsvertrag zwingt uns zum Konsens. Kein Land kann das andere im Verwaltungsrat überstimmen. Diesen Konsens immer wieder herbeizuführen und das Gemeinsame in operativen wie auch strategischen Entscheidungen immer wieder voranzustellen – um das Amt voranzubringen – liegt mir besonders am Herzen. Die Kolleginnen und Kollegen machen täglich unterschiedlichste Erfahrungen mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltungen in Brandenburg und Berlin und wir erwarten, dass sie als ein Amt auftreten und agieren. Da sind wir als Verwaltungsrat nicht nur gut beraten, sondern verpflichtet, kollegiales einmütiges Handeln vorzuleben. Ich glaube, dies ist uns und dem Vorstand bislang gut gelungen.

Was sind Ihrer Meinung nach die Stärken der amtlichen Statistik gegenüber anderen Statistikproduzenten?

| Die Stärken der amtlichen Statistik liegen klar auf der Hand. Wie alle Statistischen Ämter des Bundes und

der Länder ist auch das AfS dem Verhaltenskodex für europäische Statistiken verpflichtet. Damit garantiert das AfS die fachliche Unabhängigkeit, Objektivität, Verlässlichkeit und Neutralität. Auftraggeber der amtlichen Statistik ist der Gesetzgeber, das Parlament. Das gesamte Handeln der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder basiert auf Rechtsgrundlagen, die ein eindeutiges gesetzliches Mandat darstellen und somit die auf Kontinuität angelegte Datenerhebung und -gewinnung aus vielfältigen Datenquellen legitimieren, um ein breites Themenspektrum abdecken zu können. Dies unterscheidet die amtliche Statistik von anderen Statistikproduzenten, die eher an der Tagesnachfrage orientiert sind. Ein weiteres gewichtiges Argument für die amtliche Statistik ist der hohe Rücklauf und die damit erzielte Repräsentativität und Qualität der Ergebnisse.

Wie beurteilen Sie die Arbeit des AfS?

| Das AfS ist zwar – wie der Name schon sagt – eine Einrichtung der öffentlichen Verwaltung, aber keinesfalls eine klassische Behörde. Gerade die Statistikproduktion verlangt ein hohes Maß an spezifischem Fach- und Methodenwissen. Das AfS stellt sich aus meiner Sicht den Herausforderungen des digitalen Wandels und der sich verändernden Erwartungen der Auskunftgebenden sowie der Nutzerinnen und Nutzer, die eine

schnelle und belastbare Antwort auf aktuelle Fragen möglichst online und mit Hintergrund- sowie weiteren Informationen erhalten möchten. Nur so wird, wie es der Slogan des AfS verrät, aus einer Zahl eine verlässliche Information.

Und auch bei der Personalführung geht das Amt neue Wege. In diesem Zusammenhang möchte ich unter anderem auf die Führungsleitlinien des AfS und ein neues Format der Mitarbeitendenversammlung, an der ich immer gerne aktiv teilgenommen habe, hinweisen. Die „Radio Show“, die in dem schwierigen Pandemiejahr 2020 die Mitarbeitendenversammlung ersetzte, war für mich Ausdruck und Bekräftigung eines Zusammengehörigkeitsgefühls der Belegschaft und der Leitung, das nicht selbstverständlich ist.

Wo sehen Sie noch Handlungsbedarf, um zukunftsfähig zu bleiben?

| Die Pandemie und die damit einhergehenden Kontakteinschränkungen haben Herausforderungen mit sich gebracht, die nur durch pragmatische, eben nicht immer perfekte, aber arbeitsfähige Lösungen gemindert werden konnten. Darunter fallen zum Beispiel der verstärkte Einsatz von Homeoffice-Lösungen, Videokonferenzen und der zeitweise Verzicht auf den Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern. Die Verwaltung und die amtliche Statistik müssen widerstandsfähiger, aber auch flexibler

werden, das macht uns robuster und gleichzeitig stellt es uns für den in der Gesellschaft laufenden digitalen Wandel besser auf. Die Leitlinien sind, die digitale Kompetenz weiter zu stärken, Bedürfnisse der Auskunftgebenden und der Kundschaft ernst zu nehmen und schneller zu werden.

Personal- und vor allem Fachkräftemangel sind bekannte Probleme in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst allgemein. Wie will die Politik dem begegnen?

| Über das Thema sprechen wir im Verwaltungsrat immer wieder. Um neue Mitarbeitende zu gewinnen und zu halten, ist eine aufgeschlossene Kultur und das Bereitstellen zeitgemäßer Arbeitsplätze eine wichtige Voraussetzung. Das AfS hat sich mit einem familien- und lebensphasenbewussten Angebot und mit der Förderung von Diversität als attraktiver Arbeitgeber positioniert. Der Verwaltungsrat unterstützt ausdrücklich die Ausbildung und Förderung des eigenen Nachwuchses durch das AfS.

Wo sehen Sie das AfS in fünf bis zehn Jahren? Wie schätzen Sie die Zukunft der amtlichen Statistik in Deutschland ein?

| Ich bin mir sicher, dass die amtliche Statistik die Herausforderungen durch die Digitalisierung erfolgreich bestehen wird. Ein moderner Staat und eine offene Gesellschaft brauchen verlässliche Daten, die bei allen Akteuren – trotz bestehender Interes-

senkonflikte – als verlässlich gelten und eine hohe Reputation genießen. Digitalisierung und verstärkte Registerdatennutzung bieten auch die Chance, die Datengewinnung, Aufbereitung und Verbreitung deutlich zu beschleunigen. Die Dringlichkeit aktueller statistischer Daten zeigt uns die Corona-Krise, wie zuvor schon die Fluchtbewegung der Schutzsuchenden 2015/16. Ich erwarte auch, dass das Arbeitsprogramm der Statistik mehr Flexibilität zulassen wird, um schneller neue Merkmale, die nachgefragt sind, aufnehmen zu können und auch ganz neue Datenquellen zu erschließen. Die neuen digitalen Techniken, die erheblich gesteigerte Leistungsfähigkeit der IT sowie Themen wie maschinelles Lernen eröffnen da neue Wege, die gemeinsam mit den anderen Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder besritten und erschlossen werden müssen. Die amtliche Statistik wird in zehn Jahren eine andere sein, aber das, was ihre Reputation ausmacht, wird Bestand haben.

Bevölkerung

Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2018–2030

von Jörn Ehlert

Mit der „Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2018–2030“ wurde im Februar 2020 zum siebenten Mal durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eine Bevölkerungsvorausberechnung für Berlin vorgelegt. Sie zeigt die zu erwartenden Veränderungen in der Anzahl und im Altersaufbau der Bevölkerung sowie der räumlichen Verteilung der Bevölkerung innerhalb der Stadt, außerdem die Entwicklung und das Verhältnis der Geschlechter. Darüber hinaus werden Aussagen zur zukünftigen Zu- und Abwanderung sowie den Geburts- und Sterblichkeitsverhältnissen für Berlin getroffen.

Das Wissen über künftige Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung ist unerlässlich für die Ausrichtung von Stadtentwicklungspolitik. Hierbei dient die Vorausberechnung als Arbeitsgrundlage und Orientierungshilfe für Fachleute aus Planung und Politik. Prognosen über Zahl und Struktur der Bevölkerung sind Basisinformationen, um künftige Trends besser einschätzen, Engpässe voraussehen oder bestimmte prognostizierte Entwicklungen vermeiden zu können. Sie haben beratende Funktion und sollen als „Frühwarnsystem“ für die Planung dienen. Prognoseergebnisse sind keine „Zielzahlen“, vielmehr müssen Politik und Planung die Ergebnisse bewerten und aus ihrer Sicht entsprechenden Handlungsbedarf ableiten.

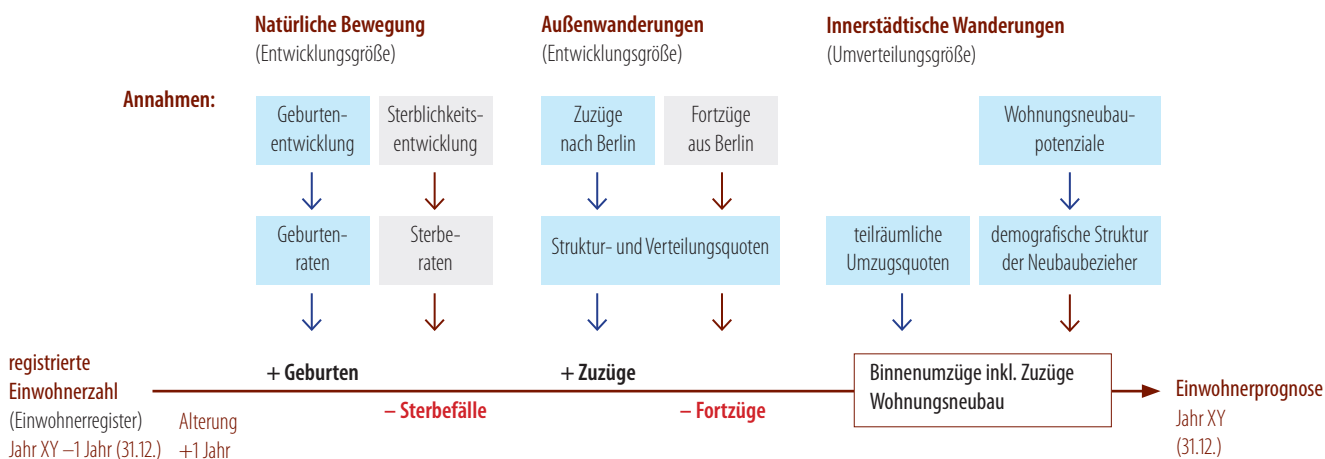
Methodik

Die Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2018–2030 berechnet die Bevölkerungszahl auf Ebene der 60 Prognoseräume, die Altersstruktur nach

Einzelaltersjahren und die Geschlechtsstruktur. Diese Angaben liegen für jedes Kalenderjahr im Prognosezeitraum vor. Dabei kommt als zugrundeliegendes Modell die deterministische Kohorten-Komponentenmethode zum Einsatz (Abbildung a). Als Komponenten werden die demografischen Einflussfaktoren wie Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen verwendet. Ausgangsbevölkerung ist die Einwohnerzahl zum Stichtag 31.12.2018.

Die Bevölkerungsprognose erfordert Annahmen über die zukünftige Entwicklung von Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen (Prognoseparameter). Diese Annahmen bilden die Quelle möglicher Unsicherheiten im künftigen Entwicklungsverlauf der Prognose. Prognosen sind „Wenn-dann-Aussagen“. Das bedeutet: Wenn die Entwicklung der Prognoseparameter so verläuft wie angenommen, dann treten die prognostizierten Entwicklungen ein. Geringe Abweichungen in kurzfristiger Perspektive sind „normal“.

a | Modell der deterministischen Kohorten-Komponentenmethode



Entwicklung der Einwohnerzahl

Die Zahl der Einwohner Berlins wächst seit dem Jahr 2004 mit steigender Tendenz, nachdem sie in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre noch deutlich zurückging und im Jahr 2000 mit 3,33 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern ihr Minimum in der Nachwendezeit erreichte. Die positive Entwicklung ist in erster Linie Folge des wirtschaftlichen Wachstums und damit einhergehend des starken Anstieges der Zuzüge aus dem Ausland; aber auch aus den alten und neuen Bundesländern sind mehr Personen nach Berlin zugewandert. Die Einwohnerzahl Berlins erlebt seit etwa 2011 ein außerordentlich dynamisches Wachstum und lag Ende 2018 bei 3,75 Mill. Personen.

In der mittleren Variante der Prognose steigt die Zahl der Einwohner bis zum Jahr 2030 kontinuierlich, jedoch mit stetig sinkenden Wachstumsraten an. Insgesamt ergibt sich mit der vorliegenden Prognose für das Jahr 2030 gegenüber 2018 eine Zunahme um rund 177 000 Personen auf 3,92 Mill. (+4,7%). Dabei entfallen rund 80 % des Wachstums (+140 000 Personen) auf die ersten sieben Jahre des Prognosezeitraumes bis 2025 und die übrigen 20 % des Wachstums auf den zweiten Teil des Prognosezeitraums von 2026 bis 2030 (Abbildung b).

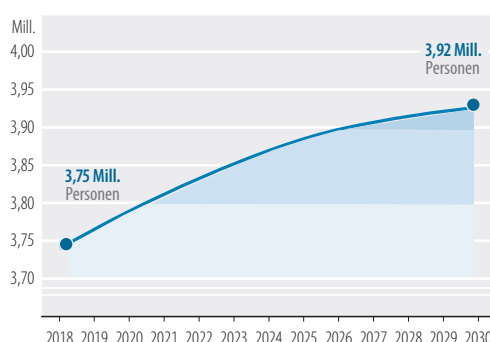
Entwicklung der Altersstruktur

Durch den demografischen Wandel, anhaltende Zuwanderung, aber auch Entwicklungen im generativen Verhalten und der Sterblichkeit gibt es Änderungen in der Altersstruktur und der Zusammensetzung der Bevölkerung Berlins. Diese Umstrukturierungsprozesse im Bevölkerungsaufbau wirken sich auf eine Vielzahl planerischer Handlungsfelder in der Gesamtstadt, den Bezirken und in den einzelnen Stadtteilen aus.

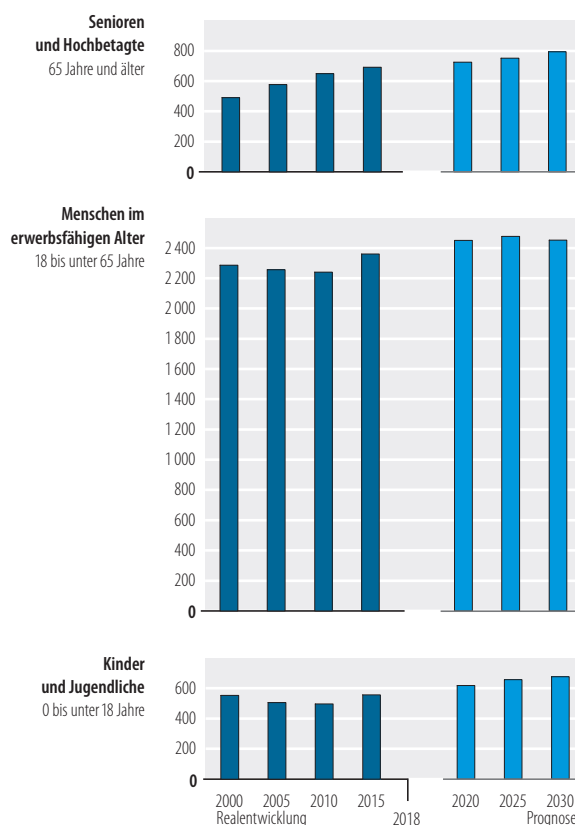
Grundsätzlich gilt: Der Alterungsprozess der Berliner Bevölkerung setzt sich fort. Das Durchschnittsalter der Berliner erhöht sich im Prognosezeitraum leicht von 42,7 auf 42,9 Jahre. Wird die Bevölkerung nach Altersgruppen betrachtet, ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der unter 6-Jährigen betrug im Jahr 2018 rund 225 000 Personen, was einem Anteil von 6,0 % an der Gesamtbevölkerung entspricht. Nachdem sich der Bestand in den Jahren 2025 und 2026 sogar auf 242 000 unter 6-Jährige erhöht, wird im Jahr 2030 ein Bestand von etwa 239 000 Personen dieser Altersgruppe erwartet, was dann etwa 6,1 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 18 Jahren erhöht sich noch stärker – zwischen 2018 und 2030 um gut 64 000 Personen von etwa 372 000 auf 436 000 Personen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt von 9,9 % auf gut 11,1%. Die Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter, also in der Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren, erhöht sich um rund 18 000 Personen von 2 436 000 auf 2 454 000 Personen. Bei einer insgesamt steigenden Einwohnerzahl sinkt ihr Anteil an allen Einwohnern dennoch von heute 65 % auf gut 63 % im Jahr 2030. Die absolute Anzahl an Personen dieser Altersgruppe steigt zwar an, aber der Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt, da die Personenzahl außerhalb

dieser Altersgruppe in Relation noch stärker wächst. Der Anteil der älteren Personen (ab 65 Jahre) an der Gesamteinwohnerzahl wird bis zum Jahr 2030 um etwa einen Prozentpunkt zunehmen. Im Jahr 2030 werden in Berlin etwa 795 000 Menschen leben, die 65 Jahre und älter sind (Ende 2018: 715 000). Das ist ein Anstieg um 11%. Besonders hoch wird der Anstieg bei den hochbetagten Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 80 und mehr Jahren ausfallen. Ihre Zahl wird um rund 16 % von rund 203 000 auf 236 000 Personen (von 2,2 % auf 3,3 % der Gesamteinwohnerzahl) ansteigen (Abbildung c).

b | Prognostizierte Einwohnerzahl 2018 bis 2030 für Berlin



c | Einwohnerzahl 2000 bis 2030 in Berlin nach Altersgruppen in Tausend



Kleinräumige Entwicklung in den Bezirken und Prognosereäumen

Die Entwicklung von Anzahl und Altersstruktur der Einwohner wird in den Berliner Bezirken unterschiedlich verlaufen. In allen Bezirken steigt die Einwohnerzahl an, allerdings mit unterschiedlicher Intensität (Abbildung d). Der größte Zuwachs bis 2030 wird für den Bezirk Pankow mit +11,0 % erwartet, gefolgt von Treptow-Köpenick mit +9,2 % und Lichtenberg mit +7,8 %. Die Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf weisen dagegen nur ein Wachstum von unter einem Prozent aus und sind damit die Bezirke mit der geringsten Einwohnerzahlentwicklung.

Hinter den Gesamtergebnissen für die Bezirke können differenzierte und zum Teil gegenläufige Entwicklungstendenzen in den einzelnen Prognosereäumen stehen. Die Ergebnisse auf Ebene der 60 Prognosereäume sind in Abbildung e dargestellt. Hier wird deutlich, welchen Einfluss der geplante Wohnungsneubau auf die Bevölkerungsentwicklung besitzt: Die Prognosereäume mit Neubauvorhaben in größerem Umfang sind meist auch die Räume mit dem höchsten prozentualen Bevölkerungswachstum.

Für die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken und städtischen Teilräumen ist zusätzlich zu den schon genannten Entwicklungskomponenten der Wanderungen über die Stadtgrenze die innerstädtische Umzugsdynamik von großer Bedeutung.

Die Verteilung der Einwohner im Stadtgebiet wird zu einem großen Teil durch innerstädtische Umzüge bestimmt. Im Jahr 2018 ließen sich die Wanderungen über die Stadtgrenzen und die innerstädtischen Umzüge zusammengenommen mit fast 635 000 Bewegungen (Zuzüge, Fortzüge, innerstädtische Umzüge) quantifizieren. Rechnerisch bedeutet das, dass pro Jahr etwa jede sechste Person eine neue Wohnung sucht (Zuwandernde), eine Wohnung aufgibt (Fortwandernde) oder eine Wohnung wechselt (Umziehende). Die innerstädtischen Wanderungs-

bewegungen der vergangenen Jahre wurden analysiert und der Prognoserechnung zugrunde gelegt (Abbildung f). Im Vergleich zur letzten Bevölkerungsvorausberechnung umfasst der Stützzeitraum dieser Prognose aufgrund des temporären Einflusses der Wanderungen von Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 nicht vier zusammenhängende Jahre, sondern die Zeiträume 2013 bis 2014 und 2017 bis 2018.

Neben den „gewöhnlichen“ innerstädtischen Umzugsbewegungen spielt der Bezug von Neubauwohnungen eine große Rolle. In Berlin wurde dazu das verwaltungsinterne Wohnbauflächeninformationssystem (WofIS) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen genutzt. In den Ergebnissen der Prognose spiegelt sich deshalb der Einfluss des Wohnungsneubaus wider. Die Alters- und Geschlechtsstruktur der Neubaubeziehenden ist nahezu identisch mit der der innerstädtisch Umziehenden. Prognosereäume mit einem größeren Neubaupotenzial verzeichnen auch den größten Bevölkerungszuwachs. Darunter fallen beispielsweise die Prognosereäume Nördliches Weißensee (PGR 0303) und Haselhorst/Siemensstadt (PGR 0503), für die jeweils ein relatives Wachstum von über 30 % prognostiziert wird. Prognosereäume ohne geplanten Neubau weisen im Prognosezeitraum in den meisten Fällen nur ein sehr geringes Wachstum aus. Unabhängig vom Wohnungsbau gibt es mit Charlottenburg/City West (PGR 0403) nur einen Prognoseraum, für den eine leichte Verringerung der Einwohnerzahl prognostiziert wird.

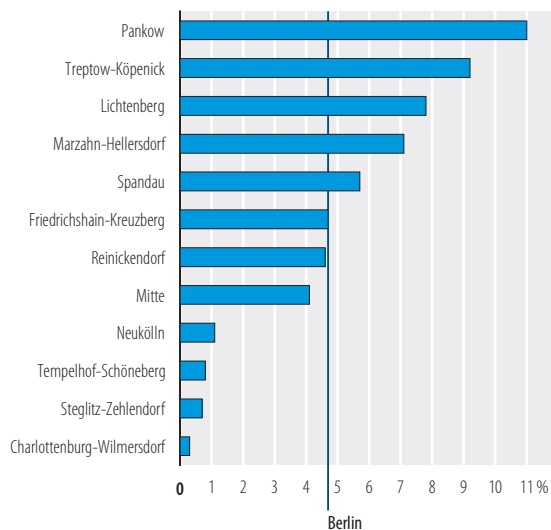
Bevölkerungsentwicklung während der Corona-Pandemie

Seit dem Frühjahr 2020 befindet sich auch Berlin unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Das hat Auswirkungen auf die Einwohnerzahlentwicklung, die gedämpfter stattfindet, als es ohne die Pandemiesituation der Fall wäre. Mindestens für das Jahr 2020 bleibt die reale Bevölkerungsentwicklung deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Hauptgründe für die im Jahr 2020 stagnierende Bevölkerungszahl sind eine geringere Zuwanderung nach Berlin (insbesondere aus dem Ausland) sowie die Bereinigung des Melderegisters in größerem Umfang. Die Melderegister-Bereinigung hat zwar einen dämpfenden Einfluss auf die Bevölkerungszahl, bildet aber nicht die reale Bevölkerungsentwicklung ab. Die Bevölkerungsprognose weist für die Jahre 2019 und 2020 eine Bevölkerungszunahme von rund 47 000 Personen aus. Wird die Melderegisterbereinigung als reiner Verwaltungsakt nicht beachtet, beträgt die reale Bevölkerungszunahme für den Zeitraum 2019 und 2020 ebenfalls rund 47 000 Personen.

Die Zunahme des Wanderungsverlustes an das Umland war bereits bei der Berechnung der aktuellen Bevölkerungsprognose absehbar und ist deshalb in dieser berücksichtigt. Durch die Corona-Pandemie sind bislang keine bedeutenden Veränderungen bei den Fertilitäts- und Mortalitätsverhältnissen zu erkennen.

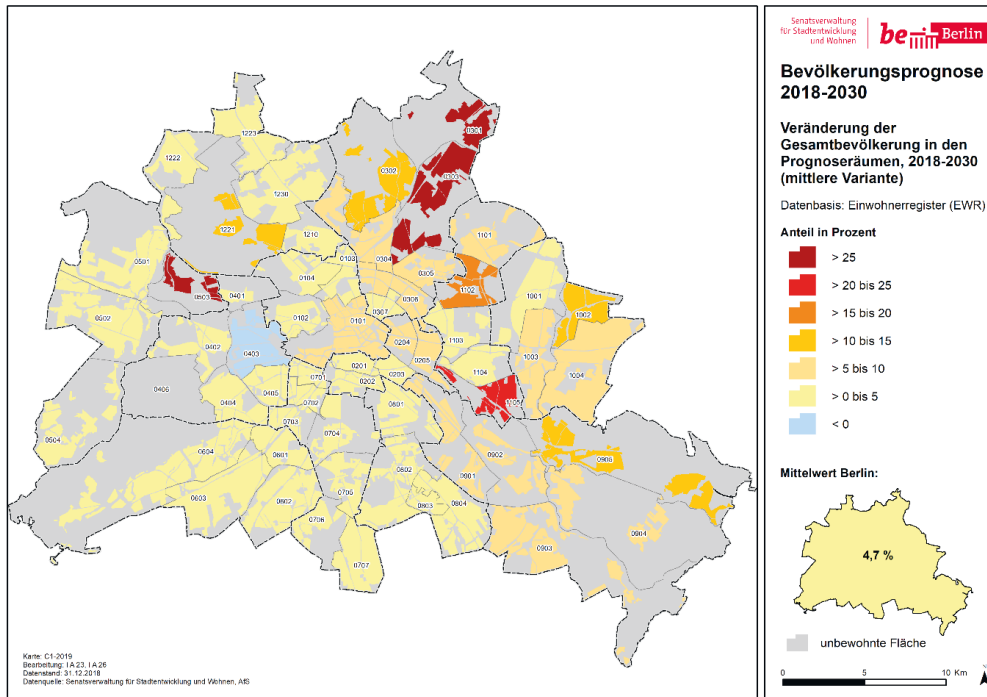
d | Veränderung der Gesamtbevölkerung 2018 bis 2030 in den Bezirken Berlins in %



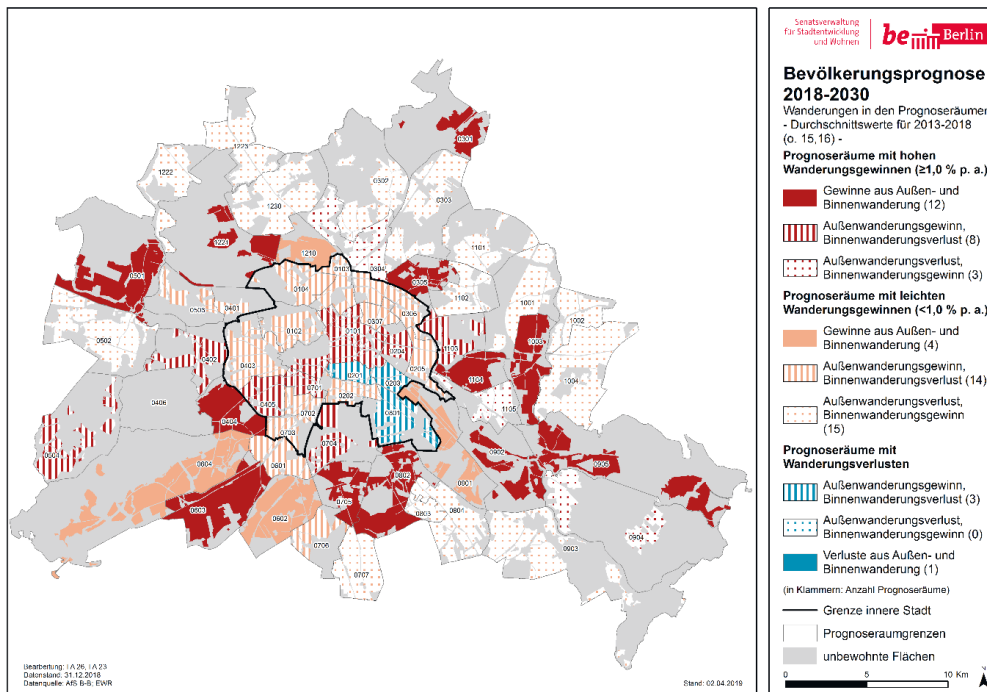
Die aktuelle Corona-Situation bringt auch weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerungszahlen bzw. der Ergebnisse der Bevölkerungsprognose mit sich, da die Kausalitäten zwischen dem Pandemiegeschehen und einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung noch nicht belastbar eingeschätzt werden können.

Jörn Ehlert erstellt die Bevölkerungsprognose in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin.

e | Veränderung der Gesamtbevölkerung 2018 bis 2030 in den Prognoserräumen in %



f | Wanderungen 2013 bis 2018 innerhalb Berlins (ohne 2015 und 2016)



Bevölkerung

Entwicklungsdynamiken in Großstadtreionen

Eine Betrachtung ausgewählter Indikatoren auf Basis der Innerstädtischen Raubeobachtung und der Laufenden Raubeobachtung

von **Jürgen Gödecke-Stellmann** und **Teresa Lauerbach**

Deutschlands Metropolkerne waren in den letzten Jahren einem enormen Wachstumsdruck ausgesetzt. Dem gegenüber stehen ländliche, periphere Regionen, die insbesondere durch Fortzug Bevölkerung verlieren. Diese entgegengesetzten Entwicklungsdynamiken haben zu einem räumlichen Ungleichgewicht geführt, für das die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ der Bundesregierung eine Lösung sucht.

Der Beitrag richtet den Blick auf die 50 deutschen Großstadtreionen und deren Umland und untersucht die strukturellen Veränderungen der Bevölkerungsverteilung zwischen Kern, Umland und Peripherie. Hierbei stehen insbesondere Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung, altersselektive Prozesse sowie Wanderungsmuster im Vordergrund. Um die Beziehung zwischen Kernstadt und Umland kleinräumig differenzierter betrachten zu können, werden zwei Datenquellen miteinander kombiniert: Daten der amtlichen Statistik zum Bevölkerungsbestand werden für eine kleinräumige Differenzierung der Zentren mit den Daten der „Innerstädtischen Raubeobachtung“ verknüpft, einem kommunalstatistischen Kooperationsprojekt, das für 56 Städte Daten auf Stadtteilebene zur Verfügung stellt.

Einleitung

In Deutschland ist schon seit einigen Jahren ein Auseinanderdriften der räumlichen Entwicklungsdynamiken zwischen Stadt und Land zu beobachten. Vom Wachstumsdruck besonders betroffen sind „überhitzte“ Ballungsgebiete und deren unmittelbares Umland, was sich in Engpässen auf den Wohnungsmärkten, steigenden Miet- und Immobilienpreisen und Ausbaubedürfnissen in wichtigen Infrastrukturbereichen niederschlägt. Periphere ländliche Regionen weisen hingegen „Entleerungstendenzen“ auf, die kritische Entwicklungen wie etwa den Erhalt der Daseinsvorsorge bei abnehmender Bevölkerung nach sich ziehen. Die Sorge besteht, dass bereits erkannte Ungleichgewichte zwischen Räumen weiter zunehmen beziehungsweise sich verfestigen. Auf politischer Ebene befasste sich die Kommission *Gleichwertige Lebensverhältnisse* der Bundesregierung mit diesen divergierenden Entwicklungsdynamiken und deren Folgewirkungen. 2019 veröffentlichte die Kommission das Papier „Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall“, das Vorschläge zur Reduzierung räumlicher Ungleichheiten und zu möglichen Gegenmaßnahmen unterbreitet. [1]

Das letzte Jahrzehnt war in den Metropolkernen geprägt durch zahlreiche Herausforderungen, die durch das Bevölkerungswachstum ausgelöst wurden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in zahlreichen Großstädten in den Jahren zuvor alle Anzeichen auf einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang

im Zuge des demografischen Wandels hindeuteten. Die in diesen Jahren geringere Wohnungsbautätigkeit [2] und der Rückbau von sozialer Infrastruktur in einigen Regionen haben dazu geführt, dass in den letzten Jahren große Nachfrageüberhänge sowie Nachholbedürfnisse entstanden sind, die Handlungserfordernisse in den Kommunen ausgelöst haben.

Der Beitrag widmet sich im Folgenden der genaueren Betrachtung der strukturellen Veränderungen der großräumigen Bevölkerungsverteilung. Der Fokus liegt hierbei auf der Entwicklung der deutschen Großstadtreionen und deren Umland, da dort in den letzten Jahren die größte Entwicklungsdynamik zu beobachten war und sich das Wachstum am deutlichsten niederschlug. Dabei sollen vor allem das Verhältnis von Kernstadt und Umland, insbesondere aber auch innerstädtische Differenzierungen analysiert werden.

- Wie setzt sich die Bevölkerung in den Kernstädten und ihrem Umland zusammen?
- Sind Veränderungen über die Zeit feststellbar?
- Welche altersselektiven Prozesse lassen sich beobachten?
- Wie verhält sich Reurbanisierung zu Suburbanisierung oder zeigen sich völlig neue Muster in der räumlichen Entwicklung in Stadtreionen?
- Welche Faktoren liegen dem Wachstum zugrunde?

Um diese Fragen zu beantworten, kombiniert die Analyse mehrere Datenquellen miteinander, sodass eine gemeinsame Betrachtung der Kernstädte und ihrem direkten Umland möglich wird.

Methodik

Die folgenden Auswertungen sind auf Trendanalysen zur Veränderung des Bevölkerungsbestandes ausgerichtet, die im ersten Schritt eine gesamtdeutsche Betrachtung nach der Gliederungssystematik der Großstadtregionen vornehmen. Im zweiten Schritt wird für ausgewählte Großstadtregionen der Raumbezug um eine innerstädtisch differenzierte Lagetypik bei den Kernstädten erweitert.

Die Analysen basieren auf einer Datengrundlage, die zwei unterschiedliche Quellen kombiniert. Zum einen werden Daten der amtlichen Statistik zum Bevölkerungsbestand genutzt. Die Bevölkerungsforschreibung gibt Auskunft über den Bevölkerungsbestand und die Bevölkerungszusammensetzung. Dabei stützt sie sich auf Ergebnisse der jeweils letzten Volkszählung (derzeit Zensus 2011) und schreibt den Bestand mittels Angaben zu Geburten und Sterbefällen sowie der Wanderungsstatistik fort. Im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) werden die Daten der amtlichen Statistik auf Gemeinde- und Kreisebene um Gebietsstandsänderungen bereinigt, um so auf dem aktuellen Gebietsstand über vollständige Zeitreihen zu verfügen. Die kleinste Gebietseinheit der Bevölkerungsstatistik ist die Gemeindeebene. Das bedeutet, dass für die Großstädte/Metropolkerne jeweils nur gesamtstädtische Angaben vorliegen. Eine weitergehende innerstädtische Differenzierung ist auf dieser Basis nicht möglich.

Sollen die räumliche Auflösung erhöht und auch innerstädtische Teilräume in den Blick genommen werden, bedarf es kleinräumiger, das heißt hier stadtteilbasierter, Angaben. Mit der Innerstädtischen Raumbesichtigung (IRB) besteht ein Projekt, das solche Angaben bereithält. Die IRB ist ein kommunalstatistisches Gemeinschaftsprojekt, an dem sich derzeit 56 Städte beteiligen und auf Basis eines abgestimmten Merkmalskatalogs und vergleichbarer untergemeindlicher Gebietseinheiten jährlich Daten in einen gemeinsamen Pool einspeisen. Das Ziel des Projektes, dessen Wurzeln bis in die späten 1980er Jahre zurückreichen, ist es, eine Datenbasis für eine überlokal vergleichende innerstädtische Raumbesichtigung bereitzustellen. Das BBSR nutzt die Daten für die kleinräumige Stadtbeobachtung, um innerstädtisch differenziert über Tendenzen der Stadtentwicklung berichten zu können. Dabei wird in der Regel eine mit den beteiligten Städten abgestimmte Lagetypik genutzt, die zwischen Innenstadt, Innenstadtrand und Stadtrand unterscheidet.

Die IRB-Städte werten für die Ermittlung des Bevölkerungsbestandes die Einwohnermelderegister nach unterschiedlichen Kriterien aus. Insofern besteht eine Differenz zwischen den fortgeschriebe-

nen Bevölkerungszahlen der amtlichen Statistik auf Gemeindeebene und den Angaben der IRB-Städte zum Bevölkerungsbestand. Da der Fokus der Auswertungen auf Trendanalysen ausgerichtet ist, kann diese Differenz jedoch vernachlässigt werden.

Während die großräumig orientierten Analysen auf Basis der Typologie der Großstadtregionen bundesweit flächendeckend erfolgen können, lässt sich die kleinräumig differenzierte Analyse unter Einschluss der IRB-Lagetypen nicht für alle Großstadtregionen durchführen, da sich nicht alle einzubeziehenden Kernstädte an der IRB beteiligen oder wie im Falle von Kassel oder Ulm erst zu einem späteren Zeitpunkt in das Projekt eingestiegen sind. Für 31 Großstadtregionen liegen vollständige Zeitreihen für den Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2018 vor.¹

Raumbezug

Die vom BBSR entwickelte regionale Gliederungssystematik der Großstadtregionen hat seine Ursprünge in Modellen zur Abgrenzung von Stadtregionen in den USA, die von Olaf Boustedt für Deutschland übernommen worden sind. [3] Ziel dieser Abgrenzung war es, Städte nicht nur in ihren administrativen Grenzen zu betrachten, sondern in ihren funktionalen stadträumlichen Zusammenhängen. Auf Basis von Volkszählungsdaten hat Boustedt für Deutschland Stadtregionen abgegrenzt. Das BBSR hat diesen Ansatz aufgegriffen und seit den 1990er Jahren die Großstadtregionen-Abgrenzung in das Repertoire der Raumgliederung aufgenommen. [4]

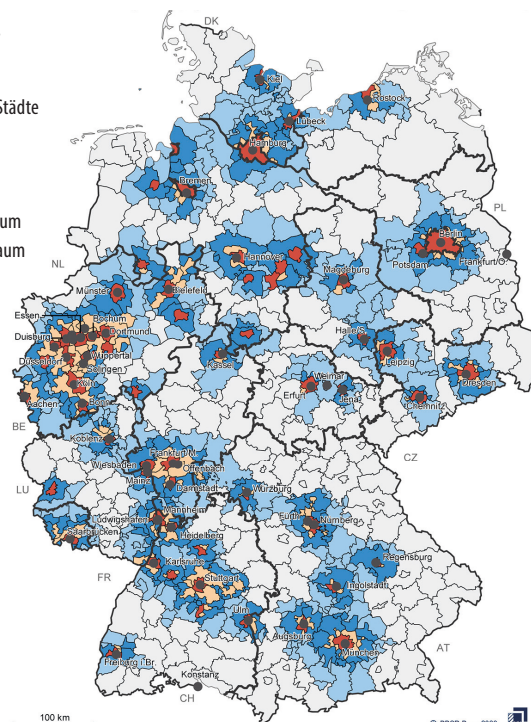
Von den Zentren der Großstadtregionen ausgehend werden die Verflechtungsbereiche der Kernstädte identifiziert, um auf diese Weise funktionale

a | Teilnehmerstädte des Kooperationsprojekts „Innerstädtische Raumbesichtigung“ 2020 und Großstadtregionen 2017

Zentren und Pendlereinzugsbereiche von Großstädten
Jahr: 2018
Länder, Kreise und kreisfreie Städte

- Zentrum
- Ergänzungsgebiet
- engerer Verflechtungsraum
- weiterer Verflechtungsraum
- IRB-Städte

Quellen: Laufende Raumbesichtigung des BBSR, Innerstädtische Raumbesichtigung des BBSR © GeoBasis-DE/BKG Bearbeitung D. Winkler



1 Folgende Großstadtregionen gingen in die Analyse ein: Aachen, Augsburg, Berlin/Potsdam, Bielefeld, Bremen, Chemnitz, Darmstadt/Frankfurt am Main/Wiesbaden/Mainz, Dresden, Düsseldorf/Duisburg/Krefeld/Mönchengladbach, Erfurt, Essen/Bochum/Dortmund/

Hagen, Freiburg, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Ingolstadt, Jena, Karlsruhe, Kiel, Koblenz, Köln/Bonn, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen/Mannheim, Magdeburg, München, Nürnberg/Erlangen, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart. In einigen wenigen Fällen sind feh-

lende Bestandsangaben zu den Altersgruppen für die IRB-Städte imputiert worden, um für eine möglichst hohe Zahl von Großstadtregionen die Auswertungen ab 2002 zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund des Analyseziels ist diese Vorgehensweise vertretbar.

Interdependenzen zwischen Stadt und Umland zu identifizieren. Dem Modell liegen Pendlerdaten mit Angaben zu Wohn- und Arbeitsort der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugrunde, die das BBSR von der Bundesagentur für Arbeit bezieht. Zentren der Großstadtregionen sind Städte mit 100 000 und mehr Einwohnenden, die über einen Einpendlerüberschuss verfügen. Zum Kernbereich der Großstadtregionen zählt auch das Ergänzungsgebiet. Hierbei handelt es sich um unmittelbar angrenzende Gemeinden, die besonders eng mit den Zentren verflochten, aber auch selbst ein bedeutendes Pendlerziel sind. Die Kommunen des Ergänzungsgebiets weisen eine hohe Tagesbevölkerungsdichte (Einwohnende + Einpendelnde – Auspendelnde) und einen Einpendlerüberschuss auf. Ein weiteres Kriterium ist ein hoher Anteil von über 50% der Auspendelnden ins Zentrum. Der Außenbereich der Großstadtregion wird nach dem Grad der Pendlerverflechtung in zwei Zonen unterschieden, den engeren und den weiteren Pendlerverflechtungsraum. Die Systematik der Großstadtregionen wird laufend aktualisiert.

Anhand dieser Kriterien können in Deutschland 50 Großstadtregionen mit insgesamt 59,1 Mill. Einwohnenden für das Jahr 2018 ausgewiesen werden, was heißt, dass sieben von zehn Einwohnenden in einer Großstadtregion leben. Die bevölkerungsreichsten Großstadtregionen sind polyzentrisch strukturiert wie Berlin/Potsdam, Rhein-Ruhr oder Rhein-Main. Hamburg und München sind die größten monozentrischen Großstadtregionen mit mehr als 3 Mill. Einwohnenden. Am anderen Ende finden sich die Großstadtregionen Jena und Salzgitter mit 230 000 bzw. 160 000 Einwohnenden. [5]

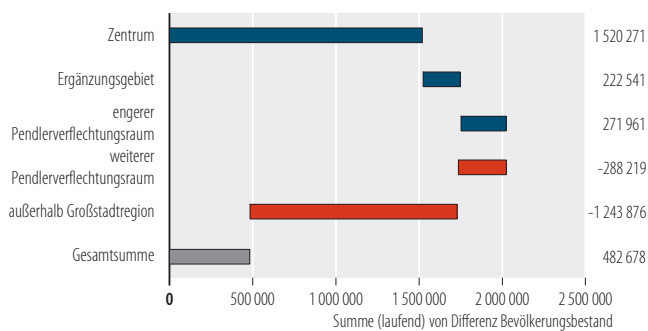
Entwicklungsdynamiken in Großstadtregionen

Die bereits angesprochene siedlungsstrukturelle Bevölkerungsverschiebung fällt in der Gesamtbilanz zugunsten der Zentren der Großstadtregionen aus. Sie sind die „Gewinner“ des letzten Jahrzehnts. Zentrale Wohnlagen in der Stadt sind attraktiv und gefragt, vor allem junge Menschen zieht es in die Kernbereiche. Zwischen 2002 und 2018 sind allein die Zentren der 50 Großstadtregionen um mehr als 1,5 Mill. Menschen angewachsen (Abbildung b). Das entspricht einer dynamischen Entwicklung, als ob eine Großstadt wie München im Zeitraum von 2002 bis 2018 komplett neu gebaut worden wäre.

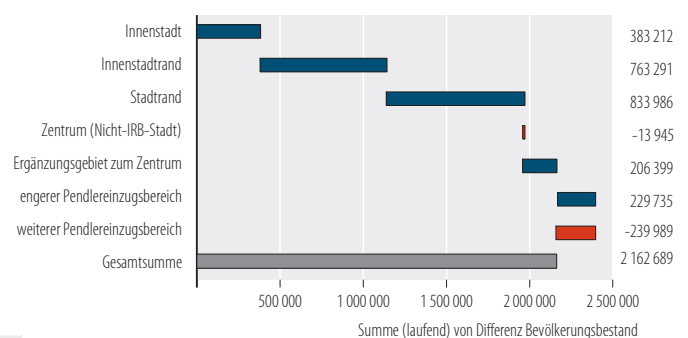
Auch die direkt angrenzenden Bereiche, das Ergänzungsgebiet, und die engeren Pendlerverflechtungsgebiete profitierten von diesem Wachstum, jedoch in deutlich abgeschwächter Form. Mit wachsender Distanz zum Zentrum lässt die Entwicklungsdynamik nach beziehungsweise kehrt sich um. Den Gewinnen des engeren Pendlerverflechtungsraums von 272 000 Einwohnenden stehen Verluste von 288 000 Einwohnenden im weiteren Pendlerverflechtungsraum gegenüber. In den Räumen außerhalb der Großstadtregionen ist die Bevölkerungszahl innerhalb dieser Periode hingegen geschrumpft und um 1,2 Mill. zurückgegangen.

Wird die Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf von 2002 bis 2018 betrachtet, zeigt sich der strukturelle Wandel noch deutlicher. Während der Bevölkerungsbestand im Ergänzungsgebiet und im engeren Pendlerverflechtungsraum relativ konstant bleibt, bildet sich der gegenläufige Entwicklungstrend in den Kernstädten, dem Zentrum, und dem Gebiet außerhalb der Großstadtregionen deutlich ab. Auch die Korrekturen durch den Zensus 2011, die deutlich in Abbildung c zu sehen sind, ändern nichts an dem Befund.

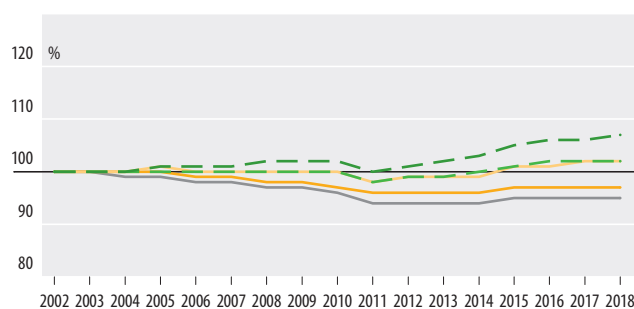
b | Absolute Bevölkerungsentwicklung in Großstadtregionen zwischen 2002 und 2018



d | Absolute Bevölkerungsentwicklung zwischen 2002 und 2018 mit innerstädtischer Differenzierung



c | Relative Bevölkerungsentwicklung in Großstadtregionen zwischen 2002 und 2018



- Zentrum
- Ergänzungsgebiet
- engerer Pendlerverflechtungsbereich
- weiterer Pendlerverflechtungsbereich
- außerhalb Großstadtregion

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung (IRB) des BBSR, Kommunalstatistiken der IRB-Städte; Bevölkerungsfortschreibung des Bundes und der Länder. Laufende Raubeobachtung des BBSR; Basis: 31 Großstadtregionen

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung des Bundes und der Länder. Laufende Raubeobachtung des BBSR.

Um die auf der großräumigen Ebene gefundenen Entwicklungsdynamiken in den Zentren weiter zu differenzieren, besteht die Möglichkeit, Daten der IRB einzubeziehen. Die weiteren Analysen beruhen auf einer Auswahl von 31 Großstadtregionen, da sich nicht alle Großstädte ab 100 000 Einwohnenden an der IRB beteiligen.

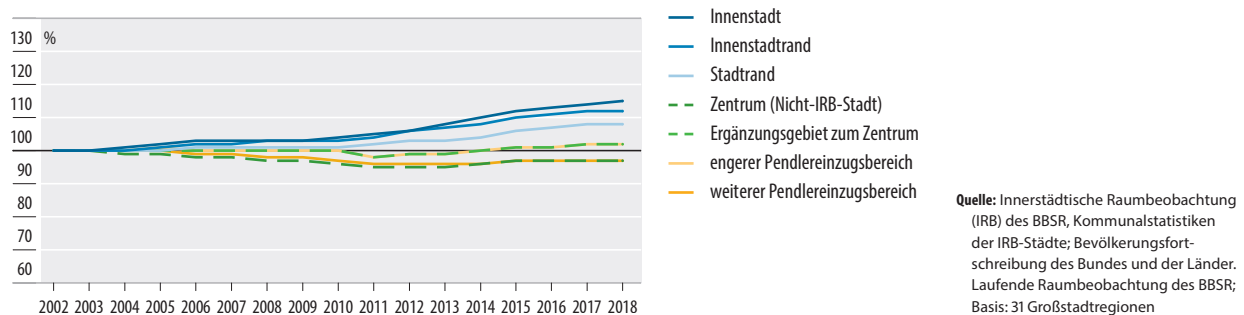
Relativ betrachtet sind die Innenstädte am stärksten gewachsen (Abbildung e). Verglichen mit dem Bevölkerungsstand von 2002 sind fast 400 000 Einwohner hinzugekommen (Abbildung d). Die relative Entwicklungsdynamik lässt innerstädtisch zum Rand hin nach. Es sind aber Basiseffekte zu berücksichtigen, da die Bevölkerungszahlen am Innenstadtrand und am Stadtrand wesentlich größer sind. In absoluten Zahlen sind sie stärker gewachsen (763 000 Gewinn am Innenstadtrand und 834 000 am Stadtrand). Der Beitrag der Innenstadt mit einem Zugewinn von 383 000 Einwohnenden zum Gesamtbevölkerungsgewinn der 31 Großstadtregionen in Höhe von 2,16 Mill. ist mit fast 18 % wesentlich höher als der Bevölkerungsanteil der Innenstadt, der bei nicht ganz 6 % liegt.

Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und altersselektive Prozesse

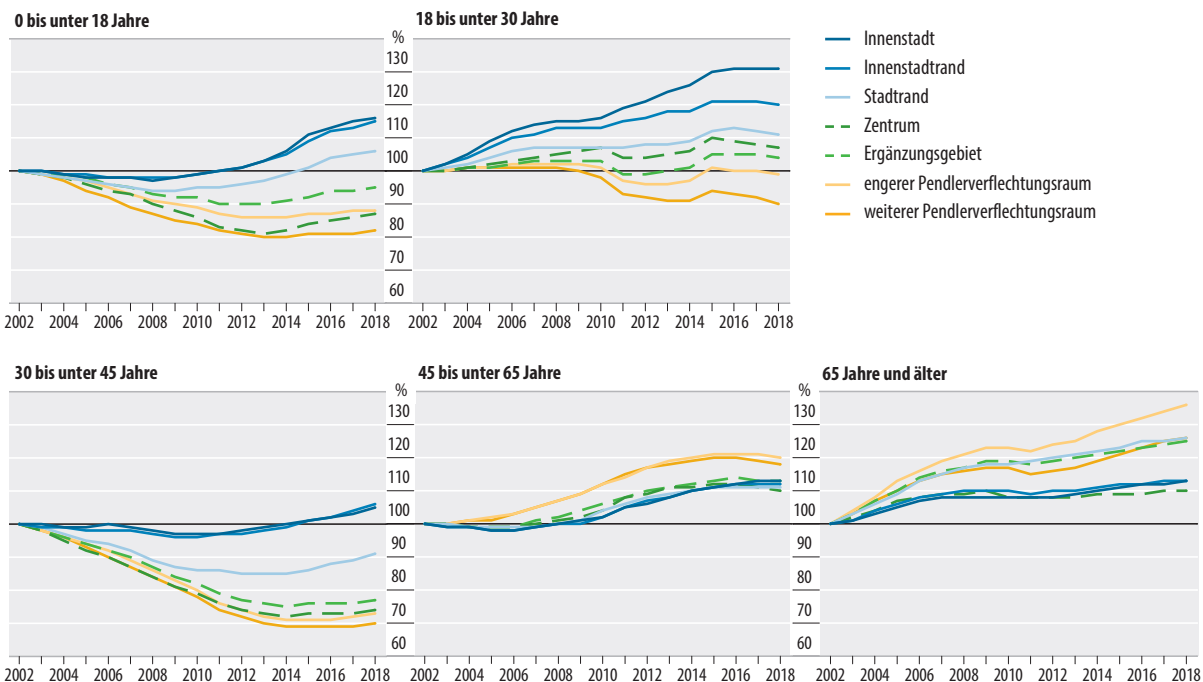
Mit der verwendeten Datengrundlage lassen sich die Entwicklungen auch auf verschiedene Altersgruppen herunterbrechen, sodass die Bevölkerungsstruktur und altersselektive Prozesse für die unterschiedlichen Räume untersucht werden können. Es lassen sich insbesondere zwei Beobachtungen feststellen: zum einen die Verjüngung der Kernbereiche der Zentren, insbesondere der Innenstädte und der Innenstadtränder, zum anderen die damit einhergehende Alterung am Stadtrand und in angrenzenden Bereichen.

Innenstädtische Lagen waren schon immer attraktive Wohnstandorte insbesondere für junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Sie sind hier im Vergleich zur Gesamtstadt überproportional vertreten. Dieser Effekt hat sich in den letzten Jahren sehr deutlich gezeigt. Im betrachteten Zeitraum zwischen 2002 und 2018 ist diese Altersgruppe in den Innenstädten um über 30 % gewachsen, absolut betrachtet sind das 2018 knapp 55 000 Personen mehr als noch 2002 (Abbildung f). Dies hängt zu

e | Relative Bevölkerungsentwicklung zwischen 2002 und 2018 mit innerstädtischer Differenzierung



f | Bevölkerungsentwicklung differenziert nach Altersgruppen



einem großen Teil mit der zahlenmäßig sehr starken Kohorte dieser Jahrgänge zusammen. In den Pendlerverflechtungsräumen konnte die Anfang des Jahrzehnts sehr hohe Außenzuwanderung den negativen Trend rückläufiger Zahlen in dieser Altersgruppe kurzzeitig umkehren, aber bereits seit 2016 setzt sich der Trend in diesen Gebieten wieder fort.

Auch für Familien werden innerstädtische Gebiete immer attraktiver. Dies ist hier insbesondere an den steigenden Zahlen in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen zu erkennen, bei der Gruppe der 30- bis unter 45-Jährigen wirken ebenfalls Kohorteneffekte in die Entwicklungsverläufe hinein, sodass der Effekt hier nicht deutlich sichtbar ist. Diese Entwicklung bringt neue stadtplanerische Herausforderungen mit sich, insbesondere bereits hochverdichtete innerstädtische Quartiere familienfreundlich zu gestalten und mit bedarfsgerechter sozialer Infrastruktur auszustatten.

Auf der anderen Seite lässt sich der nach wie vor anhaltende Alterungsprozess in der deutschen Gesellschaft sehen. Die Altersgruppe der ab 65-Jährigen verzeichnet insgesamt ein Wachstum von über 25% und bildet damit die am stärksten gewachsene Altersgruppe im betrachteten Zeitraum. Hier zeigt sich ein genau gegensätzlicher Trend der Alterung der Bevölkerung an den Stadträndern und im Umland. Der Anstieg der älteren Personen in diesen Räumen hat sich in den letzten Jahren noch einmal verstärkt, während er in den innenstädtischen Gebieten nur moderat ausgefallen ist oder sogar stagnierte. Vor diesem Hintergrund müssen sich umliegende und weiter entfernte Gemeinden Konzepte überlegen, wie sie eine adäquate Versorgungssituation älterer Menschen sicherstellen können und wie sie jüngere Menschen an sich binden können.

Diese Entwicklungen schlagen sich auch in der Betrachtung des Durchschnittsalters der Bevölkerung in den Städten im Vergleich zum Umland nieder (Abbildung g). Waren Anfang des Jahrtausends die Altersdifferenzen zwischen den Räumen noch relativ ausgeglichen, so sind die Stadtränder und das weitere Umland im betrachteten Zeitraum gealtert. Innenstädtische Gebiete verzeichneten hingegen ein abnehmendes (westdeutsche Städte) beziehungsweise

konstantes (ostdeutsche Städte) Durchschnittsalter. In ostdeutschen Städten ist die Alterung am Stadtrand und in den Verflechtungsräumen stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. War die Bevölkerung in den weiteren Pendlerverflechtungsräumen 2002 im Schnitt noch 43,2 Jahre alt, so stieg das durchschnittliche Alter in 2018 auf 48,3 Jahre.

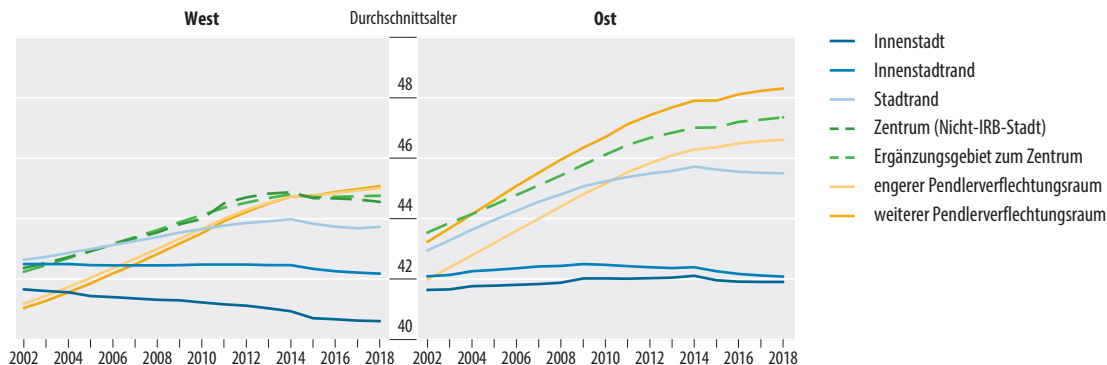
Wanderungsbewegungen

Die beschriebenen Entwicklungen und hier insbesondere das Wachstum der Großstadtreionen basieren zu einem großen Anteil auf der hohen Nettozuwanderung der letzten Jahre. Vor allem für internationale Wanderungsbewegungen waren meist Städte das Ziel. Daher sollen im Folgenden die zugrundeliegenden Wanderungsmuster genauer betrachtet werden. Aufgrund einer eingeschränkten Datenverfügbarkeit konzentriert sich die Auswertung auf den Zeitraum zwischen 2006 und 2017.

Auf der großräumigen Betrachtungsebene wird deutlich, dass die Nettozuwanderung eine entscheidende Rolle in der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre gespielt hat (Abbildung h). Alle Räume, ob die Zentren selbst oder auch Räume außerhalb der großen Metropolkerne, haben durch Binnen- oder Außenzuwanderung an Bevölkerung gewonnen. Die Zentren waren in diesem Prozess die klaren „Gewinner“. Sie gewannen fast 2 Mill. Menschen zwischen 2006 und 2017 durch Zuwanderung hinzu, mehr als alle anderen Regionen Deutschlands zusammen. Dem liegt insbesondere die ab 2010 stark angestiegene Zuwanderung aus dem Ausland aufgrund von EU-Erweiterungen und internationalen Krisen mit einem Peak im Jahr 2015 zugrunde. So konnten selbst Regionen, die zuvor negative Nettozuwanderungsraten aufwiesen, Bevölkerung gewinnen. Schon in den Jahren 2016 und 2017 ist jedoch eine Trendumkehr sichtbar, die sich voraussichtlich auch in den nächsten Jahren fortsetzen und somit einen Einfluss auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung haben wird.

Auch für Wanderungsdaten ist eine differenzierte Betrachtung der Zentren nach verschiedenen Lagen innerhalb der Städte möglich, allerdings kann für diese Analysen nur auf 24 Großstadtreionen zu-

g | Entwicklung des Durchschnittsalters 2002 bis 2018 (in Jahren)



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung (IRB) des BBSR, Kommunalstatistiken der IRB-Städte; Bevölkerungsfortschreibung des Bundes und der Länder. Laufende Raumbewertung des BBSR. Basis: 31 Großstadtreionen

rückgegriffen werden. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Räumen werden besonders sichtbar, wenn die Entwicklungen differenziert nach Altersgruppen untersucht werden.

Die mobilste Gruppe stellen die 18- bis unter 30-Jährigen dar (Abbildung i). Für Ausbildung, Studium oder den ersten Job verlassen sie ihr Zuhause in Richtung Zentren und dort auch vorzugsweise in zentrale innenstädtische Lagen. Schon zum Stadtrand hin schwächt sich die Dynamik ab, in den entfernteren Pendlerverflechtungsgebieten ist der Wanderungssaldo dieser Altersgruppe negativ. Bei diesen Analysen muss allerdings der Kohorteneffekt im Hinterkopf behalten werden: In den hier betrachteten Jahren waren die Jahrgänge der 18- bis unter 30-Jährigen zahlenmäßig sehr groß. Sie sind die Kinder der Babyboomer, daher ist zu erwarten, dass in Zukunft bei gleichbleibend hoher Mobilität dieser Altersgruppe die absoluten Wanderungszahlen geringer ausfallen werden. Dies kann sich durchaus auf das Wachstum der Zentren und hier insbesondere die Innenstädte auswirken.

Ein genau gegensätzlicher Trend lässt sich hingegen bei den Altersgruppen, die typischerweise der Familienphase zuzuordnen sind, also den unter 18-Jährigen sowie den 30- bis unter 45-Jährigen, beobachten. Hier weisen insbesondere die Räume außerhalb der Zentren, die aber in Hinblick auf Versorgung und Arbeitsplatz dennoch gut an das Zentrum angebunden sind, hohe Nettozuzugsraten auf. Viele Menschen wollen sich in dieser Lebensphase räumlich vergrößern, zentral zu wohnen tritt in den Hintergrund. Der Stadtrand und das direkte Umland der Zentren bieten hierzu die Möglichkeit. Der klassische Suburbanisierungstrend ist somit nicht verschwunden beziehungsweise zu einem Reurbanisierungstrend geworden, sondern ist nach wie vor erkennbar und wurde lediglich in den Jahren 2011 bis 2016 durch die hohe Außenzuwanderung überlagert. Ältere Altersgruppen der 45- bis unter 65-Jährigen sowie der ab 65-Jährigen sind hingegen weniger mobil und ziehen meist eher aus der Stadt ins Umland.

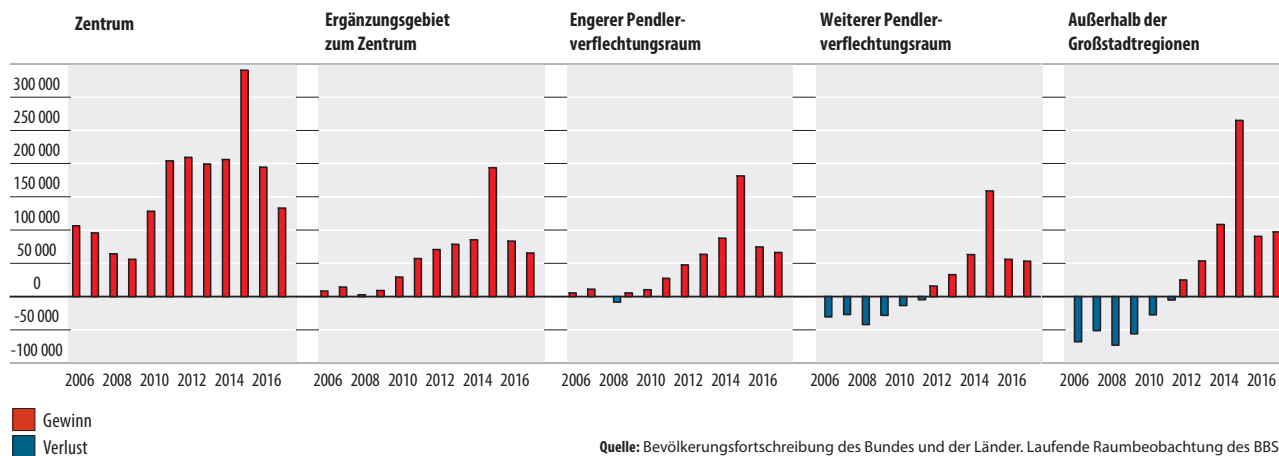
Zusammenfassung und Fazit

Die Zentren der Großstadtreionen waren in den zurückliegenden Jahren einem erheblichen Wachstumsdruck ausgesetzt. Auslöser dafür waren die hohen Zuwanderungszahlen aus dem Ausland sowie überdurchschnittlich starke Altersjahrgänge bei den jungen Bildungs- und Berufswandernden, die auf die Zentren der Großstadtreionen mit ihren Bildungseinrichtungen orientiert sind. Es gibt Anzeichen für eine Abschwächung dieses Wachstumsdrucks. Am 12. Januar 2021 veröffentlichte das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung, dass die Bevölkerung 2020 voraussichtlich nicht gewachsen sei und die Bevölkerungszahl konstant bei 83,2 Mill. Menschen bliebe. [6] Das wäre das erste Jahr seit 2011, in dem Deutschlands Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr gewachsen ist. Dies allein markiert noch keine Trendwende, aber die geringere Zuwanderung aus dem Ausland und zahlenmäßig kleinere Altersjahrgänge bei den besonders mobilen Altersgruppen deuten auf einen abnehmenden Zuzugsdruck in den Kernstädten hin. Nicht verschwunden sind Suburbanisierungstendenzen, die nach wie vor erkennbar sind. Der Preisdruck in den Innenstädten trägt zu einer Ausweichreaktion bei der Suche nach einer Mietwohnung oder Immobilie bei. Dies alles sind auf die Entwicklungsdynamik der Großstädte dämpfend einwirkende Faktoren.

Insgesamt betrachtet ist eine Bevölkerungsverlagerung vom Rand oder der Peripherie in die Metropolkerne zu beobachten. Bei relativ konstanter Bevölkerung in Deutschland löst diese schleichende Bevölkerungsverlagerung Folgeprobleme aus, die auch auf politischer Ebene einen Handlungsdruck erzeugt haben.

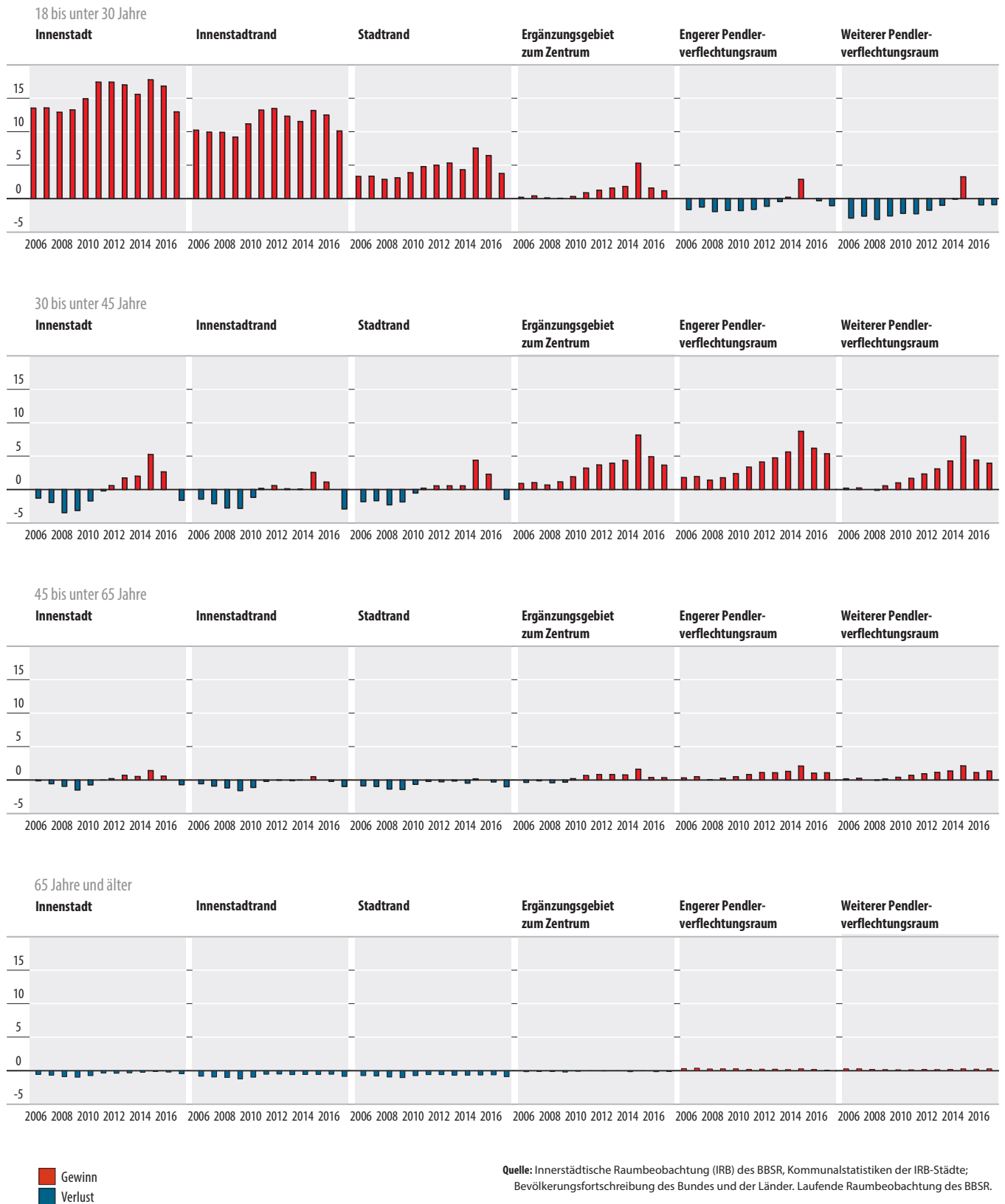
Die innerstädtischen Gebiete haben in den letzten Jahren ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum erfahren. Besonders attraktiv sind diese Gebiete für die Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen. Das Bevölkerungswachstum hat zu einer Nachverdichtung der Innenstadtlagen geführt, die ohnehin schon hoch verdichtet sind. Diese Entwicklung ist ambivalent zu beurteilen. Einerseits führt dies zu einer Belebung

h | Großräumige Wanderungsbewegungen 2006 bis 2017



Quelle: Bevölkerungsfortschreibung des Bundes und der Länder. Laufende Raumbearbeitung des BBSR.

i | Wanderungsbewegungen innerstädtisch differenziert nach Altersgruppen 2006 bis 2017 (Saldo je 1 000 Einwohnende)



innerstädtischer Gebiete, einer verbesserten Infrastrukturauslastung und sehr wahrscheinlich auch zu neuen Formen des Mobilitätsverhaltens, lassen sich doch in innerstädtischen Lagen aufgrund des einfachen Zugangs zu unterschiedlichen Mobilitätsangeboten bequem differenzierte Nutzungsmuster realisieren. Umgekehrt können aus dieser Nachverdichtung Nutzungskonflikte resultieren, da Flächen dichter bebaut oder Brachflächen beziehungsweise ungenutzte Flächen für Zwecke des Wohnungsbaus erschlossen werden.

Im Hinblick auf die Generationenverhältnisse hat sich die Situation im Zeitverlauf deutlich verändert. In den Randbereichen der Großstadtregionen, vor allem in Ostdeutschland, und außerhalb der Großstadtregionen altert die Bevölkerung, während sich die Bevölkerung der Kernstädte verjüngt. Es ist aber auch ein innerstädtisches Gefälle in den Metropolen festzustellen. Das Phänomen ist nicht neu, dennoch sei darauf verwiesen, dass die Kernstädte von innen nach außen altern. Eine unzulässige Verkürzung wäre es aber, die Bewohnerschaft der Innenstadt als nur jung und aktiv zu beschreiben. Ein nicht unerheblicher Anteil der innerstädtischen Bevölkerung ist 65 Jahre und älter. Beim Infrastrukturbedarf und altersgerechten Angeboten ist dieser Umstand zu berücksichtigen.

Das hier vorgestellte methodische Vorgehen zeichnet sich aus durch die Kombination originär kommunalstatistischer Datengrundlagen mit denen der amtlichen Statistik. Die dadurch gewonnenen differenzierten Einblicke in Stadtentwicklungsprozesse in Großstadtregionen zeigen das Potenzial dieser Vorgehensweise auf. Aus der lokalen Perspektive ist dieser Informationszugewinn weniger relevant, da auf differenziertere Datengrundlagen zurückgegriffen werden kann. Aus der Sicht eines bundesweit angelegten Stadtvergleichs ist dieser Informationszugewinn jedoch ein erheblicher Fortschritt, liefert er doch Einsichten in differenziert zu beurteilende demografische Entwicklungsprozesse in den Großstädten und die sie umgebenden Einzugsbereiche.

Jürgen Göddecke-Stellmann ist Diplom-Soziologe im Referat *Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung* des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Sein Arbeitsgebiet umfasst das Monitoring der Städtebauförderung auf Bundesebene und die Koordination der kleinräumigen Stadtbeobachtung.



Teresa Lauerbach ist studierte Volkswirtin im Referat *Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung* des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Analyse kleinräumiger Stadtentwicklungsprozesse sowie des Monitorings städtebaulicher Förderprogramme.



Literatur

- [1] Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.
- [2] Statistisches Bundesamt (2020): Bauen und Wohnen. Baugenehmigungen/Baufertigstellungen. Lange Reihen z. T. ab 1949. Wiesbaden.
- [3] Boustedt, Olaf (1953): Die Stadtregion. Ein Beitrag zur Abgrenzung städtischer Agglomerationen. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 37. Jg.; H. 1, S. 13–26.
- [4] Göddecke-Stellmann, Jürgen (1998): Stadtregionen in Deutschland – eine Neuabgrenzung. In: Egel, Jürgen; Seitz, Helmut (Hrsg.) (1998): Städte vor neuen Herausforderungen. ZEW-Wirtschaftsanalysen Bd. 28.
- [5] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2021): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. Großstadtregionen. Online unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/regionen/Grosstadtregionen/Grosstadtregionen.html?nn=2544954> (zuletzt geprüft: 12.03.2021).
- [6] Statistisches Bundesamt (2021): 2020 voraussichtlich kein Bevölkerungswachstum – Bevölkerungszahl bleibt voraussichtlich konstant bei 83,2 Millionen Menschen. Pressemitteilung Nr. 016 vom 12. Januar 2021. Wiesbaden.

Bevölkerung

Ein gutes Leben in Stadt und Land

Besonderheiten, politische Strategien und ihr Monitoring anhand ausgewählter Beispiele vor und während der Covid-19-Pandemie

von **Susanne Schnorr-Bäcker**

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und Staatswesen – insbesondere eines zunehmend generationenübergreifenden Nachhaltigkeitsbewusstseins, neuer Informations- und Kommunikationswege sowie wachsender internationaler Verflechtungen – wurden umfassende politische Strategien beschlossen, zu deren Einhaltung sich auch die Bundesregierung verpflichtet hat. Damit rücken kleinräumige Entwicklungen bis auf die lokale Ebene in den Fokus. Von besonderem Interesse sind dabei die räumlichen Disparitäten zwischen verstäderten und ländlichen Gebieten.

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Unterschiede in den Lebensbedingungen unter räumlichen Gesichtspunkten bestehen. Dabei stehen die zur Fortschrittsmessung empfohlenen Indikatoren, vor allem solche zur kleinräumigen Beurteilung, im Mittelpunkt. Anhand ausgewählter Indikatoren und aktueller Daten überwiegend aus der amtlichen Statistik wird auf deren Grundlage ein Stadt-Land-Vergleich für Deutschland auf Kreisebene vorgenommen. Auch wenn bislang noch unklar ist, welche Folgen die einschneidenden Maßnahmen der weltweiten Covid-19-Pandemie langfristig zeitigen, soll kurz auf aktuelle Trends eingegangen werden. Im Weiteren bietet diese Studie Anknüpfungspunkte für spätere Analysen zu Chancen und Risiken für den verstäderten oder ländlichen Raum.

Einführung

Alle Menschen streben nach einem guten Leben oder Wohlbefinden. Das hat bereits der griechische Philosoph Platon in seinem Werk „Politeia“ vor mehr als 2 000 Jahren festgestellt (Platon, 343). Es ist damit für die Politik einer jeden Nation, eines Staatenbunds wie zum Beispiel der Europäischen Union oder anderer Gemeinschaften grundlegend. So haben ein gutes Leben oder Wohlbefinden beziehungsweise deren verschiedene Konkretisierungen unter unterschiedlichen Bezeichnungen wie Wohlfahrt, Lebensqualität, Gleichheit der Lebensverhältnisse Eingang in grundlegende Rechtsakte, besonders Verfassungen, gefunden.¹

Seit dem Millenniumwechsel haben umfassende politische Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung weltweit an Bedeutung gewonnen. Dabei wird zunehmend die räumliche Dimension berücksichtigt. Gerade die räumlichen Disparitäten, besonders die Dichotomie zwischen verstäderten und ländlichen Gebieten, stellen teilweise besondere Anforderungen an die Politik. Auch wenn Deutschland überwiegend

ländlich strukturiert ist, hatten, wenn die Kreise als kleinste regionale Einheiten gewählt werden, lediglich 70 kreisfreie Städte von insgesamt 401 Kreisen am 31. Dezember 2019 mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner² (Statistisches Bundesamt 2020a). Das heißt, dass nahezu ein Drittel (32,3 %) der Bevölkerung Deutschlands in Großstädten lebt, und zwar auf einer Fläche von lediglich 15 657 km² respektive 4,4 % der Gesamtfläche. In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit die theoretisch postulierten Unterschiede (siehe zum Beispiel OECD 2014) auch für Deutschland beobachtbar sind.

Ausgangspunkt sind umfassende politische Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, die für die Bundesregierung von Bedeutung sind. Zunehmend finden diese auch Anwendung auf der Ebene von Bundesländern und Kommunen. Die derzeit herausragenden Strategien werden im zweiten Teil kurz vorgestellt. Von besonderer Bedeutung sind dabei die für ihr Monitoring entwickelten beziehungsweise empfohlenen Indikatoren, besonders

Dieser Beitrag erscheint in modifizierter Form auf Englisch im *Statistical Journal of the IAOS*, Volume 37 (2021) 2.

1 So heißt es in der Verfassung von 1788 für die Vereinigten Staaten: „We the people of the United States... promote the general Welfare...“. Artikel 2 Absatz 2 der Schweizer Verfassung lautet, „Sie (die Schweizer Eidgenossenschaft, Einfügung der

Verfasserin) ... fördert die gemeinsame Wohlfahrt ... des Landes.“ Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird in Artikel 72, Absatz 2 die „... Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet...“ angestrebt. Auch im

Lissabonvertrag für die Europäische Union gibt es verschiedene Regelungen, besonders in Artikel 3 (1): „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

2 Dabei wurden die Region Hannover und die Städteregion Aachen ebenfalls berücksichtigt. Die übrigen 39 kleineren kreisfreien Städte hatten insgesamt weitere 2,3 Mill. Einwohner oder 2,7 % der Gesamtbevölkerung.

unter Berücksichtigung der räumlichen Dimension. Die wichtigsten Aspekte des Wohlbefindens im Hinblick auf die Unterschiede zwischen verstädertem und ländlichem Raum werden im dritten Teil kurz erläutert und im vierten Teil anhand ausgewählter Indikatoren, zum Großteil aus der Bundesstatistik, überwiegend für kreisfreie Städte und Landkreise kartografisch veranschaulicht. Ein kurzer Ausblick erfolgt im fünften Abschnitt.

Ganzheitliche politische Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen

Neben den nationalen Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen haben sich Deutschland und weitere Nationen verpflichtet, entsprechende Strategien auf supra- und internationaler Ebene umzusetzen.

Von besonderer Bedeutung ist die 2015 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN)³ angenommene „2030 Agenda for Sustainable Development“ mit den Sustainable Development Goals (SDG) für den Zeitraum 2016–2030 (UN 2015). Diese hat direkt oder indirekt Einfluss auf alle anderen bereits früher vereinbarten Strategien auf europäischer und nationaler Ebene (Abbildung a). Ziel der Strategie ist eine umfassende und nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Welt, auch unter regionalen und lokalen Gesichtspunkten (UN 2013, 11). Dafür wurden auf politischer Ebene insgesamt 17 Ziele (Goals) und 169 Subziele (Targets) ausgehandelt und parallel unter Beteiligung der amtlichen Statistik die Indikatoren für eine regelmäßige Fortschrittsmessung erarbeitet. Insgesamt wurden 232 solcher Indikatoren festgelegt (siehe United Nations 2017 sowie zur Unterstützung auf subnationaler Ebene UNDP), ungeachtet der bereits frühzeitig vorgebrachten Kritik an ihrer Vielzahl (siehe dazu beispielsweise The Economist 2015).

Insgesamt gibt es derzeit vier verschiedene Strategien, die für Deutschland maßgebend sind. Die 2004 von der Bundesregierung festgelegte Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ mit ursprünglich vier Themenbereichen und insgesamt 38 Indikatoren (siehe Statistisches Bundesamt 2014) wurde 2016 entsprechend den 17 Zielen der UN modifiziert. Sie wird nunmehr mit 62 Indikatoren unter dem Zusatz „Neuaufgabe“ fortgeführt (Statistisches Bundesamt 2018b) und wurde kürzlich überprüft.⁴ Auch die Bundesländer, die teilweise schon vorher eigene Nachhaltigkeitsstrategien verfolgten, ha-

ben diese an die SDG angepasst. Einen Überblick gibt die Webseite des Statistischen Bundesamts zu Nachhaltigkeitsstrategien. Ebenso haben sich zahlreiche Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister deutscher Großstädte bereit erklärt, diese Strategie zu berücksichtigen, wie auf der Webseite „Positionen zur Nachhaltigkeit“ näher erläutert wird. Im Weiteren haben die Bertelsmann Stiftung und verschiedene andere namhafte Einrichtungen gemeinschaftlich ein interaktives SDG-Dashboard für sämtliche Gemeinden Deutschlands mit mehr als 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern entwickelt.

Einen anderen Fokus hat die Regierungsstrategie „Gut leben“, die die Bundesregierung unmittelbar an den Bedürfnissen der Bevölkerung und deren Vorstellungen von einem guten Leben ausgerichtet hat (Die Bundesregierung 2016). Diese Strategie besteht aus drei Bereichen mit zwölf Zielen und wird anhand von 46 Indikatoren regelmäßig aktualisiert. Trotz aller Unterschiede zur modifizierten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gibt es Ähnlichkeiten, vor allem hinsichtlich der angestrebten Ziele und des Monitorings.

Auch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben schon frühzeitig entsprechende Strategien verabschiedet. So wurde die sogenannte Lissabon-Strategie für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts nach deren Ablauf modifiziert und seit 2010 unter der Bezeichnung „Europa 2020“ fortgesetzt (zu Einzelheiten siehe Schnorr-Bäcker 2018). Diese Strategie beinhaltet fünf Ziele für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum: Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimaschutz, Bildung und Armutsbekämpfung. Diese wurden bislang jährlich anhand von acht Indikatoren überprüft. Hinzu kommen auf europäischer Ebene in mehrjährigem Abstand umfassende Analysen auf subnationaler Ebene in Form von sogenannten Kohäsionsberichten – aktuell der 7. Kohäsionsbericht – zur Überprüfung der Wirksamkeit europäischer Förderpolitiken, besonders im Rahmen des Europäischen Kohäsions- sowie Strukturfonds. Dort wurde bislang eine Vielzahl von Maßnahmen unter Berücksichtigung von „Europa 2020“ europaweit überwiegend auf der Ebene von NUTS 2 (gemäß Verordnung (EG) 1059/2003 sowie Verordnung (EU) 2017/2391) vorgenommen; für Deutschland sind es die Regierungsbezirke und statistischen Regionen (Europäische Kommission 2017). Ungeachtet der Tatsache, dass bis Ende 2019 eine Fortführung dieser Strategie angestrebt wurde,

a | Umfassende politische Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen



Quelle: Eigene Darstellung.

³ Für die Zitierweise wird die englische Bezeichnung „United Nations“ verwendet, damit die Quellen leichter auffindbar sind.

⁴ Zu Einzelheiten siehe <https://dns-dialogfassung.github.io/>.

1 | Strukturelemente umfassender politischer Strategien für bessere Lebensbedingungen

Organisation	United Nations	Germany	European Union	OECD
	2030 Agenda for Sustainable Development	Living well – What is important to us	Europe 2020	How's life? – Measuring Progress
Determination	politically determined	based on dialogues with citizens	politically determined	scientifically based
Duration	2016–2030	since 2016	2010–2020	since 2011
Structure	17 goals and 169 targets	3 domains, 12 dimensions	3 priorities, 5 goals	3 domains, 11 dimensions
Indicators for Monitoring	232	46	8	49

Dimensions	<p>Goals 1–5: no poverty, zero hunger, good health and well-being, quality education, gender equality</p> <p>Goals 6–7: clean water and sanitation, affordable and clean energy</p> <p>Goals 8–12: decent work and economic growth, industry, innovation and infrastructure, reduced inequalities, sustainable cities and communities, responsible consumption and production</p> <p>Goals 13–15: climate action, life below water, life on land</p> <p>Goals 16–17: peace, justice and strong institutions, partnerships for the goals</p>	<p>1. Our lives: healthy life, good work, equal education, time for family and work, secure income</p> <p>2. Our surroundings: life in security and freedom, at home in urban and rural areas, standing together</p> <p>3. Our country: economy and investment, nature and environment, freedom and equality before law, global responsibility and peace</p>	<p>Smart, sustainable and inclusive growth</p> <p>employment, research and development, climate protection and sustainable energy production, education, reduced poverty</p>	<p>1. Material living conditions: income and earnings, employment and wages, housing</p> <p>2. Quality of life: health, work-life balance, education and skills, social connections, civic engagement and governance, environmental quality, personal security, subjective well-being</p> <p>3. Resources for future: well-being, natural capital, human capital, economic capital, social capital</p>
------------	---	--	--	--

Quelle: Schnorr-Bäcker 2019

wenn auch in veränderter Form (European Commission 2018) mit einer Anpassung an die SDG (siehe Europäischer Ausschuss der Regionen) und an das weltweite Klimaschutzabkommen COP21 (United Nations Climate Change sowie European Commission 2017, Chapter 2), gibt es bislang für deren Aktualisierung keine konkreten Hinweise. Ergänzend dazu werden von der EU ebenfalls Auswertungen für die SDG bereitgestellt (siehe dazu die Website von Eurostat).

Und schließlich verfolgt die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bestehend aus überwiegend führenden Industrienationen, einen eigenen, wissenschaftlich fundierten Ansatz. Dieser basiert im Wesentlichen auf den Erkenntnissen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, benannt nach den Nachnamen ihrer Mitglieder. Diese haben in ihrem Bericht eine Beschreibung aller wichtigen Determinanten für das Wohlbefinden, hier als Well-being bezeichnet, vorgelegt (Stiglitz, Sen, Fitoussi 2009). Unter den Auswirkungen der bis dahin schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurde allerdings deutlich, dass trotz zahlreicher anderer Einflussfaktoren für das Well-being eine angemessene Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere in Hinblick auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung unverzichtbar ist.

Für diesen Ansatz hat die OECD bisher in zwei-jährigem Abstand seit 2011, zuletzt Anfang 2020, entsprechende Berichte zu „How's Life? Measuring Well-being“ vorgelegt (OECD 2011 beziehungsweise OECD 2020). Der Ansatz besteht aus drei Bereichen

und elf Dimensionen mit insgesamt 49 Indikatoren für das Monitoring. Eine Ausweitung auf die subnationale regionale Ebene enthält der Bericht der OECD 2014 sowie für Deutschland die Auswertung von Schnorr-Bäcker und Bömermann 2013. Im Weiteren bietet die OECD ein interaktives Tool im Internet unter der Bezeichnung „Better Life Index“ an, das individuelle Gewichtungen der Einflussfaktoren von Wohlbefinden sowie Vergleiche auf supranationaler Ebene für 402 Regionen auf subnationaler Ebene ermöglicht. Für Deutschland basieren die Regionaleinheiten auf Aggregationen von Kreisen. Im Weiteren unterstützt die OECD durch verschiedene Maßnahmen die SDG, wie zum Beispiel Webinare für Städte und Regionen.

Einen Überblick über die Struktur dieser verschiedenen politischen Strategien zur Verbesserung des Wohlbefindens der Bevölkerung gibt Tabelle 1.⁵ Inwieweit dabei im- oder explizit den regionalen Besonderheiten Beachtung geschenkt wird, geht aus Tabelle 2 hervor. Daraus wird ersichtlich, dass es auf regionaler Ebene Übereinstimmungen gibt, insbesondere hinsichtlich der statistischen Indikatoren für das Monitoring. Weitgehend Einigkeit besteht ebenfalls über die Datenquellen: So sollen soweit wie möglich Daten aus der amtlichen Statistik verwendet werden, besonders aufgrund ihrer Objektivität und Neutralität, wissenschaftlichen Fundierung und Qualität wie auch ihrer weltweiten Vergleichbarkeit.

⁵ Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden die englischen Begriffe verwendet.

2 | Indikatoren für das Monitoring (Auswahl)

Organisation	United Nations 2030 Agenda for Sustainable Development	Germany Living well – What is important to us	European Union Europe 2020 – 7th Cohesion Report	OECD How's life? – Measuring Progress
Indicators referring to subnational levels	yes, see a selection of place based indicators 1.1. 1 Proportion of population below the international poverty line, 2.5.2 Proportion of local breads, 3.6.1 Death rate due to road traffic injuries, 5.2.2 Proportion of women ... subjected to sexual violence ... by place of occurrence, 5.4.1 Proportion of time spent on unpaid domestic and care work by sex, age and location, 6.b.1 Proportion of local administrative units with established policies ... in water sanitation management, 9.1.1 Proportion of the rural population who live within 2km of an all-season road, 11.4.1 Total expenditure (public and private) p.c. spent on preservation ... of all cultural and natural heritage ... by level of government, 11.6.1 Proportion of urban solid waste ... by cities, 11.7.2 Proportion of persons victim of physical harassment ... by place of occurrence, 11.a.1 Proportion of population living in cities ... by size of cities, 16.1.4 Proportion of population that feel safe walking around the area they live 17.19.2 Proportion of countries that (a) have conducted at least one population and housing census in the last 10 years, ...	yes, see interactive Government Report on Wellbeing in Germany • Life expectancy at birth, • Number of persons looked after by one General Practitioner (GP), • Traveltime by car to the nearest GP, • Number of persons looked after by one general specialist, • Unemployment, • Full-time child care enrolment rate for children aged under three and those aged three to six, • Persons with a general fear of crime, • Population density and change, • Actual crime, • Travel time to educational, service and cultural facilities, • Broadband access, • Membership in sports club, • Air quality, • Voter turnout, • Perceived availability to influence politics.	yes, see 7th Cohesion Report of the European Commission, here a selection out of 56 maps for each chapter: • GDP per head, Patent applications, Total expenditure on R&D, Rail accessibility during morning peak hours, Fixed broadband coverage, • Natural population growth, Net migration, Employment rate, Unemployment rate, Early school-leavers from education or training, • Electricity generated from renewable sources, Residential, industrial and commercial areas per inhabitant, Concentration of airborne particulate matter (PM10), Population flooded in case of the biggest 100-year flood, • Public sector meritocracy, Public procurement with a single bidder.	yes, see How's Life in your region? OECD, 2014 • Household disposable income, income distribution in a region (Gini-Index, quintile share ratio, regional relative poverty ... at 40%, 50% and 60% of the national median income), • Employment rate, long-term unemployment rate, unemployment rate, women's participation rate, • Number of rooms per person, • Life expectancy at birth, age adjusted mortality rate, • Educational attainment, students' cognitive skills (PISA), • Air quality (PM2.5); loss of forest and vegetation, municipal waste recycled, access to green space, • Homicide rate, car theft rate, mortality due to transport accidents, • Voter turnout • Broadband connection, average distance to closest hospital, share of population with access to public transport, unmet medical need.
Composite Indices and other indices	yes, indices are used for some goals and targets, for instance 2.a.1 Agriculture Orientation Index, 2.c.1 Indicator of food price anomalies, 12.3.1 Global food loss index, 14.1.1 Index of Coastal eutrophication, 15.4.2 Mountain Green Cover Index, 15.5.1 Red List Index.	no	yes, see 7th Cohesion Report, for instance • The Europe 2020 achievement index (EU targets), • Regional Competitiveness Index, • EU Social Progress Index, • Corruption Perception Index, • European Quality of Government Index, • Local Autonomy Index.	yes, see Better Life Index.

Regionale Besonderheiten des Wohlbefindens im Stadt-Land-Vergleich

Zusammenfassend gehören zu den elementaren Bedürfnissen eines Menschen für ein gutes Leben eine ausreichende Ernährung, eine sichere Unterkunft sowie die Unversehrtheit von Leib und Eigentum (siehe Abbildung b). Hinzu kommen Faktoren wie eine abgeschlossene schulische und berufliche Ausbildung als wichtige Voraussetzungen für eine qualifizierte Erwerbstätigkeit und damit ein ausreichendes (Erwerbs-)Einkommen. Unter sozialen Aspekten sind Zusammenhalt, Inklusion und Integration wichtig. Eine qualitativ hochwertige Umwelt, vor allem in Bezug auf Luft, Wasser, Lärm, der Schutz von natürlichen Ressourcen jeglicher Form mit angemessenen Lebensräumen für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ein angenehmes Klima sind nicht nur für die gegenwärtig lebende, sondern mehr noch für zukünftige Generationen notwendig. Und, wie neu-

ere Studien zum Beispiel von Acemoglu und Robinson 2015 oder McAfee 2020, Kapitel 9 zeigen, tragen eine gute Staatsführung, ein zuverlässiges Rechtssystem, effektive öffentliche Verwaltungen sowie eine angemessene Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in politischen Prozessen ebenfalls zum Wohlbefinden des Einzelnen bei.

b | Dimensionen des Wohlbefindens



Quelle: Eigene Darstellung

Wie wichtig diese einzelnen Aspekte sind, die in der Wissenschaft teilweise vor langer Zeit – besonders von Adam Smith bereits im 18. Jahrhundert, Abraham H. Maslow 1943 oder Daniel Kahnemann 2011 – als Bestimmungsfaktoren des Wohlbefindens beschrieben wurden, zeigen die Maßnahmen und Diskussionen in der aktuellen Krise. Auch wenn es kollektiv ein gewisses Einvernehmen über Determinanten des Wohlbefindens gibt, ist zu berücksichtigen, dass die individuellen Präferenzen teilweise räumlich determiniert sind und im Allgemeinen mit einer subjektiven Bewertung einhergehen. Diese müssen im Zeitablauf weder stabil sein noch den objektiven Gegebenheiten entsprechen. Für politische Planungen und Entscheidungen besonders zur Verbesserung der Lebensbedingungen ist es deshalb wichtig, dass die objektive Situation und deren subjektive Beurteilung möglichst im Einklang stehen. Während in der Vergangenheit bislang das Wohlbefinden ausgewählter, in irgendeiner Form benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Vordergrund stand, kann – wie die aktuellen Erfahrungen zeigen – in Krisenzeiten jede Bürgerin und jeder Bürger davon betroffen sein.

Auch wenn auf Makroebene, also gesamtgesellschaftlich, teilweise dieselben Aspekte wie auf Mikroebene von Bedeutung sind, können in regionaler und lokaler Hinsicht Unterschiede in ihrer Wertschätzung bestehen. Gerade im Stadt-Land-Vergleich gibt es verschiedene Aspekte des Wohlbefindens, die von der dort lebenden oder arbeitenden Bevölkerung unterschiedlich bewertet werden.

Unter regionalen Gesichtspunkten werden in Wissenschaft und Praxis vor allem die folgenden Aspekte diskutiert (siehe zum Beispiel OECD 2014, Schnorr-Bäcker 1984): Großstädte beziehungsweise verstädterte Regionen zeichnen sich häufig dadurch aus, dass dort viele Menschen auf relativ engem Raum leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Besonders geschätzt werden Großstädte wegen ihres großen und vielfältigen Angebots an Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Verdienstmöglichkeiten. Auch gibt es dort verschiedene Möglichkeiten zur Aus- und Fortbildung, was besonders für junge Menschen von Bedeutung ist. Das breite

Angebot an Waren und Dienstleistungen im weitesten Sinn, also einschließlich Gesundheitsbereich und öffentlicher Verwaltung, machen eine Stadt attraktiv. Und schließlich gibt es dort häufig ein breites Spektrum an kulturellen und sportlichen Einrichtungen und Veranstaltungen, die eine hohe Anziehungskraft nicht nur auf ihre Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch auf Personen aus näher und weiter entfernten Gebieten ausüben.

Aufgrund der hohen Siedlungsdichte in Großstädten und ihrer anhaltenden hohen Anziehungskraft ist angemessener und bezahlbarer Wohnraum meist knapp und teuer. Hinzu kommt, dass das hohe Verkehrsaufkommen durch den Individual- wie auch den gewerblichen Verkehr in Großstädten häufig zu Verkehrsüberlastungen und -staus führt. Laut dem Verkehrsinformationsanbieter INRIX verbrachten Autofahrerinnen und Autofahrer in deutschen Großstädten 2019 überdurchschnittlich viele Stunden im Stau. Für die Stadt München etwa, die bei dieser Studie an der Spitze liegt, waren es 87 Stunden und damit nahezu das Doppelte vom Bundesdurchschnitt mit 45 Stunden. An zweiter und dritter Stelle folgten Berlin und Düsseldorf mit 66 beziehungsweise 50 Stau-Stunden (siehe INRIX 2020).

Mit dem hohen Verkehrsaufkommen wie auch dem Energieverbrauch für das Heizen und Kühlen von Wohnungen und Geschäftsräumen mit traditionellen Energieträgern gehen Beeinträchtigungen der Qualität der natürlichen Umwelt, insbesondere in Form von Lärm sowie Schadstoffeinträgen in Luft und Wasser, einher. Darüber hinaus kann das Mikroklima durch die Bebauung beziehungsweise anderweitige Versiegelung von Freiflächen die natürlichen klimatischen Bedingungen besonders im Sommer noch verstärken, wie zum Beispiel der Klimaplanatlas für die Stadt Frankfurt/Main zeigt.

Im Gegensatz dazu bieten ländliche Regionen eine höhere Lebensqualität im Hinblick auf die Wohnsituation sowie die natürliche Umwelt. Dort stehen in der Regel geräumigere Wohnungen – häufig mit größeren Freiflächen – zu einem niedrigeren Preis zur Verfügung. Die Qualität der natürlichen Umwelt sowie die mikroklimatischen Bedingungen – und damit auch die Erholungsmöglichkeiten in der freien Natur – sind meist besser als in einer Großstadt. Allerdings ist das Arbeitsplatzangebot im ländlichen Raum sowohl quantitativ als auch qualitativ in Hinblick auf Qualifikationen und Verdienstmöglichkeiten häufig eingeschränkt. Im Weiteren ist das Angebot an Waren und Dienstleistungen oft lediglich auf den Grundbedarf ausgerichtet. Hinzu kommt, dass für die Teilnahme an kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen wie auch für zahlreiche andere Aktivitäten in den verschiedenen Lebensbereichen Arbeit und Ausbildung, Daseinsvorsorge und Freizeit eine gewisse Mobilität sowohl notwendig als auch in der Regel mit einem höheren Aufwand an Zeit und Kosten für die in ländlichen Gebieten lebende Bevölkerung verbunden ist.

Die oben genannten Vorteile von Großstädten beziehungsweise verstädterten Regionen können als Nachteile des ländlichen Raumes gewertet werden beziehungsweise vice versa, wie in Abbildung c schematisch dargestellt.

c | Regionale Besonderheiten des Wohlbefindens für verstädterte und ländliche Gebiete

Dimension	Ausprägung	Großstadt/verstädterte Region	Ländliches Gebiet
		hoch	niedrig
Nachfrage nach Wohnungen		hoch	niedrig
Ausbildung & Beschäftigung		hoch	niedrig
Angebot an Gütern & Dienstleistungen		hoch	niedrig
Verkehr & Transport		hoch	niedrig
Belastungen von Umwelt & Klima		hoch	niedrig

Quelle: Eigene Darstellung

Ob und inwieweit die zunehmende Digitalisierung in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu einer Verbesserung und damit eher ausgewogenen Beziehung zwischen Stadt und Land beiträgt, wird seit Beginn des Internets diskutiert. Neue Geschäftsmodelle, veränderte Prioritäten und eine höhere Flexibilität bezüglich der Arbeitsbedingungen erlauben eine gewisse Trennung von Raum und Zeit. Gerade die einschneidenden hoheitlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie haben einen Digitalisierungsschub ausgelöst und zu einem schnellen und grundlegenden Wandel in nahezu allen Lebensbereichen geführt. Inwieweit die Lockdowns in Deutschland im Frühjahr und seit Spätherbst 2020 mit ihren weitreichenden Betriebsschließungen und der Verpflichtung – soweit möglich –, sämtliche Aktivitäten von zu Hause auszuüben sowie die sozialen Kontakte auf ein Minimum zu beschränken auch dauerhaft zu veränderten Präferenzen und damit zu Verhaltensänderungen führen, ist derzeit kaum absehbar.

Ausgewählte Beispiele

Die im dritten Abschnitt genannten Aspekte werden im Folgenden anhand von ausgewählten Indikatoren, die in zumindest ähnlicher Form für das Monitoring von ganzheitlichen Strategien zur Verbesserung des Wohlbefindens zur Anwendung kommen – wie in Tabelle 2 angegeben – näher betrachtet. Verwendet werden vor allem die aktuellen, derzeit verfügbaren Datenangebote, die bundeseinheitlich von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bereitgestellt werden. Zur Unterscheidung nach Stadt und Land werden für die regionalen Einheiten Kreise (NUTS 3) gewählt, also die kreisfreien

Städte und die Landkreise in Deutschland. Unterschiedliche Zeitbezüge erscheinen hinnehmbar, da es sich bei den Indikatoren in der Regel um Strukturindikatoren handelt, für die Änderungen nur langsam und häufig erst bei Betrachtung eines längeren Zeitraums beobachtbar sind. Auch wenn derzeit noch unklar ist, welche Veränderungen die aktuelle Pandemie langfristig mit sich bringt, soll – soweit erkennbar – kurz auf aktuelle Tendenzen hingewiesen werden.

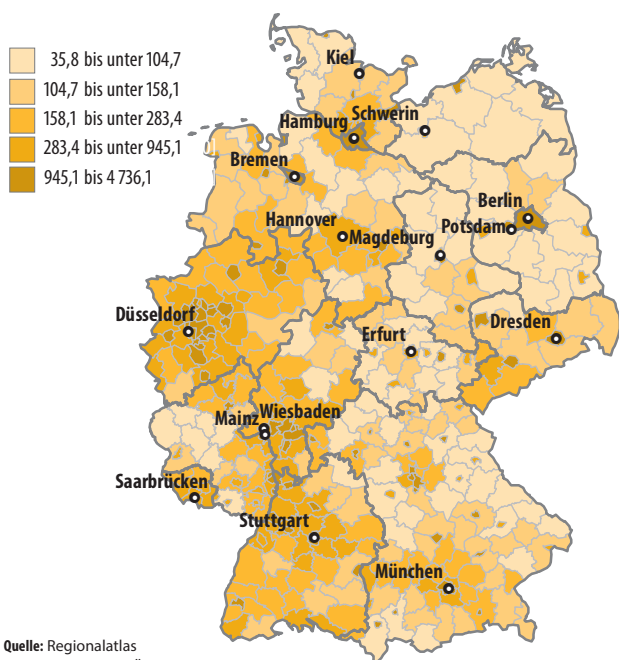
Bevölkerung und Wirtschaftswachstum

Zur Beschreibung der allgemeinen Lage werden zunächst einige Informationen zur räumlichen Verteilung der Bevölkerung und zum Wirtschaftswachstum gegeben. Die Bevölkerungsdichte, das ist die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer, wird häufig für eine regionale Typisierung genutzt (zu Einzelheiten siehe Schnorr-Bäcker 2016b, 3.1). Für die wirtschaftliche Leistung beziehungsweise das Wirtschaftswachstum wird üblicherweise das Bruttoinlandsprodukt, hier je Einwohnerin/Einwohner, als wichtiger Erfolgsfaktor auch kleinräumig verwendet.

Aus Abbildung d geht hervor, dass vor allem der Westen Deutschlands mit 945,1 bis 4 736,1 Einwohnerinnen und Einwohnern je km² relativ dicht besiedelt ist. Die Besiedlung folgt im Wesentlichen dem Verlauf des Rheins und damit alten Handelswegen seit der Römerzeit. Im Südosten gehören die Region um München sowie im Nordosten Berlin und sein Umland dazu.

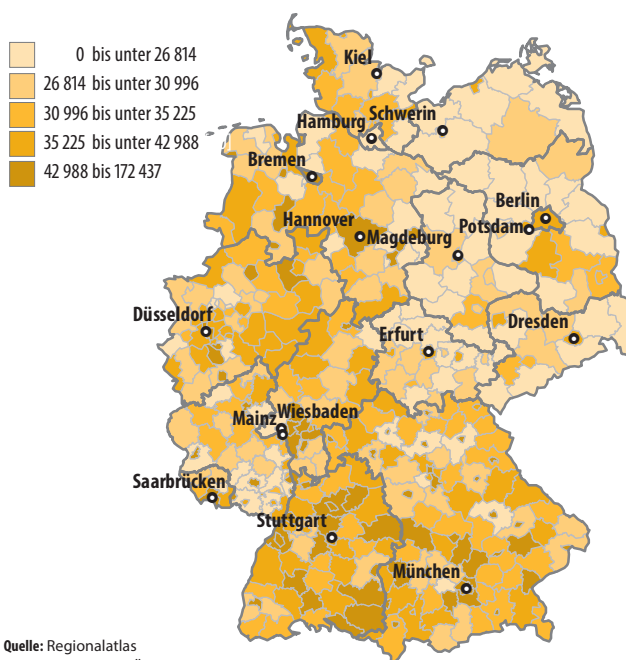
Ähnlich verhält es sich mit dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin/Einwohner (Abbildung e). Im Jahr 2017 liegen diese Werte zwischen unter

d | Bevölkerungsdichte 2018 (Einwohner je km²) in Deutschland auf Kreisebene



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

e | Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Deutschland auf Kreisebene in EUR



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

26 814 EUR und 172 437 EUR je Einwohnerin/Einwohner. Die höheren Werte konzentrieren sich häufig auf Großstädte, oftmals die jeweilige Landeshauptstadt. Außerdem sind die Werte in Regionen mit hoher Siedlungsdichte meist signifikant höher als in geringer besiedelten Gebieten. Dies gilt vor allem für Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, Baden-Württemberg im Südwesten, Bayern im Südosten sowie Berlin im Nordosten.

Die Covid-19-Pandemie führt zu einem deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. So prognostiziert der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (SVR) in seinem Jahresgutachten für 2020/2021 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5,1 % für 2020 gegenüber dem Vorjahr und für 2021 einen Rückgang um 3,7 % (siehe SVR 2020). Welche Konsequenzen dies für die verschiedenen Regionen in Deutschland, insbesondere die kreisfreien Städte und Landkreise, haben wird, bleibt abzuwarten. Es ist aber – ähnlich wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 mit dem bis dahin größten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 5,6 % (siehe Statistisches Bundesamt 2020c, Tabelle 1.1) – davon auszugehen, dass die verschiedenen regionalen Einheiten unterschiedlich betroffen sein werden. Während dies in der Krise 2008/2009 vor allem die Industriezentren waren (siehe Schnorr-Bäcker 2016a, Folie 9), ist zu vermuten, dass dieses Mal die Großstädte von den Betriebsunterbrechungen vor allem in den Wirtschaftszweigen Handel und Gastgewerbe sowie Verkehr, Tourismus und Kultur besonders betroffen sein werden.

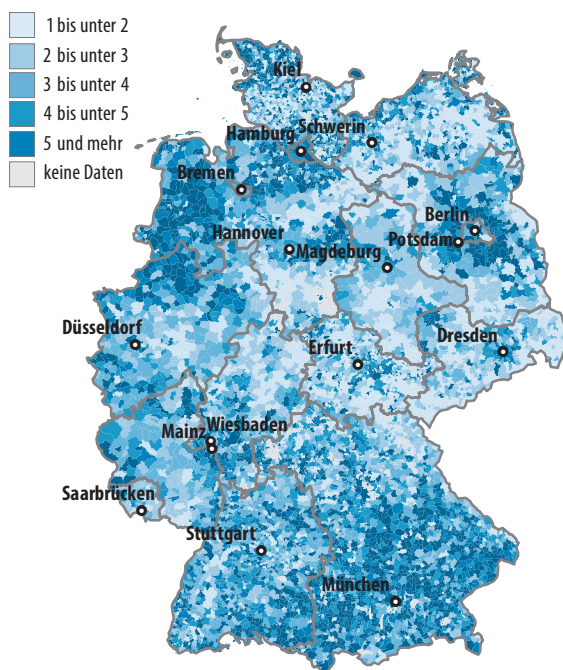
Wohnungsangebot und zukünftige Preisentwicklung

Ein angemessenes Wohnungsangebot ist eine große Herausforderung für Großstädte. Grundstücke sind rar und teuer, und der Wohnraum ist knapp. Eine Ausweitung des Angebots erfordert hohe Investitionen von privaten oder öffentlichen Investoren und ist in der Regel mit langwierigen Planungsprozessen verbunden.

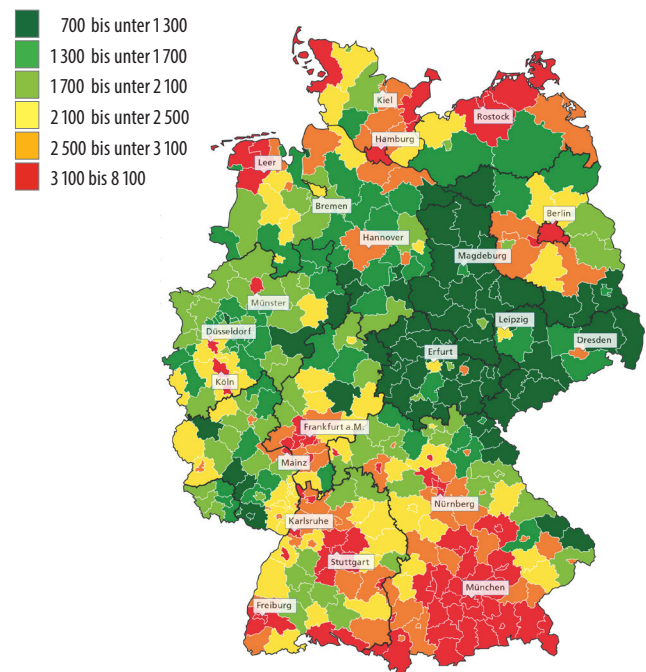
Für 2018 zeigt Abbildung f, dass überwiegend im ländlichen Raum relativ mehr Wohnraum fertiggestellt wurde als in Großstädten. Mit fünf und mehr Wohnungen je 1 000 Einwohnerinnen/Einwohner, der höchsten Fertigstellungsdichte, waren 2018 besonders die Regionen um Berlin im Osten, im Nordwesten im Grenzbereich zu den Niederlanden sowie zahlreiche Regionen Bayerns führend. Aus der Karte geht ebenso hervor, dass 2018 in Großstädten wie Hamburg, München oder Stuttgart eine große Anzahl von Wohneinheiten je 1 000 Einwohnerinnen/Einwohner fertiggestellt wurde. Informationen zur aktuellen und zukünftigen Entwicklung der realen Preise enthält der Postbank Wohnatlas (Abbildungen g und h). Danach waren 2019 die Preise pro Quadratmeter für Wohneigentum vor allem in München mit 8 079 EUR/m², gefolgt von Frankfurt/Main mit 5 687 EUR/m² am höchsten. Ähnliche Ergebnisse zeigt Papon in ihrem Bericht zu einer Wohnungsmarktanalyse des Immobiliendienstleisters McMakler für die ersten drei Quartale 2020.

Im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen wird prognostiziert (Abbildung h), dass in nahe-

f | Fertiggestellte Wohnungen je 1 000 Einwohner 2018 in Deutschland auf Gemeindeebene



g | Reale Kaufpreise von Wohneigentum 2019 in Deutschland auf Kreisebene je m² in EUR



Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Visualisiert/Gemeindekarte.html>, abgerufen am 26. Oktober 2020

Quelle: obs/Postbank

zu allen betrachteten Hauptstädten und anderen Großstädten eines jeweiligen Bundeslandes die Preise steigen werden. Dies gilt gleichermaßen für eher ländlich geprägte Regionen im Westen entlang der Grenzen zu Nachbarländern sowie südlich von Köln entlang des Rheins. Auch für die Gebiete an den südlichen Grenzen Deutschlands werden Preissteigerungen erwartet. Im Osten waren das vor allem Gebiete in Berlin und Brandenburg. Auffallend ist, dass für Rostock, die größte Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, ein starker Preisverfall bis 2030 erwartet wird, obwohl es keinen signifikanten Anstieg beim fertiggestellten Wohnraum – zumindest für 2018 – gab, und für die Preise pro Quadratmeter von Wohneigentum 2019 Spitzenwerte ausgewiesen wurden. Als wesentliche Gründe für den Preisverfall, vor allem in ostdeutschen Großstädten, werden die alternde Bevölkerung sowie eine unterschiedliche Infrastrukturausstattung genannt (siehe Papon 2020).

Die Covid-19-Pandemie wird teilweise sogar als Beschleuniger für die Preisentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt angesehen, auch in ländlichen Regionen, aufgrund der Erfahrungen eines intensiven Zusammenlebens in Mehrpersonenhaushalten, besonders während des ersten Lockdowns mit einer Schließung sämtlicher Ausbildungsstätten und Kindergärten sowie einer mehr oder weniger erzwungen beziehungsweise empfohlenen Ausübung von beruflichen Tätigkeiten von zuhause (Homeoffice), wo immer möglich. Hinzu kommen die günstigen Konditionen an den Finanzmärkten, insbeson-

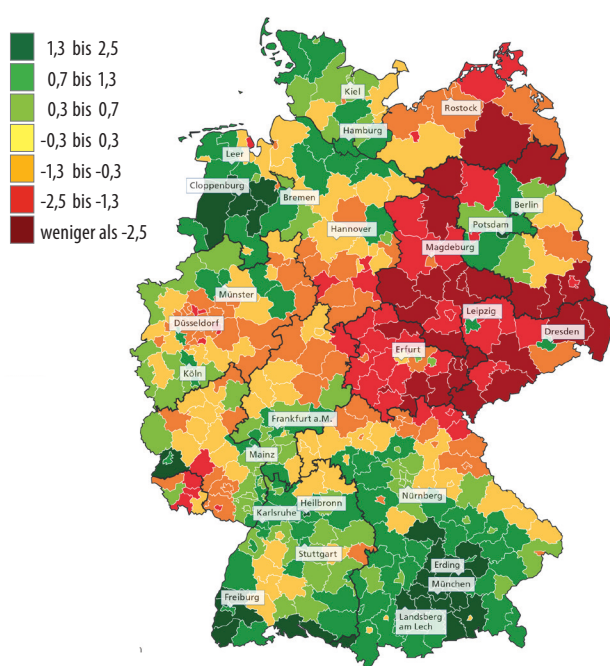
dere ein niedriges Zinsniveau sowohl für Kredite als auch der Mangel an attraktiven alternativen Kapitalanlagen. So weist auch das Institut der Deutschen Wirtschaft – zitiert nach Scherff 2020 – in seinen Studien zu Immobilienpreisen für Wohneigentum für 2020 steigende Preise aus.

Beschäftigung und Ausbildung

Eine formale Schul- sowie eine berufliche Ausbildung sind elementar für eine qualifizierte Erwerbstätigkeit mit einem angemessenen Einkommen. Umgekehrt geht eine unzureichende schulische Bildung, vor allem ein fehlender Hauptschulabschluss, regional oftmals einher mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit (Abbildungen i und j). Im Jahr 2019 war die Jugendarbeitslosigkeit, also die von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren, im ländlichen Raum besonders hoch: Am höchsten war sie mit etwa 6,4 % bis 13,2 % in den östlichen und nordöstlichen Gebieten Deutschlands. Am niedrigsten hingegen war sie mit weniger als 3,6 % in den südlichen Bundesländern.

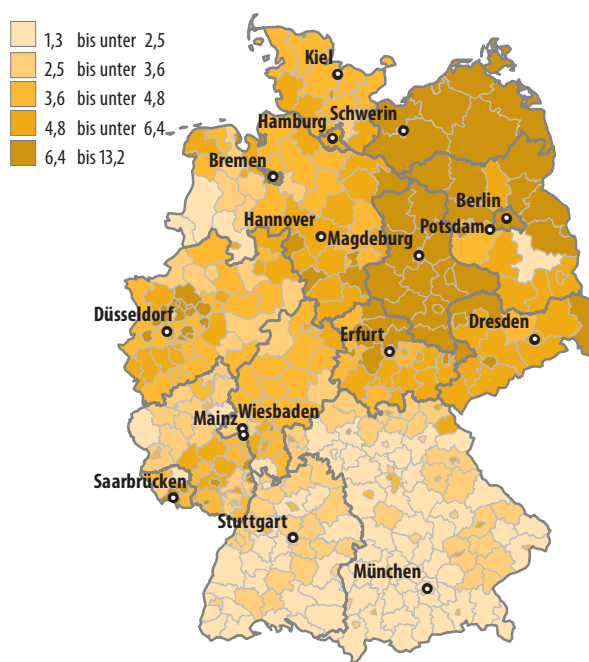
Werden die Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit 2019 mit der Anzahl von Schulabbrecherinnen und -abbrechern (Abbildung j) für 2018 verglichen, so gibt es Ähnlichkeiten im Nordosten mit Ausnahme von Berlin und Teilen Brandenburgs. Dort war auch die Quote der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss mit 8,7 % bis 16,0 % am höchsten. In anderen Bundesländern gibt es ebenfalls Kreise mit einer hohen Schulabbrecherquote. Eine regionale Übereinstimmung mit

h | Prognostiziertes inflationsbereinigtes Preiswachstum 2019 bis 2030 in Deutschland auf Kreisebene pro Jahr in %



Quelle: obs/Postbank

i | Arbeitslosenquote 2019 in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahren in Deutschland auf Kreisebene in %



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Jugendarbeitslosigkeit besteht dort aber höchstens bedingt. Selbst für einige Kreise in Baden-Württemberg und Bayern mit einem höheren Anteil an Schulabbrecherinnen und -abbrechern (auch in der höchsten Klasse mit 8,7% bis 16%) betrug die Jugendarbeitslosigkeit nahezu ausnahmslos weniger als 3,6%.

Möglicherweise sind diese Entwicklungen bereits auf eine stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf Dienstleistungen zurückzuführen. Gerade industrie-nahe Dienstleistungen im Zuge einer zunehmenden Digitalisierung machen es zunehmend möglich, dass diese nicht zwingend am Produktionsstandort erbracht werden müssen. Dass dies in zahlreichen Wirtschafts- und Berufszweigen möglich ist, zeigt die aktuelle Situation. Ein anderer Effekt der gegenwärtigen Pandemie könnte sein, dass systemrelevante Berufe wie Krankenpflegerin/Krankenpfleger derzeit eine Aufwertung erfahren und für junge Leute attraktiv werden, vor allem vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft. Denkbar wäre, dass sich Chancen für junge Leute auch ohne Hauptschulabschluss auftun und damit eine gewisse Abkoppelung vom Arbeitsmarkt bieten.

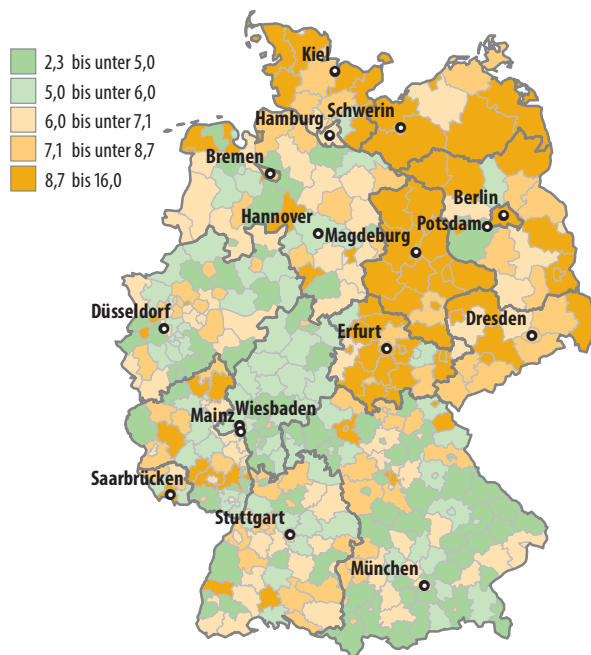
Welche Auswirkungen die Veränderungen durch die Covid-19-Pandemie, insbesondere die Schulschließungen sowie Homeschooling, auf die schulischen Leistungen beziehungsweise die Schulerfolge von Schülerinnen und Schülern mit ungünstigen häuslichen Lernbedingungen und auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt haben werden, sollte sorgfältig beobachtet werden.

Versorgung mit Hausärzten und öffentlichen Dienstleistungen

Die Versorgung mit Leistungen aus dem Gesundheits- und Fitnessbereich ist ein wichtiger Aspekt für die Lebensqualität. Für die Allgemeinversorgung sind Hausärztinnen und -ärzte unerlässlich, vor allem in ländlichen Gebieten mit relativ weniger spezialisierten Ärztinnen und Ärzten oder Krankenhäusern. In Abbildung k ist die Versorgung mit Hausärztinnen und -ärzten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner für das Jahr 2017 dargestellt. Danach waren in weiten Teilen, auch im ländlichen Raum, mehr als 65 Hausärztinnen und -ärzte, in einigen Teilen sogar mehr als 75 Hausärztinnen und -ärzte je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner – also die Gebiete in dunklerem Blau – ansässig. In verdichteten Gebieten hingegen, besonders im Nord- und im Südwesten sowie in einigen Teilen Niedersachsens und Bayerns gab es größere zusammenhängende Gebiete mit weniger als 60 Hausärztinnen und -ärzten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies gilt auch für einige eher ländlich geprägte Gebiete, die allerdings letztlich dispers verteilt sind. Ein anderes Bild würde sich vermutlich zumindest für Großstädte ergeben, wenn die Gesamtzahl frei praktizierender Ärztinnen und Ärzte aller Fachrichtungen betrachtet werden würde, die eher auf verdichtete Regionen konzentriert sein dürften. Welche Gründe tatsächlich für die regionale Verteilung in Abbildung k maßgeblich sind, müssen weiterführende Analysen zeigen.

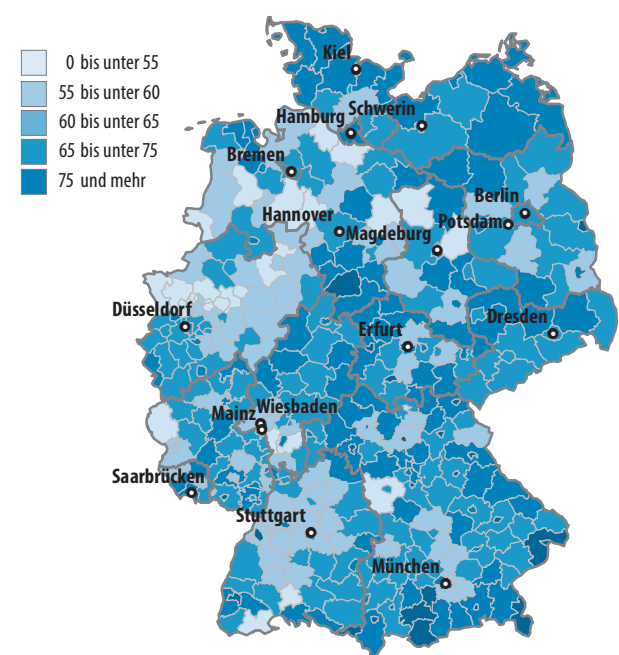
Die Zufriedenheit mit der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ist eine weitere Determinante des Wohlbefindens. Dazu hat das Statistische

j | Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2018 in Deutschland auf Kreisebene in %



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

k | Versorgung mit Hausärzten je 100 000 Einwohner 2017 in Deutschland auf Kreisebene



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Bundesamt 2017 eine Erhebung durchgeführt und die Ergebnisse teilweise regional klassiert. In Abbildung l sind beispielsweise die Ergebnisse für Personen dargestellt, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden und in den Ruhestand wechseln und dafür mit Behörden in Kontakt treten müssen, zum Beispiel beim Amt für Soziales Sozialleistungen beantragen, sich bei der Krankenkasse zur Krankenversicherung für Rentner anmelden, bei der Rentenversicherung Anträge auf Regelaltersrente stellen, eine Kontoklärung abgeben oder Hinzuverdienste melden müssen (Statistisches Bundesamt 2018a, 80). Die Zufriedenheit dieser Personengruppe mit den notwendigen administrativen Anforderungen, die zwischen -2 für „sehr unzufrieden“ und +2 für „sehr zufrieden“ liegen können, ist für den ausgewählten Personenkreis in den verschiedenen betrachteten Gebietstypen unterschiedlich. Im konkreten Fall reichen die Zufriedenheitswerte von 0,99 für dünn besiedelte ländliche Kreise bis hin zu 1,20 für städtische Kreise und ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen. Für kreisfreie Großstädte hingegen liegt dieser Wert bei

1,15. Das heißt, dass hier die Betroffenen etwas weniger zufrieden waren als in kleineren Städten.⁶

Durch die aktuelle Covid-19-Pandemie hat sich die Digitalisierung in allen Lebensbereichen beschleunigt, unter anderem im Gesundheitswesen und auch im Bereich öffentlicher Dienstleistungen – und das sowohl für die Anbieter solcher Leistungen als auch für die Bürgerinnen und Bürger, die derartige Leistungen in Anspruch nehmen. Es ist davon auszugehen, dass in diesen Bereichen die Digitalisierung weiter fortschreitet. Damit dürften, wie 2020 postuliert, Verbesserungen für den Einzelnen auch in der medizinischen Versorgung einhergehen.

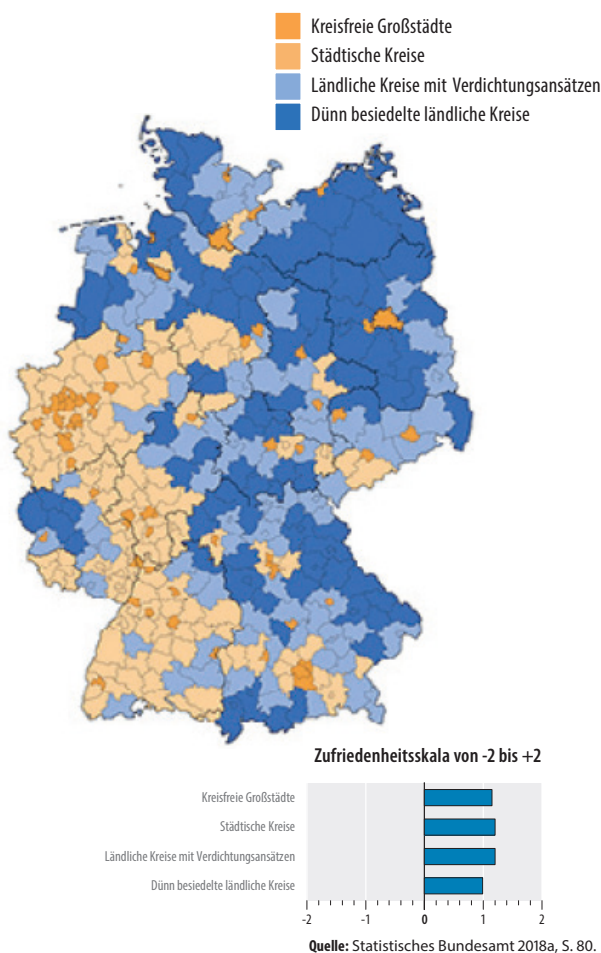
Privatbesitz von Pkw und Straßenverkehrsunfälle

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für verschiedene Aktivitäten; zum Beispiel, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, einzukaufen, Freunde zu treffen und ähnliches mehr. Ein eigener Pkw macht den Einzelnen unabhängig von Abfahrtszeiten und Haltestellen, verursacht allerdings auch hohe Kosten für Besitz und Nutzung und hat häufig ungenutzte Zeiten, sei es, dass der eigene Pkw in der Garage oder auf einem Parkplatz steht.

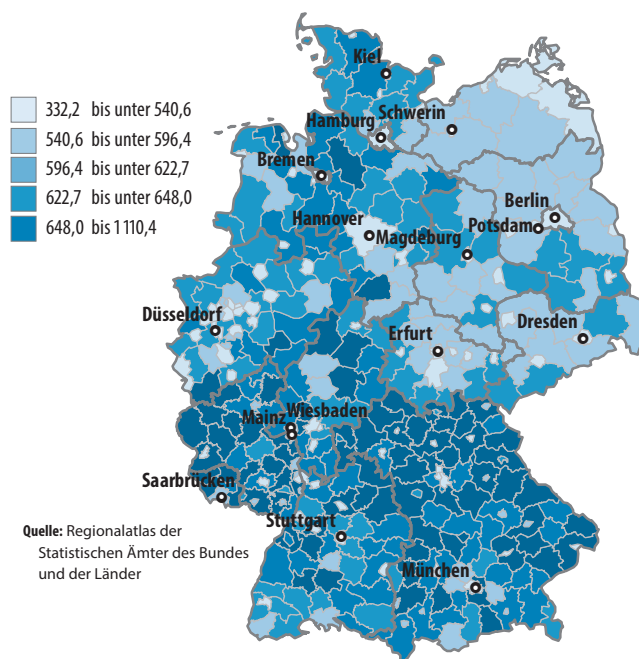
Der Anteil von privaten Pkw je 1000 Einwohnerinnen/Einwohner ist ein Indikator, der anzeigt, wie wichtig dieser im Hinblick auf die räumliche Dimension ist.

Ergebnisse aus der Bundesstatistik zeigen für 2019 (Abbildung m), dass in Großstädten wie zum Beispiel Berlin oder Hamburg lediglich 332 bis 540 private Pkw auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen. In ländlichen Gebieten ist dies anders. Während im Süden Deutschlands größtenteils auf jede

l | Zufriedenheit von Bürgern mit behördlichen Dienstleistungen zum Eintritt in den Ruhestand 2017 in Deutschland nach Raumstruktur



m | Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner am 1.1.2019 in Deutschland auf Kreisebene



6 Zu neueren Ergebnissen (Stand: Juli 2020) siehe https://www.amtlich-einfach.de/DE/The-menBuerger/ArbeitBildung/Ruhestand/Ruhestand_node.html; allerdings mit geänderter Methodik und ohne kartografische Darstellung.

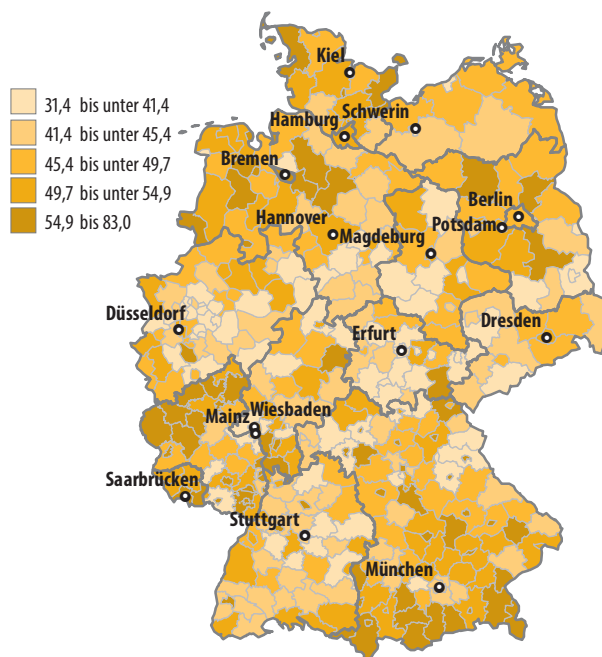
Einwohnerin/jeden Einwohner statistisch mindestens ein Pkw entfällt (1 110 Autos je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner), sind diese Werte im Norden und Osten Deutschlands deutlich geringer. Für die nordöstlichen Bundesländer lagen diese Werte 2019 zwischen 332 und 622 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, für die nordwestlichen Gebiete waren diese im Mittel etwas höher mit Höchstwerten bis zu 647 Pkw.

Anzahl und Ausmaß von Straßenverkehrsunfällen sind Aspekte, die in allen umfassenden politischen Strategien zur Verbesserung der Lebensverhältnisse berücksichtigt werden. Es sind Indikatoren im Hinblick auf die persönliche Gesundheit und Sicherheit. Dabei gibt es, wie der Regionalatlas zeigt, keine eindeutigen Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen (Abbildung n). Am geringsten waren diese Werte mit unter 33 Unfällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner für die kreisfreie Stadt Suhl (31,4), den Landkreise Fürth (31,7) sowie den Ennepe-Ruhr-Kreis und die kreisfreie Stadt Rostock mit jeweils 32,5 Unfällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Ähnlich dispers sind auch die Maximalwerte verteilt (kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz: 83,0; Memmingen: 79,3; kreisfreie Stadt Speyer: 77,8). In den meisten Landeshauptstädten hingegen waren 2018 die Straßenverkehrsunfälle in Bezug auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner sehr niedrig mit 31 bis 41 Unfällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner, wie beispielsweise in Erfurt (39,6) oder Schwerin (40,0). Auch in anderen Großstädten wie München (44,2), Stuttgart (45,3), Mainz (45,4) und Berlin (46,6) lagen die Spitzenwerte 2018 unter 50 Unfällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Pandemiebedingt dürfte der Verkehr mit Individualverkehrsmitteln im ersten Halbjahr 2020 aufgrund des Lockdowns deutlich zurückgegangen sein. Zur Orientierung seien hier die aktuellen Angaben aus der Bundesstatistik für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, einem wichtigen Verkehrsträger besonders in Großstädten, angeführt. Danach verzeichneten öffentliche Verkehrsmittel (Statistisches Bundesamt 2020b, Pressemitteilung 424), die 99 % des Linienverkehrs ausmachen, im ersten Halbjahr 2020 – nach vorläufigen Angaben – einen Rückgang von mehr als 20 %. Im Fernverkehr, der Einpendler aus weiter entfernt gelegenen Orten in Großstädte bringt, betrug der Rückgang sogar nahezu 50 %. Innerhalb dieser Bandbreite dürfte ebenfalls der Rückgang im Individualverkehr liegen, selbst wenn das Infektionsrisiko für Covid-19 als Begründung für einen Verzicht auf öffentliche Verkehrsmittel vernachlässigt werden würde.

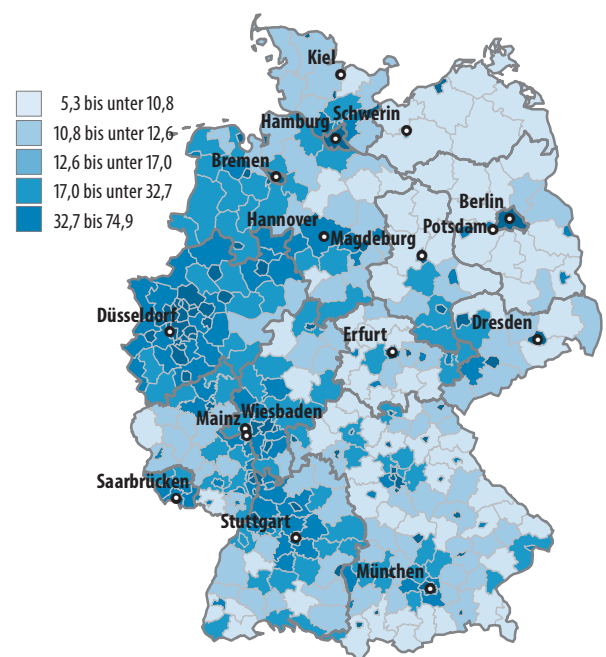
Aufgrund des Rückgangs im Individualverkehr kam es im ersten Halbjahr 2020 zu entsprechend weniger Straßenverkehrsunfällen. Unter Verweis auf die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes werden in einer Meldung von DEKRA 2020 für das erste Halbjahr 2020 regionale Schwerpunkte insbesondere zu Straßenverkehrsunfällen mit Todesfolge bezogen auf eine Mill. Einwohnerinnen und Einwohner genannt: Während im Bundesdurchschnitt 15 Personen bei einem Verkehrsunfall starben, war das Risiko, bei einem Verkehrsunfall tödlich zu verunglücken, in Brandenburg mit 27 Verkehrstoten am höchsten, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 24 und Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit jeweils 22 Verkehrstoten je 1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner. In Ham-

n | Straßenverkehrsunfälle je 10 000 Einwohner 2018 in Deutschland auf Kreisebene



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

o | Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche 2018 in Deutschland auf Kreisebene in %



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

burg und Berlin hingegen waren diese Werte mit 4 beziehungsweise 8 Verkehrstoten je 1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner am niedrigsten. Ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt lagen die Angaben für die Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen und Saarland mit jeweils 11 sowie Baden-Württemberg mit 13 und Hessen mit 14 bei einem Straßenverkehrsunfall getöteten Personen je 1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner.

Es ist vorstellbar, dass sich ein geringeres Verkehrsaufkommen und damit auch weniger Verkehrsunfälle auf einem niedrigeren Niveau langfristig einpendeln. Denn die aktuelle Pandemie hat gezeigt, dass sich zahlreiche berufliche Tätigkeiten in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft bei einer entsprechenden digitalen Infrastruktur auch von zu Hause ausführen lassen.

Landverbrauch und privates Abfallaufkommen

Land wird für Siedlungen, Industriegebiete und Infrastrukturangebote, zum Beispiel Verkehrsflächen, benötigt. Die Versiegelung von Freiflächen beziehungsweise die Ausweisung neuer Wohn-, Gewerbe- oder Verkehrsflächen geht allerdings in der Regel zulasten von Naturräumen, die nicht nur für den Menschen, sondern für alle Lebewesen und das Klima von großem Nutzen sind. Deshalb findet der Indikator „Landverbrauch“ in zahlreichen, umfassenden politischen Strategien Anwendung, um deutlich zu machen, wie Eingriffe der heutigen Gesellschaft die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen beeinflussen.

Wie Abbildung o veranschaulicht, war 2018 in den meisten Großstädten und verstädterten Regionen eine Fläche von nahezu einem Viertel bis hin zu drei Fünfteln der Gesamtfläche versiegelt. In ländlichen Gebieten hingegen, vor allem im Süd- und besonders im Nordosten, sind diese Anteile mit weniger als 10,8 % deutlich geringer. Auch wenn derzeit verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation und einem umweltgerechten Städtebau, beispielsweise eine Nachverdichtung von bestehenden Gebäuden oder die Begrünung von Fassaden oder Dächern, diskutiert werden, bleibt offen, welche Effekte davon langfristig ausgehen.

Ein anderer wichtiger Gesichtspunkt ist das Aufkommen an Haushaltsabfällen, das in Großstädten aufgrund der Vielzahl der dort lebenden und arbeitenden Personen relativ höher sein dürfte als in ländlichen Regionen. Wegen der breiten Einfallsklassen, besonders den Extremwerten in den Randklassen in Abbildung p, wurden für die nachfolgende Diskussion die exakten Werte je Einwohnerin/Einwohner für die kreisfreien Städte und Landkreise aus dem Regionalatlas gewählt. So lag das Abfallaufkommen je Einwohnerin/Einwohner 2018 zwischen 251,2 kg im

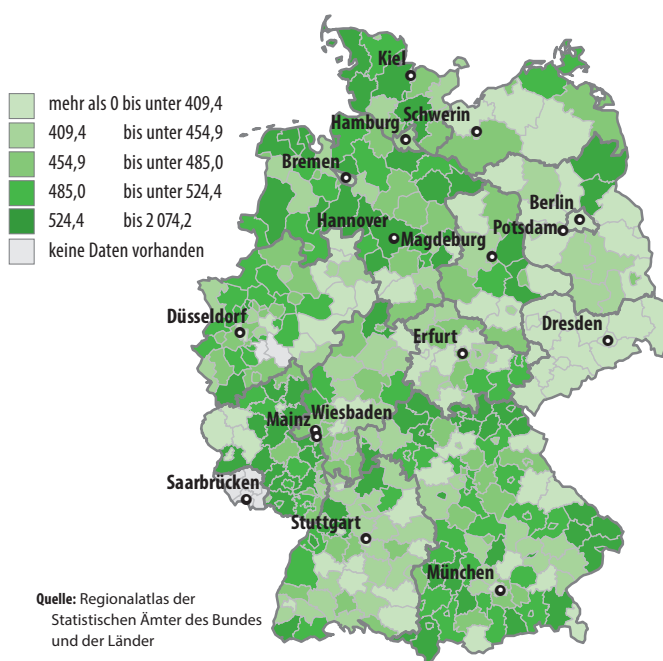
Landkreis Mittelsachsen und 756,2 kg im Stadtkreis Baden-Baden.⁷ Relativ am geringsten war das Abfallaufkommen im Osten Deutschlands mit Werten von weniger als 409,4 kg je Einwohnerin/Einwohner. Für Großstädte waren die Werte teils niedriger, teils höher. Insgesamt bewegten sie sich in einem Bereich zwischen 316,3 kg für Dresden und 528,9 kg für die Region Hannover. Hohe Werte waren ebenso für einige ländliche Regionen zu beobachten, zum Beispiel für die Kreise Bad Kissingen 551,4 kg oder das Oberallgäu mit 558,9 kg je Einwohnerin/Einwohner. Welche anderen Faktoren dafür ursächlich sein könnten – möglicherweise handelt es sich um Tourismusregionen – müssen weitere Analysen zeigen.

Aufgrund der Hygiene- und Schutzmaßnahmen in der Covid-19-Pandemie ist zumindest für 2020 mit einem erhöhten Abfallaufkommen von Hausmüll zu rechnen (siehe DAGW 2020, insbes. 6. Abschnitt). Da allerdings eine deutlich stärkere Abnahme von Industrieabfällen und Gewerbemüll prognostiziert wird, wird gemäß dieser Studie insgesamt von einer Abnahme des gesamten Abfallaufkommens ausgegangen. Ob sich dauerhaft, also auch nach der Pandemie, ein erhöhtes Niveau für Haushaltsabfälle einstellen wird, ist vor dem Hintergrund der Langzeitentwicklungen – einer langfristigen Abnahme des Abfallaufkommens wie von McAfee 2020, 100 ff. zumindest für die USA beschrieben – fraglich.

Zukünftige Entwicklungen

In diesem Abschnitt werden zwei Indikatoren vorgestellt, anhand derer ausgewählte zukünftige Entwicklungen abgeschätzt werden können. Einmal handelt es sich um die Bereitschaft junger Men-

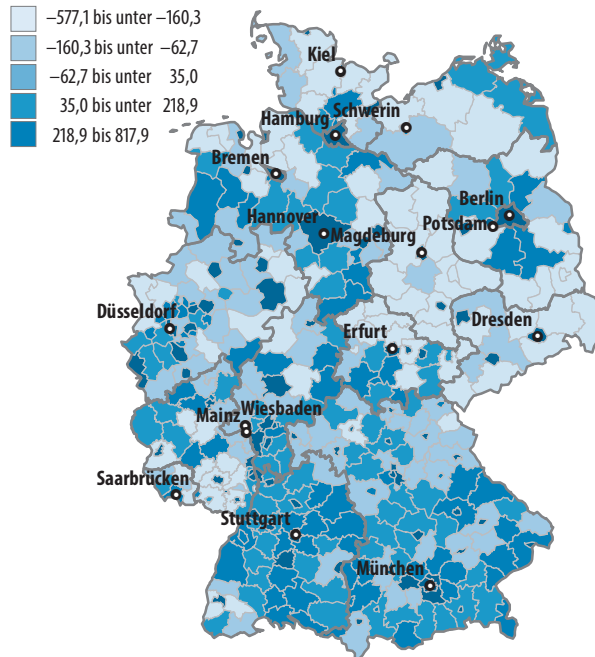
p | Haushaltsabfälle je Einwohner 2018 in Deutschland auf Kreisebene in kg



7 Nicht berücksichtigt wurden vier Kreise in der Eifel einschließlich der kreisfreien Stadt Trier, für die ein Abfallaufkommen von 0 kg in der Tabelle ausgewiesen wurde. Für den Landkreis Trier-Saarburg, den Sitz des Zweckverbandes Ab-

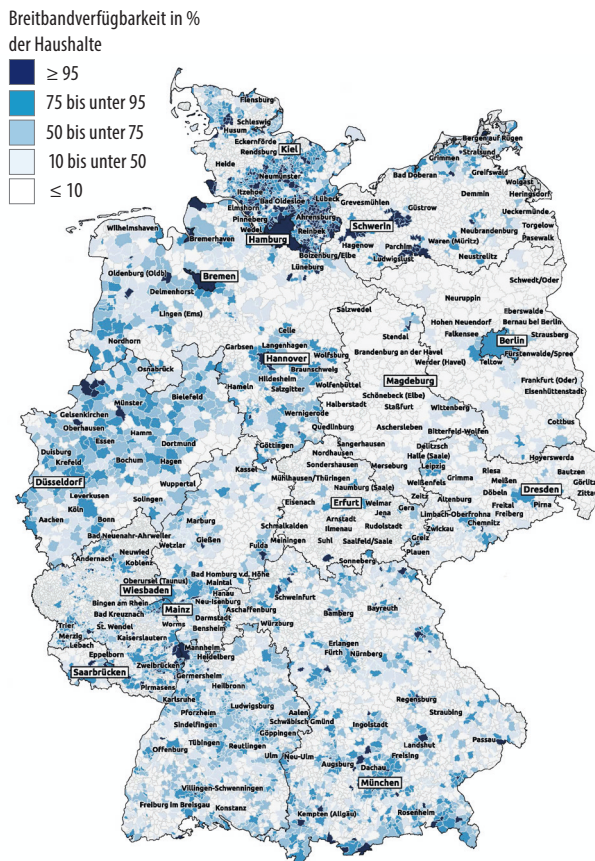
fallwirtschaft Region Trier, wurde 2018 hingegen ein Abfallaufkommen von 2 074,2 kg je Einwohnerin/Einwohner ausgewiesen; ein Wert, der um circa 1 300 kg höher liegt als der zweithöchste Wert für Baden-Baden.

q | Wanderungssaldo je 10 000 Männer im Alter von 18 bis unter 30 Jahre 2018 in Deutschland auf Kreisebene



Quelle: Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

r | Breitbandverfügbarkeit in Deutschland ≥ 1000 Mbits, alle Technologien



Quelle: Auszug aus dem Breitbandatlas des Bundes, BMVI/ateneKOM, Stand: Mitte Juni 2020.

sehen, aus ihrem Heimatort fortzuziehen. Eine besondere Attraktivität geht dabei von Großstädten aus, um dort zum Beispiel einer Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Abbildung q zeigt für 2018, dass besonders die größten Städte Deutschlands einen positiven Wanderungssaldo aufweisen. Das bedeutet, dass mehr Männer im Alter von 18–29 Jahren zu- als fortziehen, bezogen auf alle Männer dieser Altersgruppe.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich für Frauen der gleichen Altersgruppe beobachten. Im Detail zeigt der Regionalatlas folgende Entwicklungen: In einigen Teilen Deutschlands dominieren Fortzüge, wie die weiß und hellblau eingefärbten Kreise zeigen. Dazu gehören vor allem die Bundesländer im Norden und Osten wie auch einige Kreise in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Zuzugsregionen sind vor allem der süddeutsche Raum sowie ausgewählte Gebiete von Niedersachsen, Hessen und Thüringen. Herausragend sind vor allem die Großstädte Berlin, München und ihr Umland sowie Stuttgart, die 2018 einen Zuwachs von mehr als 500 Männern je 10 000 Männern derselben Altersgruppe aufwiesen. Nach einer Studie des Hamburger GEWOS Instituts für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH wird gemäß einem Beitrag in der Wirtschaftswoche vom 20. November 2020 dieser Trend noch bis 2035 anhalten, allerdings mit abnehmenden Zuwachsraten.

Technische Entwicklungen, besonders die Bereitstellung schneller Breitbandverbindungen, werden ebenfalls häufig verwendet zur Abschätzung der Zukunftsfähigkeit beziehungsweise des Entwicklungspotenzials von Regionen besonders im ländlichen Raum. Der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)⁸ zeigt unter anderem für Mitte 2020, in welchen Regionen bereits heute schon sehr schnelle Breitbandverbindungen verfügbar sind (Abbildung r). Eine Versorgung mit derart hohen Leistungen wird vor allem für die kommende 5G-Technik benötigt, besonders für eine vorausschauende Verkehrssteuerung, die präzise Steuerung von Robotern und allgemein zur Verzehnung von virtuellen Informationen mit der Realität in Echtzeit. Danach hatten mehr als drei Viertel der privaten Haushalte im Rhein-Main-Gebiet mit einer bedeutenden Anzahl von IT-Dienstleistern sowie im Ruhrgebiet, der größten Agglomeration von Großstädten in Deutschland, sowie in Hamburg, München und Stuttgart und deren Umland Zugang zum Internet mit einer Bandbreite über 400 Mbit/s. In allen anderen verdichteten und ländlichen Gebieten konnte am 20. März 2020 nur die Hälfte bis drei Viertel der Haushalte ein derart schnelles Internet nutzen. Wird in dem interaktiven Atlas eine verfügbare Bandbreite von mehr als 1 000 Mbit/s gewählt, so steht diese Leistung derzeit lediglich mehr als 95% der privaten Haushalte in Hamburg und dem Gebiet nordöstlich davon zur Verfügung. In allen übrigen Regionen, mit Ausnahme von Berlin und München mit mehr als 75 % der privaten Haushalte,

⁸ <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html>.

haben höchstens die Hälfte der privaten Haushalte einen derartigen Zugang.

Unbestritten dürfte sein, dass durch die Covid-19-Pandemie die Digitalisierung in allen Bereichen einen großen Aufschwung genommen und vielleicht wesentlich dazu beigetragen hat, dass unter den politisch angeordneten wie auch selbst auferlegten Maßnahmen zumindest ein gewisses Ausmaß an sozialem und wirtschaftlichem Leben möglich ist.

Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die in zahlreichen politischen Strategien zur umfassenden Betrachtung des Wohlbefindens verwendeten Indikatoren auch die kleinräumigen Entwicklungen, insbesondere die Dichotomie zwischen verstädterten und ländlichen Regionen, hinreichend widerspiegeln. Wie eingangs postuliert, waren eine hohe Wirtschaftskraft, eine vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit sowie das Vorliegen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses tendenziell eher für die westlichen und südlichen Bundesländer zu beobachten als für die überwiegend ländlichen Gebiete im Osten. Darüber hinaus üben Großstädte eine relativ hohe Attraktivität auf junge Erwachsene – Männer wie Frauen – aus und bewegen diese dazu, ihre Heimat zu verlassen. Die Ausstattung mit einem schnellen Internet ist in unseren Zeiten unerlässlich. Es ist ein weiterer Standortvorteil vor allem von verstädterten Gebieten. Dass in Großstädten der Besitz von Pkw weniger ausgeprägt ist als im ländlichen Raum, ist schon seit längerer Zeit zu beobachten. Der relativ hohe Versiegelungsgrad in Großstädten und damit eng verbunden die Knappheit von angemessenem Wohnraum einschließlich der hohen Kosten dafür gehören zu den wesentlichen Nachteilen von Großstädten. Allerdings haben diejenigen, die Wohneigentum in einer Großstadt erwerben, eine Chance, dass dessen Wert langfristig zumindest erhalten bleibt, wenn nicht sogar steigt.

Für die Indikatoren Straßenverkehrsunfälle und Haushaltsabfälle hingegen gibt es keine eindeutigen Hinweise auf siedlungsstrukturelle Zusammenhänge. Vermutlich sind diese Sachverhalte zu komplex – wie ansatzweise im vierten Abschnitt dargestellt – und bedürfen detaillierter Analysen, insbesondere im Hinblick auf die lokalen Gegebenheiten. Schließlich lassen die Beispiele vermuten, dass es Faktoren gibt, die zwar ein städtisches Umfeld erfordern, zum Beispiel die Versorgung mit Hausärzten oder öffentlichen Dienstleistungen; diese scheinen allerdings von Einwohnerinnen und Einwohnern kleinerer Städte mehr geschätzt zu werden als in Großstädten, möglicherweise wegen ihrer besseren Erreichbarkeit. Auch hier wären weitere Untersuchungen notwendig, um die Bedeutung dieser Aspekte für das Wohlbefinden für die Bevölkerung verstädterter Regionen im Vergleich zu ländlichen Regionen besser abschätzen zu können.

Die Auswirkungen – kurz- wie auch langfristig – der aktuellen Covid-19-Pandemie sind derzeit nur schwer abzuschätzen. Deutlich wird, dass es einen Kanon von Einflussfaktoren für das Wohlbefinden gibt, der von allen Menschen gleichermaßen geschätzt wird. Es ist allerdings zu vermuten, dass die in ländlichen Gebieten lebenden Personen tendenziell weniger durch die Pandemie beeinträchtigt sind – objektiv wie subjektiv –, was das Wohlbefinden unter den einschneidenden Einschränkungen eines Lockdowns betrifft. Das heißt, dass die Nachteile für die städtische Bevölkerung größer sind aufgrund der umfassenden Betriebsschließungen in zahlreichen Wirtschaftsbereichen, besonders im Handel, Gastgewerbe, Kultur- und Sportbereich, auch während des zweiten Lockdowns, wie auch aufgrund des begrenzten Wohnraums, in dem sie sämtliche Aktivitäten von Homeoffice bis Homeschooling und Fitness unterbringen müssen. Hinzu kommt ein erhöhtes Infektionsrisiko, wie die täglichen Veröffentlichungen des Robert Koch-Instituts, besonders im November 2020 für Covid-19-Infektionen vor allem für Großstädte und deren Umland, zeigen.

Welche Konsequenzen sich daraus langfristig sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner urbaner wie auch ländlicher Regionen ergeben, sollte in Form eines regelmäßigen Monitorings, in das die verschiedenen Aspekte für das Wohlbefinden der Bevölkerung einbezogen sind – wie von Brandt und Fleischer 2020 oder Pennekamp 2020 gefordert –, regelmäßig erfasst und ausgewertet werden. Die entsprechenden Grundlagen dafür sind bereits vorhanden.



Dr. Susanne Schnorr-Bäcker hat bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand Ende 2017 das Referat *Koordinierung, Regionalstatistik, Indikatoren* im Statistischen Bundesamt geleitet; seitdem ist sie freiberuflich tätig. Sie hat an sämtlichen hier vorgestellten Strategien mitgearbeitet. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren – in enger Zusammenarbeit mit allen föderalen Ebenen sowie supra- und internationalen Einrichtungen – die Einführung von IKT-Statistiken, die Ausweitung des statistischen Angebots an kleinräumigen Daten sowie die Nutzung neuer Datenquellen/Big Data.

Quellenverzeichnis

- Acemoglu, Daron; Robinson, James A. (2015): Warum Nationen scheitern, Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, 3. A., Frankfurt.
- Bertelsmann-Stiftung; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Deutscher Landkreistag; Deutscher Städtetag; Deutscher Städte- und Gemeindebund; Deutsches Institut für Urbanistik; Engagement Global; Rat der Gemeinden und Regionen Europas; Deutsche Sektion: SDG-Indikatoren für Kommunen; <https://sdg-portal.de/de> (7. November 2020).
- Brandt, Nicola; Fleischer, Lara (2020): Das BIP braucht Gesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 261, 9. November 2020, S. 16.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Der Deutschlandatlas; <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Unsere-Gesundheitsversorgung/123-Versorgungsgrad-Hausaerzte.html> (2. November 2020).
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Der Breitbandatlas; <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html> (6. November 2020).

- Die Bundesregierung (2016): Gut leben in Deutschland, Was uns wichtig ist, Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, Stand Oktober 2016.
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 1. Januar 2018); <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/201801010000/101.pdf> (16. November 2020).
- DEKRA (2020): Weniger Verkehrstote und Verletzte, 21. August 2020, <https://www.dekra.net/de/destatis-verkehrstote-verletzte/> (12. November 2020).
- Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (2020): Position: Auswirkungen der Corona-Krise auf die Abfallwirtschaft in Deutschland, Die DGAW wagt eine Prognose zur Mengenentwicklung der Abfallströme, Berlin 2020; https://www.vku.de/fileadmin/user_upload/Verbandsseite/Sparten/Abfall/Corona_Abfallwirtschaft/2020-04-21_Prognose_zu_den_Auswirkungen_der_Coronakrise_auf_die_Abfallwirtschaft_in_Deutschland_final.pdf (13. November 2020).
- Europäische Kommission (2017): Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft; Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Brüssel September 2017.
- Europäischer Ausschuss der Regionen: Localizing the SDGs – Developing sustainability strategies at the local level; <https://cor.europa.eu/de/events/Pages/localizing-SDGs.aspx> (5. November 2020).
- European Commission (2017): White Paper on the Future of Europe, Reflections and scenarios for the EU27 by 2025, Brussels, 1 March 2017. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/white_paper_on_the_future_of_europe_en.pdf (6. November 2020).
- European Commission (2018): Fact Sheet Regional Development and Cohesion Policy beyond 2020: Questions and Answers, Strasbourg, May 29, 2018; https://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-3866_en.htm (6. November 2020).
- Eurostat: Nachhaltige Entwicklung – Übersicht; <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/sdi/overview> (19. November 2020).
- Frankfurt.de: Klimaplanatlas für 2016; [https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3060&_ffmpar\[_id_inhalt\]=5786529](https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3060&_ffmpar[_id_inhalt]=5786529) (6. November 2020).
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347).
- INRIX (2020): INRIX Verkehrsstudie: Stau verursacht Kosten in Milliardenhöhe, Pressemitteilung vom 9. März 2020; <https://inrix.com/press-releases/2019-traffic-scorecard-german/> (12. November 2020).
- Kahnemann, Daniel (2011): Thinking, fast and slow, Farrar, Straus and Giroux, New York, 2011.
- Maslow, Abraham H. (1943): A Theory of Human Motivation, in Psychological Review, 50(4), S. 370–396.
- McAfee, Andrew (2020): Mehr aus weniger, 1. Auflage, München.
- National Constitution Center of the United States: The Constitution of the United States; <https://constitutioncenter.org/media/files/constitution.pdf> (14. November 2018).
- OECD (2011): How's Life? Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris, 2011.
- OECD (2014): How's Life in Your Region? Measuring Regional and Local Well-being for Policy Making, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2020): How's Life? Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris; DOI: <https://doi.org/10.1787/9870c393-en> (1. November 2020).
- OECD: Better life index; <http://www.oecdbetterlifeindex.org/#/1111111111> (24. November 2020).
- OECD: Roundtable on Cities and Regions for the SDGs; <http://www.oecd.org/cfe/regionaldevelopment/sdgs-cities-regions-roundtable> (6. November 2020).
- o. V. Positionen zur Nachhaltigkeit (2017): Beschluss des Oberbürgermeister Dialoges Nachhaltige Stadt vom 15. März 2017, veröffentlicht vom Rat für Nachhaltige Entwicklung; https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2017/11/20170330_Positionspapier_OB-Dialog.pdf (6. November 2020).
- o. V. (2020): Prognose: Deutsche Metropolen wachsen nicht mehr so stark, Wirtschaftswoche, 20. November 2020; <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/prognose-deutsche-metropolen-wachsen-nicht-mehr-so-stark/26643174.html> (23. November 2020).
- Papon, Kerstin (2020): Immobilien im Osten sind viel günstiger, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 263, 11. November 2020, S. 23.
- Pennekamp, Johannes: Das Bruttoinlandsprodukt ist unkaputtbar, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 267, 16. November 2020, S. 15.
- Platon: Politeia (Dialogum de Republica); Der Staat; <http://www.opera-platonis.de/Politeia1.pdf> (6. November 2020).
- Robert Koch-Institut (2020): COVID-19-Dashboard; <https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4> (5. November 2020).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2020): Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken, Jahresgutachten 2020/21, Wiesbaden, 1. November 2020; https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202021/JG202021_Gesamtausgabe.pdf (13. November 2020).
- Scherff, Dyrk (2020): Der Immobilienmarkt ist stabil wie Beton, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 45, 8. November 2020, S. 24.
- Schnorr-Bäcker, Susanne (1984): Ein Simulationsansatz zur Beurteilung der Güterversorgung der Bevölkerung unter räumlichem Aspekt, Dissertation, Gießen 1984.
- Schnorr-Bäcker, Susanne (2016a): Geospatial data for measuring economic growth – what can we learn from official statistics?, Geospatial World Forum 2016 in Rotterdam/Netherlands, <https://geospatialworldforum.org/speaker/SpeakersImages/geospatial-data-for-measuring-economic-growth.pdf> (13. November 2020).
- Schnorr-Bäcker, Susanne (2016b): Regional statistical data for Germany, Europe and the world, Statistical Journal of the IAOS, vol. 32, no. 4, pp. 515–535.

- Schnorr-Bäcker, Susanne (2018): Politikbegleitendes statistisches Monitoring zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt für die EU und die OECD – „Europa 2020“ und die „Better Live Initiative“ der OECD im Vergleich, Beitrag für Nova Acta Leopoldina, NF Nr. 417, 63–101.
- Schnorr-Bäcker, Susanne (2019): Datenangebote aus der Bundesstatistik, In: Möglichkeiten einer erweiterten Wohlfahrtsmessung auf regionaler Ebene, herausgegeben vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft Referat 21 – Grundsatzfragen, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, Erfurt, S. 49–75; https://wirtschaft.thueringen.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Pub_Sammelband_Wohlfahrtsmessung.pdf (7. November 2020).
- Schnorr-Bäcker, Susanne; Bömermann, Hartmut (2013): Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung, Zum OECD-Ansatz „How's Life – Measuring Well-Being“, in Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Ausgabe 2/2013, S. 30–50.
- Smith, Adam: Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes (Der Wohlstand der Nationen), Lizenzausgabe für Zweitausendeins, Neu-Isenburg, 2009.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalatlas; <https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/Al002-1.xml&CONTEXT=REGATLAS01> (3. November 2020).
- Statistisches Bundesamt (2014): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2014, Wiesbaden, Juni 2014.
- Statistisches Bundesamt (2018a): Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit behördlichen Dienstleistungen, Wiesbaden, April 2018.
- Statistisches Bundesamt (2018b): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2018, Wiesbaden, Dezember 2018.
- Statistisches Bundesamt (2020a): Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2019; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.html>, veröffentlicht am 2. September 2020 (9. November 2020).
- Statistisches Bundesamt (2020b): Pressemitteilung Nr. 424 vom 28. Oktober 2020: KORREKTUR: 46 % weniger Fahrgäste im Fernverkehr mit Bussen und Bahnen im 1. Halbjahr 2020; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_424_461.html (12. November 2020).
- Statistisches Bundesamt (2020c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, Lange Reihen ab 1970, Fachserie 18 Reihe 1.5, Wiesbaden, 4. September 2020; https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf?__blob=publicationFile (21. November 2020).
- Statistisches Bundesamt: Nachhaltigkeitsstrategien und -indikatoren der Bundesländer; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Deutsche-Nachhaltigkeit/nachhaltigkeit-laender.html?jsessionid=54D38A4295ADAEB118584CB-B6544434D.internet8732> (7. November 2020).
- Stiglitz, Joseph E.; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, https://www.economie.gouv.fr/files/finances/presse/dossiers_de_presse/090914mesure_perf_eco_prog-res_social/synthese_ang.pdf (5. November 2020).
- The Economist (2015): Development, The 169 commandments, The proposed sustainable development goals would be worse than useless, March 26th–April 3rd, 2015.
- The Economist (2020): The horrible housing plunder – Why the obsession with ownership is so harmful, A special report, January 18th–24th 2020, S. 3–12
- Uhr, Agnes Eva (2020): Telemedizin bereichert die Gesundheitsversorgung, Frankfurter Allgemeine Zeitung Verlagsspezial/Medizin der Zukunft, 11. November 2020, S. V3.
- United Nations (2013): A new global partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development: Report of the High-Level-Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda. New York.
- United Nations (2015): Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015, Seventieth session agenda items 15 and 116, 70/1. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development, A/RES/70/1, New York.
- United Nations (2017): Resolution adopted by the General Assembly on 6 July 2017, 71/313, Work of the Statistical Commission pertaining to the 2030 Agenda for Sustainable Development, A/RES/71/313.
- United Nations Climate Change (UNCC): The Paris Agreement: essential elements; <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement> (3. November 2020).
- United Nations Development Programme (UNDP); UN-Habitat; Global Task Force: Are you looking for tools and solutions to achieve the SDGs at the local level?; <http://localizingthesdgs.org/about-us.php> (6. November 2020).
- Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), ABl. EU L 154, S. 1–41 vom 21.6.2003.
- Verordnung (EU) 2017/2391 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 in Bezug auf die territorialen Typologien (Tercet), ABl. EU L 350/1 vom 29.12.2017.
- Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlicht im ABl. 2007/C 306/01, zuletzt bekanntgemacht durch Abdruck der konsolidierten Textfassungen im ABl. 2012/C 326/01.

Historisches

┌ Berlin Ende der 1980er Jahre: mehr als dreimal so viele Hotelbetten und Gaststätten im Westteil der Stadt

von Iris Hoßmann-Büttner

Anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 taten sich das Statistische Landesamt Berlin (West) und das Statistische Amt der Stadt Berlin (Ost) zusammen, um eine gemeinsame Veröffentlichung zu den Berliner Bezirken herauszubringen. Das Ergebnis war eine statistische Gegenüberstellung der Bezirke, welche die unterschiedlichen Gegebenheiten im ehemals geteilten Berlin deutlich machte. Diese Ungleichheit spiegelt sich auch im Bereich Gastgewerbe und Beherbergung wider. Das Angebot an Hotels und Gaststätten unterschied sich in beiden Teilen der Stadt deutlich. Bei den Hotels in Berlin-Ost fällt nicht nur die vergleichsweise geringe Anzahl an Betrieben auf, sondern auch die Größe und die Konzentration auf wenige Standorte.¹

Zwei Interhotels am Alexanderplatz mit fast 3 000 Betten – aber nicht für jeden Gast

Ende der 1980er Jahre gab es in Berlin-Ost 22 Hotels mit 3 716 Zimmern und 6 941 Betten. Direkt am Alexanderplatz befand sich das Interhotel Stadt Berlin mit rund 2 000 Betten in 1 000 Zimmern. Es wurde 1970 am 21. Jahrestag der DDR-Gründung eröffnet und wird heute unter dem Namen Park Inn by Radisson Berlin fortgeführt. Schon damals befand sich im 38. Geschoss des 132 Meter hohen Gebäudes ein Restaurant und eine Bar. Nicht weit entfernt lag das 1979 eröffnete

Palasthotel, welches 2001 abgerissen wurde und an dessen Stelle sich nun das CityQuartier DomAquaree befindet. Das Palasthotel verfügte über 600 Hotelzimmer und 40 Suiten mit knapp 1 000 Betten. Als Interhotel der gehobenen Klasse bot das Palasthotel seinen Gästen sowohl eine große Auswahl an Produkten aus der Bundesrepublik Deutschland als auch Produkte, die in der DDR kaum oder gar nicht erhältlich waren. Beide Hotels waren den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, wenn überhaupt, nur unter strengen Auflagen zugänglich. Dennoch fanden sich in den zwei Interhotels mehr als 40 % der in Berlin-Ost angebotenen Hotelzimmer.

In Berlin-West standen den Gästen weitaus mehr Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung: 345 Hotels mit 13 100 Zimmern und 24 321 Betten. Darunter das Berlin Hilton (heute: Hotel InterContinental) im Westberliner Bezirk Tiergarten, das mit seinen 558 Zimmern und 34 Veranstaltungsräumen zu den größten Hotels in der Bundesrepublik zählte.²

Viele Gaststätten in Berlin-West – geringes Angebot in Berlin-Ost

Neben dem deutlich größeren Angebot an Hotels gab es in Berlin-West auch deutlich mehr Möglichkeiten, auswärts zu essen: Im Jahr 1985 wurden 4 904 Gaststätten in den Westberliner Bezirken betrieben. Zum Vergleich: In

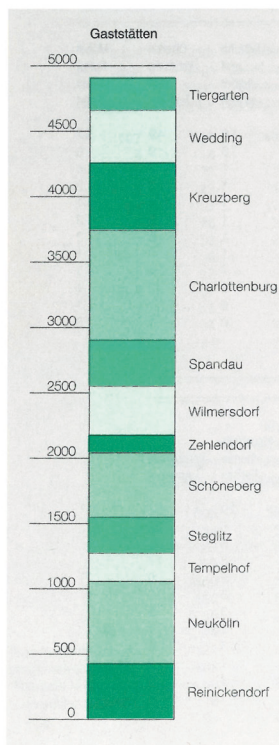
¹ Statistisches Landesamt Berlin (1990): Berliner Bezirke. Statistisches Taschenbuch. Kulturbuch-Verlag GmbH. Berlin.

² Informationszentrum Berlin (1987): Berlin. Im Überblick. Cornelsen-Velhagen & Klasing. Berlin.

a | Gaststätten, Umsatz, Hotels 1985, 1987 und 1988 in Berlin-West und Berlin-Ost nach Bezirken

130

Handel und Gastgewerbe
Gaststätten, Umsatz
Hotels



Umsatz Mill. DM	Gast- stätten	Bezirke
1 297,0	4 904	Insgesamt
53,6	247	Tiergarten
60,3	401	Wedding
75,2	511	Kreuzberg
362,0	838	Charlottenburg
86,8	355	Spandau
137,7	375	Wilmersdorf
61,5	136	Zehlendorf
101,6	489	Schöneberg
70,8	276	Steglitz
62,6	214	Tempelhof
111,5	634	Neukölln
113,5	428	Reinickendorf

Anzahl	Merkmal
345	Hotels
13 100	Zimmer
24 321	Betten insgesamt darunter Aufbettungen

Die Angaben über Gaststätten sind der Handels- und Gaststättenzahlung vom 31. 5. 1985 entnommen, die über die Zahl der Hotels und Betten beziehen sich auf den Stand 1. April 1988, die über die Zahl der Zimmer auf den 1. Januar 1987.

Berlin-Ost waren es 1 278. Damit kamen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Berlin-West drei Gaststätten. Besonders in Berlin-Charlottenburg waren die Gäste gut versorgt: 838 und somit sechs Gaststätten pro 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner standen zur Auswahl. Darunter befanden sich viele Lokale rund um den Kurfürstendamm, wie das berühmte Café Kranzler. Gleichzeitig konzentrierten sich in Charlottenburg knapp 40 % der damaligen Westberliner Beherbergungsstätten wie Hotels, Pensionen oder auch Gasthöfe.

In Berlin-Ost war die Auswahl an Gaststätten im Vergleich zu BerlinWest überschaubar – 1 278 Gaststätten standen der Bevölkerung zur Verfügung, das

entsprach einem Lokal für 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das Angebot variierte stark innerhalb der Bezirke. Beliebt waren Lokale rund um den Alexanderplatz, sodass sich im dazugehörigen Bezirk Mitte auch die größte Gaststättendichte fand: Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen rund vier Gaststätten. Ganz anders sah das Angebot in den damaligen Neubaugebieten aus. Im Bezirk Marzahn teilten sich 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 0,3 Gaststätten. Ähnlich wie in Berlin-West konzentrierte sich das Angebot an Hotels und Gaststätten auf das jeweilige Zentrum der geteilten Stadt.

Iris Hoßmann-Büttner ist Referentin in der Stabsstelle *Querschnittsanalysen und Digitale Transformation* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

131

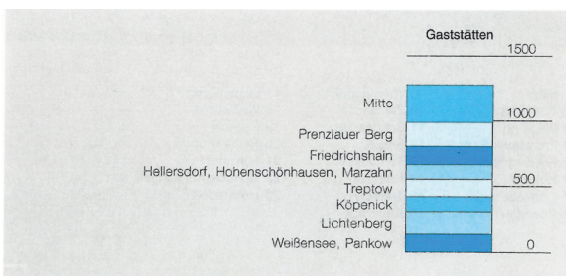
Handel und Gastgewerbe
Gaststätten, Umsatz
Hotels



Stadtbezirke	Gast- stätten	Umsatz Mill. M
Insgesamt	1 278	1 483,4
Mitte	292	1 064,1
Prenzlauer Berg	182	15,8
Friedrichshain	141	105,9
Treptow	112	25,6
Köpenick	135	13,9
Lichtenberg	115	209,4
Weißensee	77	17,1
Pankow	87	7,4
Marzahn	64	10,7
Hohenschönhausen	35	8,6
Hellersdorf	38	4,9

Der Umsatz von Berlin-Mitte umfaßt den sämtlicher HO-Gaststätten, der von Berlin-Lichtenberg sämtlicher Konsum-Gaststätten in Berlin (Ost).

Merkmal	Anzahl
Hotels	22
Zimmer	3 716
Betten insgesamt darunter Aufbettungen	6 941 189



Save the date

▮ Statistische Woche

14. bis 21. September 2021

Die Statistische Woche wird als gemeinsame Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft, des Verbands Deutscher Städtestatistiker und unter Beteiligung der Deutschen Gesellschaft für Demographie veranstaltet.

**Veranstaltungsort
online**

Die Schwerpunkte der Tagung liegen in diesem Jahr auf folgenden Themen:

- Large and Complex Dynamic Models
- Uncertainty Quantification in Data Science
- Vom Zensus 2022 zum Registerzensus

Der diesjährige Redner der Heinz-Grohmann-Vorlesung ist Prof. Dr. Gert G. Wagner. Die – wie in jedem Jahr einer Statistikerin bzw. einem Statistiker der jüngeren Generation vorbehalten – Gumbel-Vorlesung wird von Prof. Dr. Sonja Greven von der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten.

Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie unter:

www.statistische-woche.de

Save the date

▮ EU Open Data Days

23. bis 25. November 2021

Die EU Open Data Days 2021 werden durch das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (Publications Office) organisiert und verbinden an drei Tagen die beiden internationalen Veranstaltungen EU DataViz und EU Datathon.

**Veranstaltungsort
online**

23. und 24. November 2021

Die Konferenz EU DataViz 2021 ist insbesondere für die Bedürfnisse des öffentlichen Sektors in Europa in Bezug auf die Visualisierung seiner Daten konzipiert. Die diesjährige Veranstaltung steht unter dem Motto „Shaping our future with open data“. Am ersten Tag werden die praktischen und rechtlichen Herausforderungen und Vorteile der Nachnutzung vorhandener Daten präsentiert und diskutiert. Der Folgetag rückt insbesondere die Trends und die effektive Visualisierung großer Datensätze in den Fokus.

25. November 2021

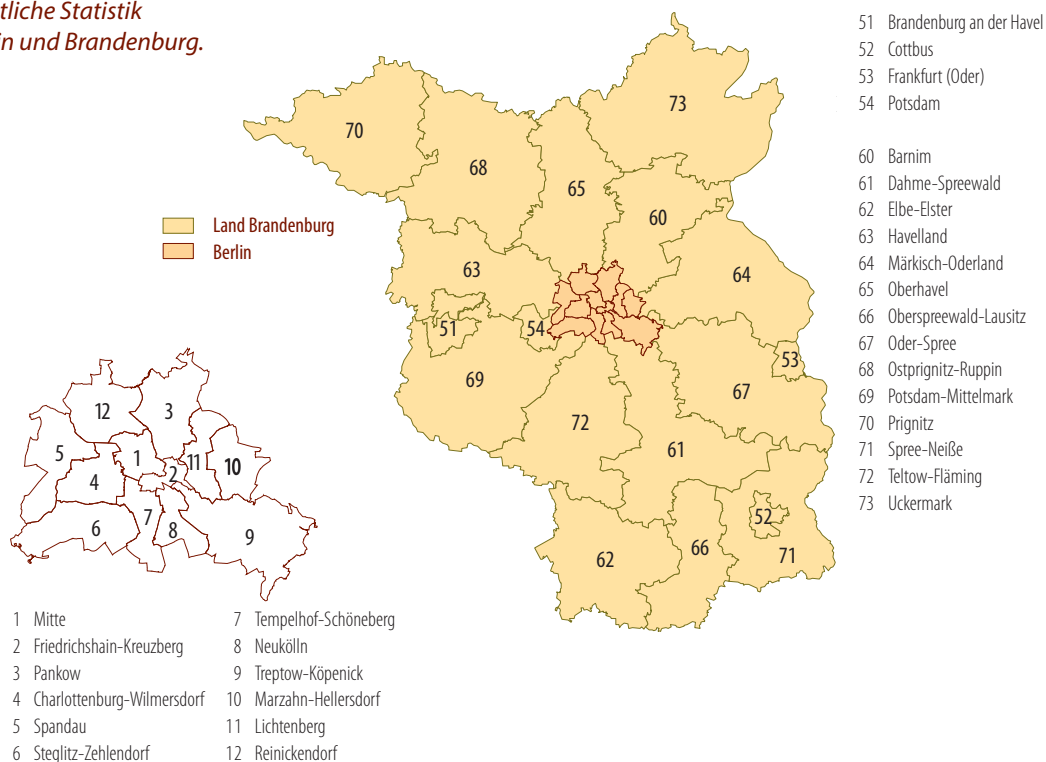
Der jährliche Wettbewerb EU Datathon prämiert Anwendungen (Apps), die unter Nutzung von Open-Data-Datensätzen entwickelt wurden. Am Veranstaltungstag werden die Gewinnerinnen und Gewinner aus den diesjährigen Kategorien „A European Green Deal“, „An economic that works for people“ und „A Europe fit for the digital age“ gekürt.

Weitere Informationen zum Programm der EU Open Data Days 2021 und zur Anmeldung finden Sie unter:

<https://op.europa.eu/en/web/euopendatadays/>

- | Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.
- | Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflicht.
- | Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.
- | Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.
- | Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.
- | Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg.



Unter

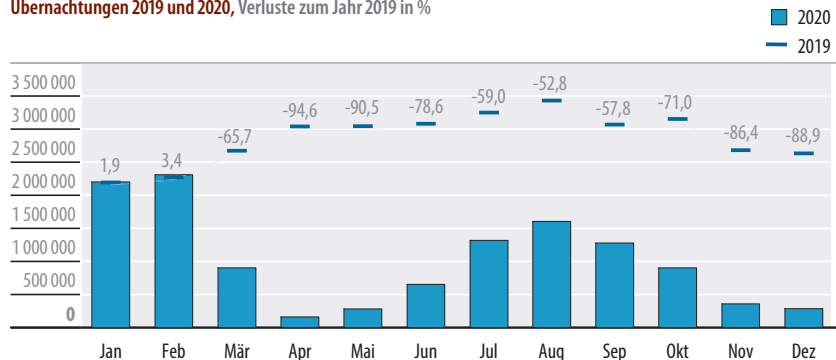
www.statistik-berlin-brandenburg.de

finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

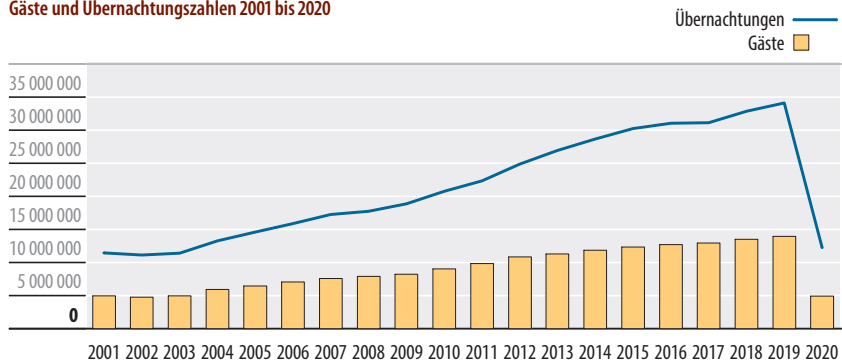
Die Entwicklung des Tourismus im Corona-Jahr 2020 in Berlin

Absagen von Großveranstaltungen und vor allem das Verbot der Vermietung zu touristischen Zwecken für einen Zeitraum von fünf Monaten sorgten für starke Rückgänge im Berliner Beherbergungsgewerbe 2020. Mit 4,9 Mill. Gästen kamen genauso viele Gäste in die Hauptstadt wie im Jahr 2001 und damit 64,6 % weniger als im Jahr 2019. Die Zahl der Übernachtungen sank gegenüber dem Vorjahr um 64,0 % auf 12,3 Mill. Nach Betriebsarten betrachtet mussten die Jugendherbergen mit 67,1 % den höchsten relativen Verlust bei den Übernachtungen tragen, gefolgt von den Hotels mit einem Rückgang von 65,4 %. Besonders stark gingen aufgrund von Reisebeschränkungen in den einzelnen Ländern und Grenzschließungen die Zahl der aus dem Ausland ankommenden Gäste und deren Übernachtungen zurück. Beide Zahlen sanken jeweils um rund 76,0 % auf 1,3 Mill. bzw. 3,7 Mill. Gäste aus den Top 10 Übernachtungsländern blieben 2020 rund 6,9 Mill. Nächte weniger in Berlin als 2019. Die Zahlen der inländischen Gäste sank gegenüber dem Jahr 2019 um 56,8 % auf 3,7 Mill. und die der Übernachtungen um 54,1 % auf rund 8,6 Mill. Die Auswirkungen der Pandemie machten sich in allen Berliner Bezirken sowohl bei den Gästen als auch den Übernachtungen bemerkbar. Besonders hohe Verluste hatten die Beherbergungsbetriebe der Innenstadtbezirke, allen voran Mitte, zu verkraften.

Übernachtungen 2019 und 2020, Verluste zum Jahr 2019 in %



Gäste und Übernachtungszahlen 2001 bis 2020



Übernachtungen 2020 nach den 10 Herkunftsländern mit den größten Verlusten, Verluste zum Jahr 2019 in %

